

OFFENER LESEKREIS

Dienstags, 19 bis 21 Uhr
ÖH Frei:Raum, Kaigasse 17

Kapitalismus vs. Klima

Ökosozialistische Antworten entwickeln

Diese Textsammlung für den Lesekreis im Frühjahr und Sommer 2019, erweitert eine Textsammlung der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS)

www.oekosoz.org/lesekreis2019

Aufbruch für eine ökosozialistische Alternative

www.oekosoz.org

kontakt@aufbruch-salzburg.org



Programm

Jeweils dienstags, 19:00 bis 21:00 Uhr
Im ÖH Frei:Raum, Kaigasse 17, Salzburg

- Di 9. April Klimawandel und die Notwendigkeit einer radikalen Antwort
- Di 14. Mai Warum ein grüner Kapitalismus nicht möglich ist und die feministische Kritik an der Green Economy
- Di 11. Juni Warum die sozialistische und die ökologische Perspektive zusammen gehören
- Di 2. Juli Grundzüge einer ökosozialistischen Alternative
- Di 27. Aug Ökosozialistische Perspektive konkret: Konversion der Automobilindustrie
- Di 24. Sep Marx und Ökologie

Inhalt

1	Klimakatastrophe und die Notwendigkeit einer radikalen Antwort.....	1
1.1	Naomi Klein: „Um den Klimawandel zu bekämpfen, müssen wir den Kapitalismus bekämpfen“ (2015)	1
1.2	BFS Basel: Ökosozialismus – eine Perspektive für die revolutionäre Linke? (2015)....	5
2	Warum ein grüner Kapitalismus nicht möglich ist und die feministische Kritik an der Green Economy.....	12
2.1	Klaus Engert: Die Jagd nach Profit – Kapitalismus und Ökologie (2010)	12
2.2	Feministische Kritik und Gegenentwürfe zur Green Economy.....	22
3	Warum die sozialistische und die ökologische Perspektive zusammen gehören.....	25
3.1	Was ist sozialistisch am Grünen Sozialismus	25
3.2	Gleichheit ist Grün und Rot.....	32
4	Grundzüge einer ökosozialistischen Alternative.....	36
4.1	Daniel Tanuro: Was ist Ökosozialismus? (2015)	36
4.2	BFS/MPS: Positionspapier Ökologie (2018)	45
4.3	Michael Löwy: Was ist Ökosozialismus? (2011).....	51
5	Ökosozialistische Perspektive konkret: Konversion der Automobilindustrie.....	70
5.1	Scheinlösung Elektroauto	70
5.2	Umriss einer Verkehrswende.....	77
6	Marx und Ökologie	78
6.1	Michael Löwy: Destruktiver Fortschritt – Marx, Engels und die Ökologie (2011)	78
6.2	John Bellamy Foster: Die lange ökologische Revolution (2018)	94

1 Klimakatastrophe und die Notwendigkeit einer radikalen Antwort

1.1 Naomi Klein: „Um den Klimawandel zu bekämpfen, müssen wir den Kapitalismus bekämpfen“ (2015)

Während der Klimawandel sich in immer drastischeren Wetterextremen äußert, inszenieren sich die Herrschenden als Kämpfer für den Schutz von Klima und Umwelt. Dabei ist ihr System der Hauptgrund für den drohenden Kollaps, meint Naomi Klein.

Agnès Rousseaux/Sophie Chapelle: Wir gehen anscheinend direkt auf eine Klimakatastrophe zu. Wir wissen, was geschehen wird, wenn wir nichts dagegen tun, aber es wird kaum etwas unternommen. Warum ist das so?

Naomi Klein: Es ist nicht so, dass gar nichts getan wird – aber wir tun genau das Falsche. Wir haben ein Wirtschaftssystem, das Erfolg und Fortschritt als endlose wirtschaftliche Expansion begreift. Jede Expansion wird als gut erachtet. Unser Schadstoffausstoß steigt sehr viel schneller als in den 1990er Jahren. Im vergangenen Jahrzehnt hatten wir sehr hohe Ölpreise, weshalb es große wirtschaftliche Anreize für Konzerne, die Energie aus fossilen Energiequellen herstellen, gab, in noch mehr Schadstoffe emittierende Bereiche vorzustoßen, wie die Ausbeutung von Ölsanden oder Fracking. Wir haben auch ein System, das es multinationalen Konzernen erlaubt, ihre Produkte auf billigste Weise zu erzeugen: mit schlecht bezahlten Arbeitskräften und billiger Energie, was zur deregulierten Verbrennung von Kohle geführt hat. Deshalb hat sich das Problem noch deutlich verschärft.

Du sagst, die transnationalen Konzerne wie ExxonMobil, BP und Shell haben dem Planeten den Krieg erklärt ...

Das Geschäftsmodell dieser Konzerne besteht darin, neue Reserven fossiler Energiequellen zu finden, was das genaue Gegenteil von dem ist, was wir brauchen, um etwas gegen den Klimawandel zu tun. Laut einer Studie der Initiative Carbon Tracker von vor drei Jahren hat die Industrie für fossile Energieträger fünfmal mehr Kohlenstoff in ihren nachgewiesenen Reserven, als mit dem Ziel vereinbar ist, die Erderwärmung auf weniger als zwei Grad Celsius zu begrenzen – das jedenfalls wurde auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen im Jahr 2009 vereinbart, und schon dieses Ziel bedeutet für viele Gemeinden große Gefahr. Aber es gibt uns eine Größenordnung für den Kohlenstoffausstoß. Wir wissen, wie viel Kohlenstoff verbrannt werden kann, um nach wie vor eine 50-prozentige oder sogar höhere Chance zu haben, dieses Ziel zu erreichen, und diese Konzerne haben fünfmal mehr Kohlenstoff in ihren Reserven. Das ist auch die Erklärung dafür, dass diese Konzerne so aktiv gegen die Verbreitung der Erkenntnisse echter Klimawissenschaft kämpfen, warum sie Politiker und Organisationen finanzieren, die den Klimawandel leugnen, und weshalb sie jeden ernsthaften Versuch bekämpfen, gegen den Klimawandel vorzugehen, sei es in Form von Verbrauchssteuern auf Kohlenstoffemissionen oder die Unterstützung von erneuerbaren Energien.

Kriege werden für Konzerninteressen geführt

Warum bleibt das straflos?

Fossile Energieträger verarbeitende Konzerne, insbesondere Ölkonzerne, sind die mächtigsten Unternehmen der Welt. Kriege wurden von unseren Regierungen geführt, um ihre Interessen zu schützen. Fossile Energiequellen kommen natürlicherweise konzentriert in bestimmten Regionen vor. Förderung, Transport und Verarbeitung sind sehr teuer. Es ist also kein Wunder, dass sie Gegenstand der Konzentration von Reichtum und Macht mit einer sehr kleinen Zahl von Spielern auf dem Gebiet sind. Diese Art der Machtkonzentration lädt geradezu zur politischen Korruption der legalen wie der illegalen Art ein. Deshalb bleibt das straflos.

Wie könnte der Dialog mit den Beschäftigten dieser die Umwelt vergiftenden Konzerne aussehen? Kann es ein Bündnis mit ihnen geben?

Wir brauchen eine Antwort auf den Klimawandel, die auf Gerechtigkeit basiert. Das muss zunächst der Politik eingeschrieben werden: Wir müssen definieren, wie ein gerechter Übergang aussieht, und wir müssen dafür kämpfen. Konkret heißt das, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter, die ihren Job in diesen Industrien verlieren würden, umgeschult werden und eine andere Arbeit bekommen. Es würde mehr Arbeitsplätze im Sektor erneuerbarer Energien geben, weil erneuerbare Energien, Energieeffizienz, alternative Technologien für den öffentlichen Transport und so weiter sechs- bis achtmal mehr Arbeitsplätze als die Abbauindustrie schaffen. In den vergangenen Jahren wurden riesige Summen in die Abbauindustrie investiert, was ein großer Antrieb für das Fracking von Gas und für Bohrungen im Meer war. Gleichzeitig sind die Regierungen weniger bereit, in den Energiewandel zu investieren. Überall in Europa haben Regierungen ihre Subventionen für erneuerbare Energien gesenkt. Wenn es nur Arbeitsplätze in der Abbauindustrie gibt, verteidigen die Gewerkschaften natürlich diese Jobs.

In deinem Buch schreibst du, die Proteste hätten bisher gezeigt, dass Nein sagen nicht genug ist, dass wir ein umfassendes Verständnis davon brauchen, was an die Stelle dieses Systems treten könnte. Wer wird diese Vision entwerfen?

Dazu benötigen wir einen demokratischen Prozess. Ich glaube nicht, dass es eine Vision gibt, die in Frankreich funktioniert, oder auch nur in einem Teil Frankreichs, und dass dieselbe Vision auch in Kanada oder Indien funktioniert. Wir müssen Beispiele schaffen, die auf jeder Ebene funktionieren, sei es in der Stadt, in der Region oder landesweit, indem Leute zusammenkommen und definieren, was ein gerechter Übergang für sie bedeutet.

Klimawandel vs. Kapitalismus

Entscheidend wird sein, diese Gespräche, diesen Austausch in Gang zu bringen, denn ich bin immer wieder verblüfft darüber, wie wenig wir die Verbindung zum Beispiel zwischen einem Kampf für erschwinglichen öffentlichen Verkehr und Klimawandel ziehen. Oder es gibt einen Streik von Eisenbahnarbeitern gegen Privatisierung, aber sie reden niemals über den Klimawandel. Der große Fehler ist also, dass wir nicht zusammenkommen und die Macht dieser Argumente benutzen, um dem Druck der Sparpolitik etwas entgegenzusetzen.

Was können wir von internationalen Verhandlungen erwarten?

Wir müssen realistisch bleiben: Sie werden die Welt nicht retten, es wird kein Abkommen geben, das dem entspricht, was Wissenschaftler uns als notwendig vorschlagen. Die Wissenschaftler sagen uns, dass wir den Schadstoffausstoß um 8 bis 10 Prozent im Jahr senken müssen, ab sofort. Unsere Regierungen sprechen über eine Senkung des Schadstoffausstoßes um 2 bis 3 Prozent ab dem nächsten Jahrzehnt. Das ist überhaupt nicht vertretbar.

Es ist ein großer Fehler, immer wieder so zu tun, als müssten wir unsere Politiker nur vom Richtigen überzeugen, und plötzlich würden sie innerhalb weniger Monate zu völlig anderen Menschen. Das ist das Rezept für große Enttäuschungen.

Was würdest du Leuten sagen, die in ihrem Alltagsleben etwas tun wollen, um etwas zu verändern?

Wir wissen, was wir im Alltag tun können, um unseren Kohlendioxid-Fußabdruck zu senken. Viele tun das bereits. Und wir sollten das auch tun, weil es uns vernünftiger und gesünder macht, und wir unser Handeln und unsere Überzeugungen in Übereinstimmung bringen. Ich glaube aber auch, dass sich viele entmutigt fühlen, weil sie zwar individuell etwas verändern, sich aber strukturell nichts ändert.

Abkehr vom Wachstum ist keine Lösung

Denkst du, dass die Abkehr von der Politik des Wirtschaftswachstums eine Lösung ist?

Als diagnostisches Mittel ist das hilfreich: Wir brauchen die Abkehr von einem Wirtschaftssystem, das Wachstum als einzigen Maßstab für Erfolg und Fortschritt ansieht. Insgesamt brauchen wir ein Wirtschaftssystem, das den Verbrauch unserer Ressourcen mindert, insbesondere den Verbrauch fossiler Energiequellen. Aber sich die Abkehr vom Wachstum als Ziel auf die Fahnen zu schreiben, ist ein Fehler. Nur weil Wachstum Kern des Problems ist, folgt daraus nicht zwangsläufig, dass Abkehr vom Wachstum die Lösung bedeutet. Wenn das Problem darin liegt, Erfolg an Wachstum zu messen, dann besteht die Lösung darin, einen anderen Maßstab für Erfolg zu entwickeln, würde ich sagen. Es kommt immer auf die Umstände an, aber den Begriff der Wachstumsentschleunigung zu benutzen, insbesondere wenn Leute unter erbarmungslosem Spardruck leiden müssen, ist keine besonders kluge Kommunikationsstrategie.

Gibt es vielleicht technische Lösungen gegen den Klimawandel, oder ist alles politisch?

Das ist eine Kombination: Bei erneuerbaren Energien geht es um Technik. Es hat hervorragende Entwicklungen bei all diesen Technologien gegeben. Bei agroökologischer Landwirtschaft handelt es sich nicht nur um die Rückkehr zu traditionellen Landwirtschaftsmethoden, sondern um überliefertes Wissen verbunden mit moderner Technologie. Aber wir müssen auch begreifen, dass wir unseren Konsum reduzieren und weniger Ressourcen verbrauchen müssen. Sich also allein auf die Technologie zu konzentrieren, vermittelt den falschen Eindruck, dass wir außer der Verwendung anderer Energiequellen nichts ändern müssten. Wir brauchen jedoch auch eine Strategie, die Nachfrage zu senken, damit wir weniger Energie verbrauchen. Deshalb ist es gefährlich, nur die Technik im Blick zu haben. Das gilt umso mehr für andere technische Heilmittel wie Geoengineering, die eher was von Science-Fiction haben: diese Vorstellung, dass wir irgendwie das Sonnenlicht dimmen könnten, sodass der Planet sich nicht weiter erwärmt. Das ist nur ein weiterer Ausdruck ebendieses anmaßenden Weltbilds, das uns dieses Problem überhaupt erst beschert hat.

Gibt es also keine Möglichkeit, gegen den Klimawandel zu kämpfen, ohne auch gegen den Kapitalismus zu kämpfen?

Nein, ich glaube nicht. Das haben wir schon eine ganze Weile versucht. Aber es gibt immer noch eine starke Strömung in der grünen Bewegung, die meint, sie könne weiterkommen, ohne die Machthaber zu verärgern. Das ist offen gestanden eine sehr schlechte Strategie.

Wenn der Kapitalismus, abgesehen vom Klimawandel, für die Mehrheit der Menschen funktionieren würde, bräuchten wir tatsächlich eine Strategie, die das kapitalistische System schützt. Falls es das überhaupt gibt, was ich nicht glaube. Aber so sind die Verhältnisse nicht. Inzwischen ist die Einsicht weit verbreitet, dass dieses Wirtschaftssystem selbst nach eigenen Maßstäben scheitert. Diese Erkenntnis ist sogar viel weiter verbreitet, als ich es je zuvor erlebt habe. Es gibt eine breite Debatte über die große Ungleichheit, die der Neoliberalismus geschaffen hat. Die Menschen begreifen, dass eine Politik, die für mehr Effizienz sorgen sollte, am Ende weniger Effizienz brachte. Wir brauchen also umso dringender ein anderes Wirtschaftsmodell. Und wenn die Bewegung für Klimagerechtigkeit beweist, dass ihre Antwort auf den Klimawandel auch die beste Möglichkeit ist, ein gerechteres Wirtschaftssystem zu schaffen, in dem es mehr und bessere Arbeitsplätze gibt, mehr soziale Gleichheit, mehr und bessere soziale Dienste, alternative öffentliche Verkehrsmittel, all diese Dinge, die das alltägliche Leben verbessern, dann werden die Menschen auch bereit sein, dafür zu kämpfen.

Wir brauchen ein anderes Wirtschaftssystem

Das Problem ist, dass wir Feinde haben: die Konzerne, die die fossilen Energiequellen ausbeuten und bis zum Letzten gehen, um ihre Interessen zu schützen. Sie meinen es ernst, sie kämpfen mit kreativen, mit schmutzigen Mitteln, sie werden alles tun, um zu gewinnen. Und auf der anderen Seite steht diese Art lauer Mitte, die nicht wirklich kämpft, weil sie sich nicht sicher ist, was dabei herauskommen wird. Aber wenn es möglich ist, ein Programm für Wirtschaftsgerechtigkeit mit Umweltschutz zu verbinden, dann können wir eine Bewegung von Menschen schaffen, die für die Zukunft kämpfen, weil es unmittelbar von Nutzen für sie sein wird.

Bist du optimistisch?

Ich finde nicht, dass das eine Frage von Optimismus oder Pessimismus ist. Wir alle fühlen uns pessimistisch. Wer dir sagt, sie oder er sei sicher, dass wir gewinnen werden, lügt oder ist verrückt. Aber verzweifelt aufzugeben, wäre derzeit moralisch verwerflich. Zu viele Menschenleben stehen auf dem Spiel. Wenn wir also einen möglichen Ausweg erkennen, dann stehen wir in der moralischen Pflicht, dafür zu kämpfen, dass sich unsere Chancen verbessern. Ich verwende dafür nicht die Sprache des Optimismus, sondern ich spreche von moralischer Pflicht.

Die Dringlichkeit der Klimakrise, die Tatsache, dass sie uns zeigt, dass wir keine Zeit mehr zu verlieren haben, dass wir diesen Kampf nicht verlieren dürfen, dass es fünf vor zwölf ist, kann als Beschleuniger wirken, Schlachten zu gewinnen, die wir schon seit vielen, vielen Jahren schlagen.

Das Interview erschien ursprünglich auf bastamag.net; Übersetzung durch marx21.de.

1.2 BFS Basel: Ökosozialismus – eine Perspektive für die revolutionäre Linke? (2015)

Die Bewegung für den Sozialismus hat sich in jüngster Zeit immer wieder mit Fragen der Ökologie auseinandergesetzt. Dazu gehören etwa die Teilnahme an der Anti-AKW-Bewegung nach der Katastrophe von Fukushima, verschiedene Debattebeiträge und Interventionen zu Themen wie Decroissance, EcoPop, Gentechnik und Agrarökologie sowie die aktuellen Veranstaltungen und Mobilisierungen gegen TTIP und den Klimagipfel COP21. Der folgende Artikel versucht, das Verhältnis der „revolutionär-sozialistischen Linken“ zu ökologischen Fragen und Bewegungen zu diskutieren und die Idee des Ökosozialismus vorzustellen.

von David Ales (BFS Basel)

Es gibt Begriffe, die im Verlaufe der vergangenen Jahrzehnte derart häufig, unterschiedlich und irreführend verwendet wurden, dass sich die Frage stellt, ob sich deren Weiterführung oder Wiederbelebung für eine antikapitalistische Theorie und Praxis überhaupt lohnt. „Vernunft“, „Freiheit“ oder „Demokratie“ sind solche Begriffe. Oder eben „Sozialismus“. Vereinnahmt und diskreditiert einerseits durch eine Vielzahl autoritär-stalinistischer Regime („Realsozialismus“ in der ehemaligen Sowjetunion, früheres China usw.) während des 20. Jahrhunderts, verwässert und bis heute ad absurdum geführt durch die internationale „Sozialdemokratie“ und New Labour. Während das stalinistische Spektrum wichtige Grundgedanken des Sozialismus, wie etwa Basisdemokratie sowie gleiche politische und soziale Rechte für alle, von Beginn an negiert hat und die Verfolgung politisch anders Denkender gutheißt, sieht ein Grossteil der heutigen Sozialdemokratie keinen Widerspruch zwischen der kapitalistischen Barbarei, die sie selbst mitverwalten, und dem, was sie selbst für „sozialistisch“ oder „sozialdemokratisch“ hält. Wenn wir heute also ernsthaft in Erwägung ziehen, mit dem Begriff Ökosozialismus zu operieren, müssen wir uns erstens darüber klar werden, wer in unserer Gesellschaft die Definitionsmacht über derartige Begriffe ausübt, und zweitens, was wir zunächst mit dem Begriff „Sozialismus“ meinen.

Demokratie und Sozialismus

Wer beim Wort „Sozialismus“ noch nicht genervt die Augen verdreht und sich in weniger verstaubte Konzepte flüchtet, tut dies spätestens dann, wenn Ewiggestrige es wagen, gar von der „Diktatur des Proletariats“ zu sprechen. Das ist insofern verständlich, als dass der Begriff „Diktatur“ spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg in der Regel mit Faschismus oder zumindest sehr autoritären und menschenfeindlichen Herrschaftsformen assoziiert wird. Hingegen gehört die (im 19. Jahrhundert entwickelte) Idee der „Diktatur des Proletariats“ – genauso wie diejenige des Sozialismus – zu denjenigen, die historisch bis heute noch nie und nirgends umgesetzt werden konnten. Tatsächlich verbirgt sich hinter dieser Formel kein demokratiefeindliches Konzept, sondern die Absicht, eine Gesellschaft aufzubauen, in der die Arbeiter*innenklasse oder das Proletariat (auch diese Begriffe sind leider definitionsbedürftig geworden) in ihrer Gesamtheit über alle gesellschaftlichen Entwicklungen befindet. Die Diktatur des Proletariats meint also gerade nicht die Machtausübung einer Minderheit, sondern das genaue Gegenteil. Schon vor knapp 100 Jahren kommentierte Rosa Luxemburg das Verhalten der Bolschewiki während der Russischen Revolution mit folgenden Worten:

„Der Grundfehler der Lenin-Trozkischen Theorie ist eben der, daß sie die Diktatur (...) der Demokratie entgegenstellen. „Diktatur oder Demokratie“ heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie, und

zwar für die bürgerliche Demokratie, da er sie eben als die Alternative der sozialistischen Umwälzung hinstellt. Lenin-Trotsky entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d. h. für bürgerliche Diktatur. Es sind zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik. Das Proletariat kann, wenn es die Macht ergreift, nimmermehr nach dem guten Rat Kautskys unter dem Vorwand der „Unreife des Landes“ auf die sozialistische Umwälzung verzichten und sich nur der Demokratie widmen, ohne an sich selbst, an der Internationale, an der Revolution Verrat zu üben. Es soll und muß eben sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben, aber Diktatur der Klasse, nicht einer Partei oder Clique, Diktatur der Klasse, d. h. in breitester Öffentlichkeit, unter tätiger ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie.“ (Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, Teil 3)

Luxemburgs Kritik an „Lenin-Trotsky“ ist bis heute eines der besten Dokumente, wenn es darum geht, das Verhältnis einer sozialistischen Perspektive gegenüber den „bürgerlichen Freiheiten“ zu klären. Sozialismus bedeutet keinen Abbau bürgerlicher Freiheiten (Meinungsäußerungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Glaubensfreiheit), sondern verlangt, über die „süße Schale der formalen Gleichheit und Freiheit“ moderner kapitalistischer Gesellschaften hinauszugehen, ja diese mit „neuem sozialen Inhalt zu füllen“. Luxemburg weiter:

„Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats.“ (ebd.)

Damit ist unmissverständlich ausgedrückt, dass eine sozialistische Perspektive zu keiner Zeit im Widerspruch zu einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung stehen darf. Auch nicht in einer wie auch immer verfassten „Übergangsphase“. Noch heute finden sich leider in grossen Teilen der sozialistischen Linken relativierende Haltungen gegenüber Pluralismus, Demokratie und vor allem der Frage der Gewalt. Die damit verbundenen Phrasen beginnen meist mit Formulierungen wie „In bestimmten Situationen ist es nun mal notwendig...“ und münden schlussendlich in einer pragmatischen Haltung, die es erlaubt, die eigenen Prinzipien bei Bedarf auch über Bord zu werfen. Für Luxemburg und andere Vertreter*innen eines demokratischen Sozialismus war hingegen klar: Mit Ausnahme des Rechts auf Privateigentum an den Produktionsmitteln bedeutet Sozialismus eine Ausweitung politischer und sozialer Rechte sowie eine umfassende Demokratisierung und Vergesellschaftung aller Lebensbereiche (Arbeit, Wohnen, Freizeit). Eine herablassende und relativierende Haltung gegenüber „bürgerlichen Freiheiten“ kann sich eine emanzipatorische, antikapitalistische und geschichtsbewusste Linke nicht mehr leisten.

Sozialismus als Projekt einer Massenbewegung

Während wir uns also auf eine Handvoll Grundsätze und Prinzipien berufen können – Antikapitalismus, Internationalismus, Vergesellschaftung aller Lebensbereiche, Basisdemokratie und Freiheit – stellt Sozialismus aber keine Blaupause und schon gar keine fixfertige Anleitung für das konkrete politische Handeln dar. Gerade weil ein sozialistisches Projekt immer das Ergebnis von Massenbewegungen und demokratischen Aushandlungsprozessen ist, macht es

für die heute kleine marxistische Linke keinen Sinn, einen Stufenplan oder ein detailliertes Programm zur Erreichung des Sozialismus zu entwerfen. Damit ist auch klar, dass „der Weg dorthin“, solange es keine Massenbewegungen und Organisationen mit antikapitalistischer Ausrichtung gibt, unklar ist und bleiben wird. Gedankenspiele, Überlegungen und Utopien sind dabei ausdrücklich erwünscht, sollten zum jetzigen Zeitpunkt aber das bleiben, was sie sind.

Ökosozialismus – eine Weiterentwicklung der marxistischen Tradition?

Sozialist*innen engagieren sich seit jeher in verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Dass nicht nur Arbeitskämpfe, sondern beispielsweise auch antirassistische und feministische Kämpfe zu unserer politischen Praxis gehören, muss heute den wenigsten Aktivist*innen erklärt werden. Etwas uneindeutiger und komplizierter gestalten sich die Diskussionen, wenn es um Fragen der Ökologie geht. Zwar ist sich die Linke schnell darüber einig, dass die heutige kapitalistische Produktionsweise menschenfeindlich und umweltschädigend ist. „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (Karl Marx, Kapital I.: 530) Wir wissen, dass die dem Kapitalismus inhärente Notwendigkeit der ständigen Ausweitung und Intensivierung der Produktion zwangsläufig mit der Funktionsweise unseres Ökosystems kollidiert. Doch wie das Verhältnis der antikapitalistischen Linken zur industriellen Massenproduktion und Landwirtschaft, zum Wachstumsparadigma, zu Produktivitätssteigerung und Industriegesellschaft an sich ist bzw. sein sollte, darüber finden wenig Diskussionen statt.

Gross ist auch die Skepsis gegenüber echten oder vermeintlichen Versuchen bestimmter gesellschaftlicher Milieus, die Lebensweise des Menschen im Rahmen der bestehenden Verhältnisse naturverträglicher zu gestalten (Biologisch produzierte Lebensmittel, Veganismus, Ökologischer Fussabdruck, Urban Gardening usw.) Abgesehen des unsympathischen Spotts, den wir „echte Linke“ oft für andere „nicht linke“ Kreise übrig haben, sollten sich Sozialist*innen aber fragen, welche Perspektiven und Projekte sie selber entwickeln, um soziale und ökologische Anliegen zusammen zu denken, um so nicht nur für eine antikapitalistische, sondern auch für eine umweltverträgliche und nachhaltige Gesellschaft zu kämpfen. One solution: Revolution? In diesem Zusammenhang macht es nur dann Sinn, von Ökosozialismus zu sprechen, wenn damit auch eine ernsthafte Weiterentwicklung marxistischer Theorie und Praxis gemeint ist. Dass eine postkapitalistische Gesellschaft nicht automatisch und zwangsläufig umweltverträglich ist, sollte allen klar sein.

Die marxistische Linke ist „dem Fortschritt“ und dem Gedanken der technologischen Modernisierung unserer Gesellschaft seit jeher positiv gesinnt. Schon im Manifest der Kommunistischen Partei beschrieb Marx die aufkommende Bourgeoisie als revolutionäre und wegbereitende Klasse mit welthistorischer Bedeutung:

„Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt.

Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose „bare Zahlung“. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. (...)

Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. (...)

Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterte Kommunikation alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. (...)

Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen – welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoß der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten.“ (Manifest der Kommunistischen Partei, Teil I)

Hier zeigt sich unter anderem, wie sehr das Denken von Marx und Engels auch ein Produkt der damaligen gesellschaftlichen Epoche war. Die Vorstellung, sich durch die Industrialisierung endlich von den „Naturkräften“ emanzipieren zu können, begeisterte damals viele Menschen. In einer Epoche, in der Seuchen, Viruserkrankungen, Kälte und Hunger für einen Grossteil der europäischen Bevölkerung eine latente oder ständige Gefahr darstellte, war die zutiefst humanistische Vorstellung, einzig dem Menschen alles andere zu unterwerfen, verlockend.

„Das 19. Jahrhundert ist das ‚Jahrhundert der Wissenschaft‘ in einem eminenten Sinne geworden, indem diese in jener Zeit grosse Reputation und geschichtsbestimmte Kraft gewann. Diese Autorität verdankten und verdanken vor allem die Naturwissenschaften einerseits ihrer experimentellen und methodischen Genauigkeit und Folgerichtigkeit, andererseits ihrer praktischen Bedeutung in Naturbeherrschung und Technik. Vor allem im 19. Jahrhundert sahen sich die Zeitgenossen als Zeugen eines ungeheuren Umschwunges, der Entstehung eines neuen Zeitalters, in dem Wissenschaft und Technik alles zu prägen und zu bestimmen und alles zum Besseren zu verändern schienen.“ (Volker Steenblock: Arbeit am Logos: Aufstieg und Krise der wissenschaftlichen Vernunft, S. 159)

Einem blinden Glauben an wissenschaftlichen Fortschritt sind Marx und Engels nie verfallen, war ihnen doch klar, dass nur eine Revolutionierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Machtergreifung des Proletariats das durch den Kapitalismus herbeigeführte Elend beseitigen würde. Einerseits hatte also die Neugestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse oberste Priorität. Gleichzeitig betonten sie immer wieder, dass die starke Entwicklung der Produktivkräfte eine unabdingbare Voraussetzung für den Sozialismus sei.

„Diese „Entfremdung“, um den Philosophen verständlich zu bleiben, kann natürlich nur unter zwei praktischen Voraussetzungen aufgehoben werden. Damit sie eine „unerträgliche“ Macht werde, d.h. eine Macht, gegen die man revolutioniert, dazu gehört, daß sie die Masse der Menschheit als durchaus „Eigentumslos“ erzeugt hat und zugleich im Widerspruch zu einer vorhandenen Welt des Reichtums und der Bildung, was beides eine große Steigerung der Produktivkraft, einen hohen Grad ihrer Entwicklung voraussetzt – und andererseits ist diese Entwicklung der Produktivkräfte (...) auch deswegen eine absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte, weil ferner nur mit dieser universellen Entwicklung der Produktivkräfte ein univer-

seller Verkehr der Menschen gesetzt ist, daher einerseits das Phänomen der „Eigentumslosen“ Masse in Allen Völkern gleichzeitig erzeugt (allgemeine Konkurrenz), jedes derselben von den Umwälzungen der andern abhängig macht, und endlich weltgeschichtliche, empirisch universelle Individuen an die Stelle der lokalen gesetzt hat.“ (Karl Marx / Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie. I Feuerbach. Gegensatz von materialistischer und idealistischer Anschauung)

Es geht hier nicht darum, diese Vorstellungen in ihrem Kontext zu kritisieren, sondern darum, die Frage aufzuwerfen, warum eben dieses Verhältnis zwischen Mensch, Natur und Zivilisation bei vielen marxistischen Linken – 150 Jahre später – nicht weiterentwickelt wird. Das 20. und bisherige 21. Jahrhundert zeigen uns, dass sich die Grundprobleme unserer Gesellschaft durch Produktivitätswachstum und Technologisierung genauso wenig lösen lassen wie damals. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind immer begrüßenswert, die Art und Weise ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Implementierung kann sich jedoch positiv, negativ oder auch ambivalent auf die Gesellschaft auswirken. Die Schauplätze sozialistischer Revolutionen des 20. Jahrhundert haben uns zudem gezeigt, dass Revolutionen nicht eher dort ausbrechen, wo die Produktivkräfte am weitesten entwickelt sind, sondern dass ihr Zustandekommen von einer Vielzahl von Faktoren abhängt. „Revolutionäres Bewusstsein“ findet sich auch in technologisch und ökonomisch „weniger weit“ entwickelten Ländern und kann auf eine etapistische Gesellschaftstheorie verzichten. Schliesslich ist der globale Kapitalismus bis heute längst nicht so einheitlich und vereinheitlichend, wie von Marx beschrieben. Ungleiche ökonomische und kulturelle Entwicklungen, halbfeudale Verhältnisse, Sklaverei, „mittelalterliche“ Rechtssysteme, landwirtschaftlich geprägte Ökonomien und Subsistenzwirtschaft gehören bis heute nicht der Vergangenheit an.

Massstäbe des Fortschritts

Eine ökosozialistische Perspektive bedeutet keine Abkehr von der Idee des Fortschritts durch technologische Errungenschaften. Aber sie verlangt, bezüglich der Entwicklung der Produktivkräfte, der Wissenschaft und ihrer Verwendung klare Massstäbe zu entwickeln. Dabei ist klar, dass die ökologischen Auswirkungen neuer und bestehender Technologien zu einem ebenso wichtigen Faktor für ihre Beurteilung werden müssen wie etwa die Frage der Arbeitsbedingungen. Dass die Erarbeitung derartiger Massstäbe nicht von Wenigen und nicht auf einer rein ideell-ideologischen Basis vorgenommen werden kann, sondern sich an den Forderungen aktueller sozialer Bewegung sowie den jeweiligen wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren muss, versteht sich von selbst.

Nicht übers Ziel hinausschiessen

Wie schon erwähnt, bedeutet eine kritische Auseinandersetzung mit der Fortschrittsgläubigkeit und dem Mensch-Naturverhältnis keineswegs, in eine zivilisationsfeindliche oder gar primitivistische Gesellschaftsperspektive zu verfallen. Einige sich selbst in der ökosozialistischen Tradition sehenden Kreise tun dies leider, indem sie das Zeitalter der Industrialisierung als kurze historische Periode bezeichnen, die auf der Ausbeutung von Kohle und fossiler Brennstoffe beruhe und die es möglichst bald zu überwinden gelte. Damit implizieren sie zu unrecht, dass Automatisierung, Arbeitsteilung und industrielle Produktion nur im Rahmen des massenhaften Verbrauchs fossiler Brennstoffe funktionieren können. (Siehe dazu beispielsweise den Vortrag von Bruno Kern, Herausgeber der Zeitschrift Luxemburg der Rosa Luxemburg-Stiftung, über Ökosozialismus oder Barbarei. <https://www.youtube.com/watch?v=P0sVXoz7WEc>) Eine derartige Aussage auf nicht kapitalistische Verhältnisse zu übertragen und zu verallgemeinern, ist spekulativ und verliert den

Glauben an das Potential einer postkapitalistischen Wirtschaftsform, in der – um es mit Marx zu sagen – „die assoziierten Produzenten ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln [und] unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den, ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn.“ (Karl Marx. Das Kapital. Dritter Band. Berlin 1971, S. 828.) Mit anderen Worten: Der Kapitalismus beschreibt ein Klassenverhältnis, in der die herrschende Klasse in ihrem Interesse und auf Kosten der Umwelt und der beherrschten Klassen über die Produktionsbedingungen entscheiden. Sozialismus hingegen bezeichnet eine Gesellschaft, in der alle auf demokratische Weise über die Produktion und Produktionsbedingungen entscheiden und in der dadurch auch ökologische Anliegen ernsthaft berücksichtigt werden können. Ein zwangsläufiger Widerspruch zur Industrialisierung besteht nicht!

Ebenfalls in einer problematischen Perspektive bewegen sich teilweise die Anhänger der De-croissance-Bewegung, die es für zentral halten, das globale Wirtschaftsvolumen drastisch zu reduzieren. Dabei übersehen sie nicht nur, dass die Qualität der Produktion wichtiger ist als die Quantität, sondern auch, dass es auch heute noch viele Produktionsbereiche und Dienstleistungen gibt, die es auszubauen und nicht zu verkleinern gilt.

Die Frage der Ökologie ist zentral

Im Sommer 1917 war es die Forderung der Bolschewiki nach Brot, Land und Frieden, die bei vielen Arbeiter*innen und Soldaten im damaligen Russland Anklang fand. Aus einer ökosozialistischen Perspektive sollte klar sein, dass ein intaktes Ökosystem letztlich die Voraussetzung für all diese Forderungen ist! Soziale und ökologische Anliegen zusammen zu denken, bedeutet, zu verstehen, dass auch die Auswirkungen der Naturzerstörung vor allem die globalen subalternen Klassen trifft und treffen wird und die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen somit Teil des Klassenkampfes und der internationalen Solidarität ist.

„Die ökologische Wende ist also unmittelbar eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Unser Produktions- und Konsumtionsniveau ist nicht universalisierbar. (...) Dazu kommen unmittelbare Folgeprobleme unserer Produktion und unseres Konsums, die wir den Bevölkerungsmehrheiten der „Dritten Welt“ aufbürden. Erwähnt seien hier nur die Folgen des Uranabbaus etwa im Niger und der Bodenerosion in einer exportorientierten Landwirtschaft. Wenn wir diesen globalen Horizont nicht ausblenden wollen, dann kommen wir um die Einsicht nicht herum: Mit unserer ökologisch nicht tragbaren Lebens- und Produktionsweise beteiligen wir uns weltweit an einem chauvinistischen Selektionsprozess, der andere unmittelbar ihrer Lebenschancen beraubt. Die ökologische Wende muss deshalb für Linke ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Die Akzeptanz für die einschneidenden Veränderungen unserer Lebensweise und unserer Konsummuster, die daraus notwendig resultieren, wird allerdings am besten durch eine egalitäre Gestaltung der eigenen Gesellschaft geschaffen.“ (Sarat Sarkar / Bruno Kern: Ökosozialismus oder Barbarei. Eine zeitgemäße Kapitalismuskritik, S. 11)

Das Handeln im Kleinen und der grosse Wurf

Wir kennen das: Der Streit zwischen Strömungen und Milieus auf der einen Seite, die lieber „konkret etwas tun wollen“, anstatt von der Revolution zu träumen, und der marxistischen Linken auf der anderen Seite, die bei jeder Biotomate und jeder Vokü am liebsten die Internationale anstimmen würde, um ans Wesentliche zu erinnern. Der Vorwurf der einen, sich nicht mit dem eigenen individuellen Verhalten auseinandersetzen zu wollen und alles Unangeneh-

me auf später zu vertagen. Der Vorwurf der anderen, letztlich doch nur die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse zu verjüngen, indem konkrete „Verbesserungsvorschläge“ für morgen entwickelt werden. Ökosozialismus könnte eine neue Perspektive werden, die unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und Sensibilitäten zusammenbringt. Die marxistische Erkenntnis, dass es letztlich kein richtiges Leben im Falschen gibt (Adorno), vereint mit den Erfahrungen und Aktivitäten vieler zumindest systemkritischer Bewegungen. Dies verlangt von der marxistischen Linken, Verständnis und Offenheit zu zeigen und sich daran zu gewöhnen, dass Menschen auf unterschiedliche Weise Politik betreiben und oft in anderen Kategorien denken. Vor allem sollten wir lernen, die Anliegen ökologisch und sozial orientierter Bewegungen ernstzunehmen und diese – wenn immer möglich – in unsere Kapitalismuskritik zu integrieren. Dabei sollten wir auch aufzeigen, inwiefern eine ökosozialistische Perspektive den eigentlichen Wünschen vieler ökologischer Bewegungen Rechnung trägt.

Krisenhaftigkeit des Kapitalismus

Nicht zuletzt bietet eine ökosozialistische Perspektive auch die Chance, auf die längerfristigen verheerenden Auswirkungen des Kapitalismus auf unsere Umwelt hinzuweisen. Während sich die Zusammenbruchshoffnungen vieler vergangener Revolutionär*innen als illusorisch erwiesen haben und die globale Bourgeoisie mehrfach bewiesen hat, dass sie um einiges anpassungsfähiger und zäher ist, als Marx und Engels in ihrem Frühwerk noch vorausgesagt hatten, vermag auch das globalisierte Kapital den Widerspruch zwischen einem permanent auf Wachstum angewiesenen Wirtschaftssystem und der Endlichkeit natürlicher Ressourcen nicht zu überwinden. Die Erschöpfung der Tragfähigkeit unseres Ökosystems ist eine reale Bedrohung für Millionen von Menschen und führt schon heute in vielen Regionen zu Verwüstung, Verunreinigungen von Boden und Atmosphäre und einem Einbruch landwirtschaftlicher Erträge. Ein Grund mehr, sich für eine klassenkämpferische und ökosozialistische Linke einzusetzen.

2 Warum ein grüner Kapitalismus nicht möglich ist und die feministische Kritik an der Green Economy

2.1 Klaus Engert: Die Jagd nach Profit – Kapitalismus und Ökologie (2010)

Kapitel 5 aus seinem Buch «Ökosozialismus – das geht!», S. 83-102.

*Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden.
John Maynard Keynes zugeschrieben.*

Die Jagd nach dem Profit – Kapitalismus und Ökologie

Der beginnende Industriekapitalismus hatte mit allen möglichen Schwierigkeiten zu kämpfen, aber mit einer nicht: Dem Mangel an natürlichen Ressourcen. Rohstoffe, Wasser, Luft und Arbeitskräfte – alles schien im Überfluss vorhanden. Zweihundert Jahre später hat sich das Blatt gewendet. Die Bodenschätze gehen zur Neige, die Atmosphäre ist vergiftet, die Böden sind ausgelaugt, in weiten Teilen der Erde herrscht Trinkwasser- und Nahrungsmittelmangel, und Hunger und Armut nehmen auch in den entwickelten Industrieländern zu. Das einzige, was vom Überfluss geblieben ist, ist eine zunehmende Masse an Menschen, die aus dem Stoffkreislauf der kapitalistischen Verwertungsmaschinerie ausgespuckt oder gar nicht erst in sie einbezogen wurden, die in den Slums der Megastädte buchstäblich auf und von dem Müll leben, den der besitzende Teil der Menschheit dort ablädt, oder die von den karitativen Organisationen oder den Sozialkassen in den Industrieländern das gerade zum Überleben notwendige Minimum als Almosen gewährt bekommen. Aufgrund der empörenden globalen Ungleichheit wächst die Zahl der Migranten wie die Zahl der kleinen und großen Kriege, und nie war das gebetsmühlenartig wiederholte Versprechen dass die herrschende Gesellschaftsordnung die beste aller Möglichkeiten darstelle und in der Lage sei, Auskommen für alle zu schaffen, so unglaublich wie heute: Die Zahl der Millionäre wächst, doch viel schneller wächst die Zahl der Armen. Es wird eine Weltraumstation gebaut, doch in jedem Winter erfrieren zahllose Obdachlose. Wir leiden an „Überproduktion“, aber Millionen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Und die angeblich beste aller Gesellschaften ist dabei, durch den von ihr verursachten Klimawandel die Lebensgrundlagen der Spezies Mensch endgültig und unumkehrbar zu zerstören.

Tabelle 5: Die zehn reichsten und zehn ärmsten Länder der Welt (2008)

Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung in Dollar (Quelle: Weltbank 2009)

Die zehn reichsten Länder

- 1 Luxemburg 64.320
- 2 Norwegen 58.500
- 3 Kuwait 52.610
- 4 Brunei Dárussalam 50.200
- 5 Singapur 47.940
- 6 USA 46.970
- 7 Schweiz 46.460
- 8 Niederlande 41.670
- 9 Schweden 38.180
- 10 Österreich 37.680

Die zehn ärmsten Länder

- 1 Demokratische Republik Kongo 290
- 2 Liberia 300
- 3 Burundi 380
- 4 Guinea-Bissau 530
- 5 Eritrea 630
- 6 Niger 680
- 7 Zentralafrikanische Republik 730
- 8 Sierra Leone 750
- 9 Mosambik 770
- 10 Togo 820

„Böser“ Kapitalismus?

Wenn man begreifen will, warum die kapitalistische Wirtschaftsweise zwangsläufig den Globus an den Rand des Ruins bringen musste, muss man sich zuerst einmal von der Vorstellung verabschieden, dass innerhalb dieses Systems eine grundsätzliche Entscheidungsfreiheit für „das Kapital“ bestünde. Marx hat das einmal so ausgedrückt, dass jedes Einzelkapital Profit machen müsse – bei Strafe des eigenen Untergangs.¹

Im Kapitalismus werden keine Gebrauchswerte erzeugt, sondern Waren, die auf einem inzwischen weltweit ausgedehnten Markt verkauft werden. Für deren Produktion setzt der Einzelunternehmer sein Kapital ein, das er, vermehrt um seinen Profit, wieder hereinbringen muss. Aber Geld kann man nicht essen und nicht trinken, es ist nur von „Wert“, wenn es wieder in den Kreislauf zurückgeführt wird – also reinvestiert wird. Die Masse des verfügbaren Kapitals wächst und wächst, bis für die erzeugte Gütermenge die Nachfrage nicht mehr ausreicht. Das ist dann der Punkt, an dem die dem Kapitalismus inhärenten Krisen ausbrechen. Das Angebot übersteigt die Nachfrage und damit ist ein Teil des investierten Kapitals wertlos, es kann sich nicht mehr „verwerten“, da die Profitrate unter das für die Fortführung der Tretmühle notwendige Maß sinkt. In einer solchen Krise steckt die Wirtschaft derzeit und sie versucht sich daraus zu befreien, indem sie einen Wechsel auf die Zukunft aufnimmt: Investitionsprogramme, Subventionen, Übernahme der Schulden des „notleidenden“ Kapitals durch den Staat – um dann den gleichen Kreislauf von vorne zu beginnen. (Viel problematischer als die Frage, wie dieser Wechsel jemals beglichen werden soll, ist allerdings die, wie der Wechsel, den die kapitalistische Industriegesellschaft bei der Natur aufgenommen hat, eingelöst werden soll)

Das Kapital als solches ist weder „böse“ noch „gut“, es folgt lediglich den Gesetzen, denen es, wie gesagt bei Strafe des Unterganges, gehorchen muss.

Kapitalismus ohne Wachstum?

Was unsere Welt angesichts des drohenden und teilweise bereits eingetretenen ökologischen Desasters am wenigsten brauchen kann, ist noch mehr Industrie, noch mehr Verkehr, noch mehr Auslaugung der Böden. Weiteres Wachstum in der bisherigen Art und Weise ist vom Standpunkt der Erhaltung und des Schutzes der natürlichen Umwelt obsolet – und es wäre auch eigentlich nicht notwendig: Bereits seit langem reicht die weltweite Produktion sowohl im Agrar-, wie im industriellen Sektor völlig aus, um global die Grundbedürfnisse aller Menschen abzudecken. Es gibt, derzeit zumindest, objektiv gesehen, keinen Mangel, es gibt ein Problem der Verteilung und es gibt ein Problem der bedarfsgerechten Produktion:

„Die Zahl der unterernährten Menschen durchbrach im Juni 2009 die Marke von einer Milliarde, wie die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (FAO) am Mittwoch (14.10.2009) in Rom berichtete. Gegenwärtig litten 1,02 Milliarden Menschen Hunger. Das sei der höchste Wert seit 1970. Der traurige Rekord sei eine Folge hoher Lebensmittelpreise in Kombination mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, erklärte die FAO.“¹ – also nicht eines objektiven Mangels an verfügbaren Lebensmitteln. Die gehen nur anderswohin, bzw, es bekommt sie der, der auch bezahlen kann. Und das können vor allem die nicht, die die Hauptlast für die Versorgung in den sog. Ländern der Dritten Welt tragen:

¹ In gewissem Sinne trifft er sich hier mit den Systemtheoretikern wie Niklas Luhmann und dessen Grundprämisse von den „autopoietischen Systemen“. Es ist, by the way, ein Treppenwitz der Soziologiegeschichte, dass der Marxismusfeind Luhmann seine Theorie bei den Naturwissenschaften entlehnte□

„Nach Angaben der FAO liegen 80 Prozent der Nahrungsmittelproduktion weltweit in der Hand von Frauen. Sie sichern so das Überleben ihrer Familien. In einigen afrikanischen Ländern sind mehr als die Hälfte der Frauen allein für den Familienhaushalt zuständig und damit täglich überfordert. Laut Diekmann verbrennen zum Beispiel in Kenia Frauen ‚bis zu 80 Prozent ihres täglichen Kalorienbedarfs allein beim Wasserholen‘.“

Aber einen „Wachstumsstopp“ kann es im Kapitalismus nicht geben. Nur aus zwei Quellen wird der Wert geschöpft, den die Einzelkapitalien dann wieder in erneute Produktion umsetzen: aus der menschlichen Arbeitskraft und aus dem natürlichen Reichtum der Natur. Geld ist nur die Form, in der dieser Wert ausgedrückt wird.

Unter den Bedingungen der Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalien kann nur überleben, wer mindestens soviel Überschuss erwirtschaftet, um seine Betriebskosten zu decken, einschließlich der Kosten für die Erneuerung der Maschinerie. Aber das allein reicht nicht aus. Er muss auch „konkurrenzfähig“ produzieren, damit es auch seine Marktpreise bleiben, da er sonst Gefahr läuft, sein Kapital zu entwerten. Die Kosten der Produktion müssen so niedrig wie möglich gehalten werden. Das führt zu zunehmender Rationalisierung, Automatisierung und der Entwicklung entsprechender Produktionsmethoden – aber auch dazu, dass ökologische Rücksichten lediglich als negativer Kostenfaktor angesehen werden. Vor allem aber führt es dazu, dass ein Zwang zu beständigem Wachstum besteht. Einen Konkurrenzvorteil kann man sich nur verschaffen, wenn es gelingt, das gleiche Produkt in höherer Zahl in kürzerer Zeit zu produzieren als der Konkurrent. Die dann steigenden Überschüsse müssen um jeden Preis wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden, denn „Sparen“ generiert keinen Mehrwert. Die wenigsten Menschen machen sich Gedanken darüber, dass die paar Mark, die sie auf dem Sparsbuch liegen haben und für die sie Zinsen bekommen, sich nicht einfach von selbst vermehren. Dieses Geld wird an beliebige Kapitalien ausgeliehen, und die Zinsen stellen den kleinen Teil des Gewinns dar, den der jeweilige Kreditnehmer mit der Arbeitskraft anderer Menschen und mit der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen erwirtschaftet. Insofern gehen auch die Polemiken gewisser Kreise wie die der Gesellianer gegen die „Zinsknechtschaft“ völlig an der Sache vorbei, weil der Zins nichts anderes ist als die mittelbare Beteiligung am kapitalistischen Verwertungsprozess.

Längst sind die kleinen wie die großen Kapitalien nicht mehr in der Lage, ihre Investitionsmittel aus den eigenen Überschüssen zu generieren. Sie setzen auf die Zukunft: sie leihen sich das benötigte Investitionskapital und beteiligen dafür die Banken an ihren späteren Gewinnen in Form der gezahlten Zinsen, diese wiederum geben einen kleinen Teil davon an ihre Klein- und Großanleger ab – als Sparzinsen oder Dividenden. Aber dieses System hat zur Folge, dass ständig mehr Wert angehäuft wird, der wiederum nach Verwertung „schreit“. Und deshalb ist Wachstum für diese Art zu produzieren eine Grundvoraussetzung.

Kapitalismus und Nachhaltigkeit

Es wäre völlig falsch, dem Kapital zu unterstellen, dass es nicht langfristig planen würde. Aber dabei handelt es sich nicht um eine gesellschaftliche Planung in dem Sinne, dass die langfristigen gesellschaftlichen, das heißt auch ökologischen, Folgen der jeweiligen Produktion, ob nun im industriellen oder im Agrarbereich, einbezogen werden. Große Unternehmen planen inzwischen Jahrzehnte im Voraus, aber ausschließlich bezogen auf die langfristige Sicherung von Rohstoffvorkommen und Absatzmärkten, von Energiequellen und billigen Arbeitskräften. Triebfeder ist nicht der gesellschaftliche Nutzen bzw. die Verhinderung gesellschaftlicher Schäden, sondern der zu erwartende Profit. Für diese Planungen und ihre Umsetzung benutzen sie unter anderem die staatlichen Institutionen, sei es nun mittels der sogenannten „Wirtschaftsdiplomatie“ (es ist immer wieder amüsant, zu

beobachten, wie inzwischen jedem Politiker auf Auslandsreise ein Tross von Wirtschaftsbossen folgt wie die Trüffelschweine, wobei das Machtverhältnis hier insofern umgekehrt ist, als nicht die Politiker die Trüffelschweine, sondern letztere die ersteren an der Leine führen), oder sei es mit direkteren Mitteln wie die Kriege um Bodenschätze und Absatzmärkte.

Die Planung des Kapitals ist also durchaus langfristig, aber seine Interessen sind kurzfristig. Investitionen müssen sich in einem bestimmten Zeitraum „rechnen“, das heißt, genügend Profit abwerfen. Und dafür ist Nachhaltigkeit Gift. Das zeigt sich, wie wir es bereits im zweiten Kapitel unter dem Punkt „Müll“ belegten, am deutlichsten an dem Trend zu immer kurzlebigeren und nicht reparablen bzw. nicht wiederverwendbaren Produkten. Quelle der Profite ist nicht die (arbeitsintensive) Reparatur oder Wiederaufbereitung zu erneuter Verwendung – das würde real ein Sinken der Warenproduktion bewirken –, sondern die Produktion neuer Waren.

Wir können also feststellen, dass der Kapitalismus qua Definition nicht nachhaltig sein kann. Jeder Versuch, dem Kapital entsprechende (wirksame) „Fesseln“ anzulegen, führt unweigerlich zu einer profunden Krise des Systems, einmal ganz abgesehen davon, dass dies, wenn überhaupt, nur gleichzeitig weltweit geschehen könnte, weil bei rein nationalen Maßnahmen das jeweilige Kapital entweder den Standort wechseln oder in einen unhaltbaren Konkurrenznachteil gegenüber anderen geraten würde. Dennoch gibt es immer wieder bürgerliche Ökonomen, die den Versuch der Quadratur des Kreises unternehmen, indem sie den Kapitalismus „zähmen“ wollen, so beispielsweise der „Club of Vienna“.

Erstaunlich an den Mitgliedern dieser Vereinigung, in der vom Bischof bis zum Unternehmer so ziemlich alles vertreten ist, ist, dass sie exakt die zentralen Kritikpunkte am kapitalistischen System benennen, sich aber auf die logische Konsequenz, nämlich eine gänzlich andere Ordnung, nicht einlassen wollen. So schreibt C. Binswanger:

„Die Heilsbotschaft eines ewigen Wirtschaftswachstums ist notwendig für die Funktionsweise moderner Wirtschaften. Doch leider ist es eine falsche Heilsbotschaft, die den Menschen ein stets besseres Leben vorgaukelt, ohne dieses Versprechen je einzulösen.“ Der Unternehmer Klaus Woltron stellt im selben Buch fest, dass alle Mitspieler im System außer den Investoren zu „Sklassen der kurzfristigen Rendite“ geworden seien.

Aber über den Tellerrand der auf verallgemeinerten Produktion für einen verallgemeinerten Markt beruhenden Profitwirtschaft wollen oder können sie sämtlich nicht hinausblicken und so bleiben ihre sehr disparaten Lösungsvorschläge von der Verstaatlichung der Banken über das Verbot von Kapitalgesellschaften bis zur Tobin-Steuer und der Einrichtung von „Ressourcenagenturen“ – ebenso fragmentarisch wie hilflos.

Kapitalismus, Ökologie und Beschleunigung

Muss man sich bei der Beschäftigung mit ökosozialistischen Perspektiven mit dem Problem der Beschleunigung befassen? Ja, man muss, und das wird im Folgenden deutlich werden. In den letzten Jahren ist (erneut) eine heftige Debatte über die Frage entbrannt, welche Gründe und welche Konsequenzen die beobachtbare Beschleunigung in allen Lebensbereichen hat. Rifkin hat das neu erwachte Interesse folgendermaßen charakterisiert:

„Bis heute existierte Zeitbewusstsein direkt unter der Oberfläche des Bewusstseins, beeinflusste und formte immer die Erfahrung unserer Spezies, genoss aber nie viel offene Aufmerksamkeit als Schlüsselkraft im historischen Prozess. Nun ist das Zeitbewusstsein an

die Oberfläche unseres kollektiven Bewusstseins getreten und beginnt eine Vielfalt neuer, metaphorischer Chancen zu bieten, um den politischen Prozess neu zu bedenken und zu erdenken.“ Zunächst ist einmal zu klären, wovon man redet, wenn man über Beschleunigung spricht.

Physikalisch gesehen ist Beschleunigung eine Exponentialfunktion [sic]: die Änderung von Geschwindigkeit pro Zeiteinheit. Aber wessen Geschwindigkeit? Es ist nötig, hier zu differenzieren. Zum einen wäre zu untersuchen die Beschleunigung im Bereich des Transports. Hier ist die Datenlage eindeutig. Wir werden darauf noch zurückkommen. Ähnliches ist zu sagen zur Beschleunigung der Produktionsprozesse, wobei dies natürlich in untrennbarem Zusammenhang mit der Entwicklung im Bereich der Transportmittel steht. Der Fordismus wäre ohne die Entwicklung entsprechender Motoren zum Antrieb der Transportbänder nicht möglich geworden. Aber auch die Beschleunigung in der Informationsübermittlung, von der Buschtrommel und dem Läufer von Marathon, der optischen Nachrichtenübermittlung per Lichtzeichen bis hin zu Post, Telegrafie, Telefon und Internet gehört in diese Kategorie, die ich einmal die technische oder materielle Beschleunigung nennen möchte.

Die heutige Beschleunigungsdiskussion krankt zum Teil daran, dass die von Bourdieu⁷ festgestellte „Entzeitlichung“ der sozialtheoretischen Praxis sich paradoxerweise teilweise gerade bei denen wiederfindet, die sich mit dem Phänomen der Beschleunigung beschäftigen, dergestalt, dass sie sich in ihrer Betrachtung wie Rosa auf bestimmte Zeitabschnitte kaprizieren und aufgrund dieser teilweise ahistorischen Betrachtung zu entsprechend absurden Schlussfolgerungen kommen.

Denn, wie z. B. Rosa⁸ feststellt, hat es in den letzten 200 Jahren periodisch wiederkehrende Debatten (und Klagen) über die zunehmende Beschleunigung „des Lebens“ gegeben. Meist bezogen sie sich zunächst auf die befürchteten gesundheitlichen Folgen der Geschwindigkeitszunahme der jeweiligen Verkehrsmittel (Eisenbahn, Automobil und sogar Fahrrad), aber im letzten Jahrhundert begann dann mit der Ausdifferenzierung der entsprechenden sozialwissenschaftlichen Disziplinen auch eine Diskussion über die sozialpsychologischen und damit gesellschaftspolitischen Folgewirkungen der Beschleunigung. Jeweils wurde von den verschiedenen Protagonisten dann eine mehr oder weniger besorgniserregende neue Dimension der Akzeleration konstatiert.

Tatsache ist, dass man mit Fug und Recht die Geschichte der Menschheit auch als eine Geschichte der Beschleunigung auffassen kann. Allerdings ist letztere nicht als Phänomen sui generis aufzufassen, also etwa als menschlicher „Trieb“ oder objektives Naturphänomen. Ebenso wie die Herausbildung eines Zeitbegriffes einen Reflex auf die Notwendigkeiten, die sich aus bestimmten Produktions- und Subsistenzbedingungen ergaben, darstellte, stellt auch die Beschleunigung einen solchen dar. Dabei sind zwei Punkte zentral: Zum einen die Generierung eines gesellschaftlichen Mehrprodukts und zum anderen das Privateigentum an Produktionsmitteln und seine Konsequenzen. Die erstmalige Generierung eines gesellschaftlichen Mehrprodukts als Voraussetzung für die Ausdifferenzierung von Gesellschaften im Sinne der Arbeitsteilung kann als eine erste Beschleunigungsphase aufgefasst werden, insofern, als diese Ausdifferenzierung wiederum eine weitere Erhöhung des gesellschaftlichen Mehrproduktes, z. B. durch die Zurverfügungstellung von besseren Werkzeugen, nach sich zog. Dabei handelte es sich zunächst noch um Vorgänge, die zwar auf der Ebene der Produktion eine Beschleunigung generierten, da aufgrund der positiven Effekte der Arbeitsteilung/Spezialisierung das zur Subsistenz notwendige Produkt in kürzerer Zeit als zuvor produziert werden konnte. Eine Beschleunigung im Sinne einer

gesamtgesellschaftlichen Geschwindigkeitszunahme bedeutete es allerdings nicht, im heutigen Sprachgebrauch würden wir sagen, es entstand schlicht mehr „Freizeit“.

Den nächsten „Beschleunigungsschub“ könnte man grob gesagt an dem beginnenden Austausch zwischen verschiedenen Populationen festmachen. Hiermit war der Anreiz zur Entwicklung von Transportmitteln gegeben, mittels derer sich die zum Tausch bestimmten Güter leichter und schneller transportieren ließen, seien es die Herauszüchtung entsprechender Haustiere oder die Entwicklung des Rades. Bis zu diesem Zeitpunkt allerdings können wir noch nicht von einem „Zwang zur Beschleunigung“ sprechen, sieht man einmal von temporären Phänomenen ab, wie z. B. dem unmittelbaren Zwang zum Einbringen einer Ernte vor dem großen Regen o. ä., denn dabei handelt es sich um allenfalls zyklische Phänomene und nicht um eine kontinuierliche Akzeleration [Beschleunigung].

Ein regelrechter Zwang zur Beschleunigung entstand erst mit der Herausbildung des Handelskapitals und des Privateigentums an Produktionsmitteln. Die wesentliche Triebfeder dabei stellt das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate und das daraus folgende Bestreben zur Erhöhung der Umschlaggeschwindigkeit des variablen Kapitals dar. Dabei handelt es sich um im Rahmen dieser Produktionsweise objektive Zwänge, die nicht mehr der individuellen oder kollektiven Entscheidungsfreiheit unterworfen sind.

Das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate² hat zur Folge, dass von den entsprechenden Kapitaleignern versucht wird, ihm durch verschiedene Maßnahmen entgegenzuwirken. Neben anderen Mitteln wie z. B. der Minimierung der Arbeitskosten ist das für die Frage der Beschleunigung wesentliche Instrument die Verkürzung der Zeit zwischen der Produktion der entsprechenden Güter und dem Verkauf derselben. Damit verkürzt sich die Zeit, in der der Kapitalist nicht über das – in dieser Phase für ihn „tote“ – Kapital verfügen kann.

Der Unternehmer, der etwa heute noch seine Produkte mit dem Segelschiff oder dem Ochsenkarren zum Markt befördern würde, geriete gegenüber dem entsprechenden, mit Flugzeug oder Truck arbeitenden Konkurrenten in einen entscheidenden Konkurrenznachteil, denn er würde sein für die Produktion der entsprechenden Waren eingesetztes Kapital erst mit einer um ein Mehrfaches größeren Zeitverzögerung über den Verkauf wiederbekommen und in der Zwischenzeit weder den erzeugten Mehrwert realisieren können noch Zinsen für das eingesetzte Kapital erhalten (bzw. u. U. in der Zwischenzeit im Gegenteil Zinsen für einen eventuellen Kredit bezahlen müssen). Wie erheblich seit den Handelsimperien des Mittelalters, z. B. Venedigs, die entsprechende Umschlaggeschwindigkeit gesteigert wurde, lässt sich ermesen, wenn man sich vor Augen hält, dass seinerzeit die venezianischen Kaufleute, die ein Schiff ausrüsteten, je nach anzusteuender Region bis zu zwei Jahre (und länger) warten mussten, bis sie ihre Gewinne realisieren bzw. das eingesetzte Kapital zurückbekommen konnten, von den damaligen Transportrisiken einmal ganz abgesehen.³

Darauf hat auch Marx bereits hingewiesen: „Das Hauptmittel zur Verkürzung der Zirkulationszeit sind verbesserte Kommunikationen. Und hierin haben die letzten fünfzig

² Tendenzialer Fall der Profitrate: Da die Kapitalisten dazu neigen, die Arbeit der Menschen zunehmend durch Maschinen zu ersetzen, nimmt der Anteil des *konstanten Kapitals* an der Profitrate stetig zu. Da jedoch (Mehr-)wert – und so schlussendlich Profit – nur durch menschliche Arbeitskraft, das heisst durch *variables Kapital*, entstehen kann, spricht man vom *tendenzialen Fall der Profitrate*. Tendenzial ist der Fall deswegen, weil die Kapitalisten immer wieder Möglichkeiten finden, kurz- und mittelfristig das Sinken der Profitrate zu verhindern. In der Tendenz sinkt sie aber stetig. [PS]

³ S. u. a. W. Shakespeare; Der Kaufmann von Venedig. Im Übrigen gab es seinerzeit auch schon Banken, die gegen eine Gewinnbeteiligung Risikokapital zur Verfügung stellten, was auch gelegentlich zu Bankenpleiten führte – Spekulation zahlte sich nicht nur heute nicht immer aus.

Jahre eine Revolution gebracht, die sich nur mit der industriellen Revolution der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vergleichen lässt. Auf dem Lande ist die makadamisierte Straße durch die Eisenbahn, auf der See das langsame und unregelmäßige Segelschiff durch die rasche und regelmäßige Dampferlinie in den Hintergrund gedrängt worden, und der ganze Erdball wird umspannt von Telegraphendrähten. Der Suezkanal hat Ostasien und Australien dem Dampferverkehr erst eigentlich erschlossen. Die Zirkulationszeit einer Warensendung nach Ostasien, 1847 noch mindestens zwölf Monate, ist jetzt ungefähr auf ungefähr ebensoviel Wochen reduzierbar geworden.“

Komplementär zur schubweise durch die Entwicklung jeweils eine neue Qualität darstellender Transportmittel zur Distribution von zur Produktion notwendigen Grundstoffen oder Vorprodukten ebenso wie von produzierten Waren (Ruderboot/Segelschiff/Dampfschiff/Motorschiff; Ochsenkarren/Pferdefuhrwerk/Eisenbahn/Automobil; Luftschiff/ Flugzeug/Rakete) erzeugten Beschleunigung fand auch eine solche im Bereich der Produktion selbst statt. Von der handwerklichen Produktion über die Manufaktur bis hin zum Fordismus und zur Vollautomatisierung hat eine atemberaubende Beschleunigung der Produktionszyklen stattgefunden.⁴ Und als Produktion und Distribution kaum mehr beschleunigt werden konnten, kam als nächste Entwicklung die „just in time“-Produktion, durch die die Lagerhaltung für die Grundstoffe und Vorprodukte reduziert und damit die temporäre Anhäufung toten Kapitals minimiert wurde.

Ein weiterer Punkt, der den Zwang zur höheren Umschlaggeschwindigkeit determiniert, ist die Beschleunigung der Innovationszyklen. Nimmt man das genannte Beispiel eines Produzenten, der seine Produkte, sagen wir einmal modische Kleidung, heute mit einem Segelschiff um das Kap der guten Hoffnung nach Asien beförderte, würde dieser sich nicht nur den oben genannten Nachteil der niedrigen Umschlaggeschwindigkeit in Form „toten Kapitals“ einhandeln, sondern unter Umständen feststellen, dass sich in der Zwischenzeit längst die Mode geändert hat und er einen Totalverlust seines eingesetzten Kapitals gewärtigen muss.

Auch die Beschleunigung im Bereich der Kommunikation ist eine direkte Folge dieses grundlegenden Zwanges, der aus den bewussten Zwangsläufigkeiten der Entwicklung der Produktionsmittel und der entsprechenden Produktionsweise resultiert. Der Beginn der Informationsübermittlung mittels Artefakten (vom Rauchzeichen über die Postkutsche bis zum Satellitentelefon und Internet) war nicht durch den Wunsch nach privater Kommunikation, sondern in erster Linie durch gesellschaftliche Aktivitäten wie Handel, aber auch Krieg, gesetzt.⁵

Dass sekundär eine Diffusion der Beschleunigungstechnologien in die Gesamtbevölkerung stattfand, hat wiederum drei wesentliche Gründe, die hier nicht tiefer gehend erläutert, aber der Vollständigkeit halber zumindest erwähnt werden sollen: Zum einen haben die Beschleunigungsprozesse im Bereich der materiellen Sphäre ihre Rückwirkungen auf das Bewusstsein der im entsprechenden gesellschaftlichen Kontext Agierenden.⁶ In einer Gesellschaft, in der eine Zunahme an Geschwindigkeit sich mehr oder weniger unmittelbar in materielle Vorteile umsetzen lässt, und in der dieser materielle Vorteil die Messlatte für die Positionierung innerhalb des gesellschaftlichen Kontextes ist, werden „Zeit“,

⁴ In der Nationalökonomie wird dies als Steigerung der Produktivität ausgedrückt.

⁵ Das World Wide Web beispielsweise hat seinen Ursprung ja schließlich nicht zufällig im amerikanischen Verteidigungsministerium.

⁶ Ausgedrückt wird das bildlich von einer Reihe von Autoren, wie schon angemerkt, als „Schrumpfung des Raumes“.

Geschwindigkeit und Beschleunigung zu (mehr oder weniger unhinterfragten) Werten an sich. Und so kommt es zu einer klassischen dialektischen Wechselwirkung zwischen den aus den geschilderten objektiven Zwängen folgenden Beschleunigungsprozessen und dem daraus folgenden Bewusstsein, das wiederum auf die materielle Sphäre zurückwirkt.⁷

Zum Zweiten folgt die Diffusion der für die allgemeine Beschleunigung sorgenden Artefakte über die ursprünglich beabsichtigte Nutzanwendung hinaus in die Gesamtbevölkerung dem Prinzip, dass für eine Beschleunigung der Umschlaggeschwindigkeit des Kapitals auch derjenige, der für die Mehrwertrealisierung unabdingbar ist, nämlich der „Kunde“, ebenfalls „beschleunigt“ werden muss, und zwar auf mehrerlei Ebenen. Zum einen ganz real dadurch, dass man ihm zum Beispiel die Transportmittel, seien es öffentliche oder individuelle, anbietet, um ihm in möglichst kurzer Zeit die Möglichkeit zum Erwerb der entsprechenden Produkte zu verschaffen.⁸ Zum anderen, indem man ihm durch entsprechende Manipulationsmechanismen, im allgemeinen Sprachgebrauch als Werbung bezeichnet, vorspiegelt, dass schneller auch besser sei (als Beispiel sei hier die Entwicklung im Bereich der Informationstechnologie genannt, wo mit der jeweils höheren Geschwindigkeit von Mikroprozessoren geworben wird, die 90% der Nutzer wahrscheinlich nicht einmal wahrnehmen). Dies geschieht unter Ausnutzung der aus dem geschilderten dialektischen Beschleunigungsprozess folgenden Bewusstseinslage.

Der dritte Punkt ist das Bestreben des Kapitals, für nun einmal mit nicht unerheblichem Aufwand entwickelte (Beschleunigungs-)produkte einen möglichst großen Markt zu öffnen. (Das ist ein Phänomen, das sich selbstverständlich nicht nur im Bereich der Beschleunigungstechnologien findet, aber dort, wie wir noch sehen werden, besonders verheerende Auswirkungen zeitigt.) Dafür werden, wiederum unter Ausnutzung des genannten Bewusstseins, die entsprechenden Produkte für einen Massenmarkt zugerichtet.⁹ (In diesem Zusammenhang müsste die für die Herstellung eines solchen Massenmarktes, z. B. dem der individuellen Transportmittel, notwendige sozialpsychologische Voraussetzung, nämlich die ebenfalls mit der Ausformung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einhergehende Tendenz zur Individualisierung thematisiert werden; da dies den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, soll hier lediglich auf diesen Sachverhalt hingewiesen werden).

Wir können also zusammenfassend konstatieren, dass es sich bei der allgemein festzustellenden und da und dort beklagten Beschleunigung aller Lebensbereiche, sei es in Basis oder Überbau, unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise nicht um einen willentlich gesteuerten Prozess, sondern um der Struktur dieses Produktionssystems inhärente Zwänge handelt, denen der Einzelne in diesem System Agierende sozusagen bei Strafe des Unterganges gehorchen muss.

Was hat das Ganze nun mit der ökologischen Krise zu tun? Um den Gesamtzusammenhang zu verstehen, kann man nicht nur den ökologischen Aspekt betrachten. Die Umweltproblematik und die derzeitige ökonomische Krise hängen untrennbar zusammen, und deswegen muss ein kurzer Exkurs unternommen werden, was diesen Zusammenhang betrifft:

⁷ Welch irrationale Züge der Geschwindigkeitswahn in der Individualsphäre inzwischen erreicht hat, zeigt sich zum Beispiel an der Produktion von PKW wie des 1.000-PS-Bugatti der Firma Volks(!)wagen.

⁸ Das kann durch den Verkauf von Autos geschehen oder aber auch durch die online-Bestellung im Internet, wobei dann auch noch ein 24-Stunden-Kurierdienst angeboten wird.

⁹ Die Produktion von realen Mini(renn)autos für Kinder ist sowohl ein Beispiel für die Art und Weise, wie zusätzliche Märkte erschlossen werden wie auch dafür, wie schon in frühem Alter Geschwindigkeit und Beschleunigung als „Werte an sich“ im Bewusstsein verankert werden.

Bei der derzeitigen Krise handelt es sich zunächst um eine klassische Überproduktionskrise. Dass sie auf der Erscheinungsebene und im Bewusstsein der Masse der Bevölkerung als „Finanzkrise“ imponiert, hat etwas damit zu tun, dass der Ausbruch der Krise mit einer erheblichen Verzögerung erfolgte. Gemäß den makroökonomischen Daten wäre die weltweite Depression eigentlich bereits vor etwa 15 Jahren zu erwarten gewesen.¹⁰ Dass sie sich verzögerte, war kurz gesagt auf die enorme Aufblähung der privaten und öffentlichen Verschuldung in den letzten 20 Jahren zurückzuführen und das schließliche Platzen der Kreditblase erzeugte den Eindruck, es handle sich um eine Krise des „Finanzkapitalismus“. In Wirklichkeit stand bereits seit Längerem der enorm gewachsenen Produktion keine adäquate Kaufkraft mehr gegenüber, was das grundlegende Merkmal einer Überproduktionskrise ist.

Zum Zweiten handelt es sich um eine tief greifende ökologische Krise, die in erster Linie geprägt ist von den Folgen der ungehemmten Emission von klimaschädlichen sogenannten Treibhausgasen – in erster Linie Kohlendioxid – in den letzten 150 Jahren, verstärkt durch die Zerstörung der „grünen Lungen“ der Erde durch die Abholzung der Regenwälder und den Anstieg der Fleischproduktion (Methanemissionen) sowie weitere Faktoren, die nicht noch einmal im Einzelnen beschrieben werden sollen.¹¹ Zusammenfassend ist zu sagen, dass ohne eine Reduktion des Treibhausgasausstoßes um mindestens 90% bis zum Jahr 2050 ein irreversibler Prozess eintritt, der große Teile der Erde unbewohnbar machen wird, sei es durch Überflutungen, Versteppungen/Wassermangel oder andere Konsequenzen des Klimawandels.

Diese Kombination aus ökonomischer und ökologischer Krise ist aus einem offensichtlichen Grund ungeheuer brisant: Eine der Hauptursachen der drohenden Klimakatastrophe ist nämlich exakt die Beschleunigung aller Lebensbereiche in den letzten 150-200 Jahren, also in der Phase des Industriekapitalismus. Ins Auge springt natürlich die Entwicklung und exponentielle Zunahme des modernen Individualverkehrs. So machten im Jahr 2000 die CO₂-Emissionen des Verkehrs etwa 14% des Gesamtausstoßes aus, davon entfielen 76% auf den Straßenverkehr, davon wiederum war weit über die Hälfte auf den Individualverkehr zurückzuführen. In der Zwischenzeit ist durch die Zunahme des Autoverkehrs in den sogenannten Schwellenländern der Anteil weiter gestiegen.

Aber wie gesagt hat auch die irrationale Art der weltweiten Produktion und Distribution einen großen Anteil an der Zunahme des Nah- wie Fernverkehrs mit der entsprechenden Treibhausgasemission.¹² Was im Übrigen weniger bekannt ist, ist, dass von der Energie- und Umweltbilanz her das mit Abstand „schmutzigste“ Verkehrsmittel derzeit das Schiff ist. Der Schiffsverkehr machte im Jahr 2000 10% der verkehrsbedingten Emissionen aus, eine im Juli 2009 veröffentlichte Studie der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) geht davon aus, dass die bisherigen Schätzungen zum Umfang der CO₂ Emissionen im Schiffsverkehr viel zu niedrig ausfallen. Dem zufolge liegt der Anteil der weltweiten Schiffsemissionen in 2008 mit 1.120 Teragramm schon bei 4,5% des gesamten CO₂-Ausstoßes und damit rund 30% höher als bisherige Schätzungen. Während die soeben genannten Beispiele noch den meisten in der Umweltpolitik Interessierten geläufig sind, wird über einen weiteren Sachverhalt weniger gesprochen, nämlich über das Anwachsen der

¹⁰ Zu dem Thema der „verzögerten Krise“ und der damit zusammenhängenden Debatte um die sogenannten Kondratieff'schen langen Wellen der Konjunktur haben wir uns an anderer Stelle geäußert; siehe *Inprecor*, Nr. 556/57, „Special crise mondiale“, Dezember 2009/Januar 2010.

¹¹ Der im Internet zu findende letzte Bericht des IPCC (International Panel on Climate Change) ist hier als Quelle zu nennen, wobei ein Teil der darin niedergelegten Prognosen bereits wieder überholt ist: Die Lage hat sich zwischenzeitlich erneut dramatisch verschlimmert.

¹² Ein kleines Beispiel ist der Verkauf von südafrikanischen, australischen und amerikanischen Weinen in Europa, während umgekehrt wiederum französische und italienische exportiert werden, obwohl anerkanntermaßen die Qualität sich nicht wesentlich unterscheidet.

Produktionsmenge, respektive die Haltbarkeit von Produkten. Die letzteren Punkte sind deshalb von erheblicher Wichtigkeit, weil die derzeitigen Versuche der Bewältigung der ökonomischen Krise sämtlich auf Wirtschaftswachstum setzen, also auf eine erneute Erhöhung der Produktionsmengen.

Betrachten wir einmal ein bekanntes Beispiel für diese Strategie: die „Verschrottungsprämie“ für Alt-PKWs: Was die mit dieser Maßnahme erfolgende Subventionierung des Individualverkehrs betrifft, so wird sie damit begründet, dass man eine Umstellung auf neue, umweltfreundliche(re) Fahrzeuge befördern wolle. Das ist natürlich Unsinn. Zum einen werden von der Ökobilanz her gesehen bei der Produktion eines Neuwagens so viele Treibhausgase freigesetzt, dass es umweltschonender ist, den alten Wagen ohne Katalysator noch mindestens zehn Jahre länger zu fahren als einen neuen zu kaufen. Es handelt sich schlicht um Subventionen für die Automobilindustrie, die noch dazu umweltpolitisch kontraproduktiv sind. Zum zweiten ist dazu zu sagen, dass eine weitere Förderung des für einen großen Teil des Treibhausgasausstoßes (s. o.) verantwortlichen Individualverkehrs klimapolitisch schlicht unverantwortlich ist.

Jegliche Warenproduktion aber bedarf eines mehr oder weniger großen Energieeinsatzes, der wiederum auf Kosten des Klimas geht. Man kann auch nicht so argumentieren, dass das Problem mit der Umstellung auf klimaneutrale Energieformen zu lösen sei. Denn die Klimabilanz der entsprechenden Energieformen ist (mit Ausnahme der Biogasanlagen) ebenfalls in mehr oder weniger großem Maße negativ. Die für die Fortführung der derzeit geltenden Wirtschaftsordnung notwendigen Wachstumsraten lassen sich klimaneutral nicht erreichen, schon gar nicht in einer Wirtschaftsordnung, die in ihre Produkte von vornherein „Sollbruchstellen“ einarbeitet, um den Umsatz zu steigern und auf Einmalprodukte statt auf Kreislaufwirtschaft setzt.

Fazit

Es sind folglich nicht irgendwelche „Auswüchse“ des Kapitalismus, die dazu geführt haben, dass der Globus vor dem ökologischen Kollaps steht. Es ist die inhärente Struktur dieser Gesellschaftsordnung, dieser Produktionsweise selbst, samt der ihr innewohnenden Tendenz zu Wachstum und Beschleunigung, die dazu geführt hat. Der Umschlag

von der Produktiv- in die Destruktivkraft hat längst stattgefunden und seine Folgen sind unübersehbar. Alle Versuche, einen „gezähmten“ Kapitalismus zu erfinden, führen demgemäß in die Irre. Einem ausschließlichen Fleischfresser sämtliche Zähne zu ziehen, macht ihn nicht zum Vegetarier – allerdings überlebensunfähig. Man müsste ihn dann füttern – also in etwa das tun, was derzeit die Regierungen weltweit mit ihren Banken tun: Sie mit dem Geld der Bürger mühsam am Leben zu halten, um die Verwertungsmaschinerie nicht außer Funktion zu setzen. Es ist nur logisch, dass wir stattdessen eine ganz andere Art des Wirtschaftens und des Austausches einführen müssen.

2.2 Feministische Kritik und Gegenentwürfe zur Green Economy

Bioökonomie als Motor für grünes Wachstum

Feministische Kritik und Gegenentwürfe zur Green Economy

Christa Wichterich, 18. Januar 2018

<http://www.wide-netzwerk.at/index.php/gender-und-biodiversitaet/334-biooekonomie-als-motor-fuer-gruenes-wachstum>

Bioökonomie lautet die jüngste Zauberformel, um die Wachstumsschwäche der Wirtschaft, aber auch Umweltprobleme wie Klimawandel, Energiekrise und globale Ressourcenknappheit in den Griff zu bekommen. Bioökonomie bezeichnet im Kern eine Begrünung der Wirtschaft, auf neudeutsch: Green Economy, durch Umstellung von fossilen auf biologische Ressourcen, durch synthetische Biologie, Nanotechnologie und Gentechnik in Nahrungsmitteln und Medikamenten. Es geht nicht nur um Ethanol im Tank, sondern auch darum, Kunststoffe aus Zuckerrohr und chemische Produkte aus Papierabfällen oder Getreidestengeln herzustellen. Gras, Klee und gentechnisch verändertes Baummaterial sollen in Bioraffinerien zu industriellen Grundstoffen verarbeitet werden. Der Finanzmarkt unterstützt diese Aufwertung von Bio und Grün dadurch, dass Biostoffe und –Prozesse, nun Umweltdienstleistungen genannt, einen Preis bekommen und wie Waren gehandelt werden können. Insgesamt soll dieser Übergang von einer „braunen“ zu einer „grünen“ Industrie durch innovative Technologien und durch die „Macht des Marktes“ vorangebracht werden.

Voraussetzung für Bioökonomie ist eine massive Forschungsinitiative. Die EU hat allein für 2014-20 knapp 80 Milliarden für Forschung bereitgestellt, um bioökonomische Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Die Bundesregierung hat eine nationale Bioökonomiestrategie bis 2030 vorgelegt. Vieles wird als öffentlich-private Partnerschaft entwickelt, weil privates Kapital dabei wichtiger ist als öffentliche Mittel. Beim ersten globalen Bioökonomie-Gipfel, zu dem der deutsche Bioökonomierat 2015 nach Berlin eingeladen hatte, beschlossen mehr als 500 Vertreter_innen aus Wissenschaft, Politik und Konzernen aus 80 Ländern, ein „fundamentales Neudenken der Ökonomie“ und von „grünem“ Wachstum zu befeuern. Der 2. Internationale Kongress soll im September in Stuttgart Hohenheim folgen.

Doch diese technologiebasierte grüne Kehrtwende ist voller Widersprüche und Dilemmata: wo soll die ganze Biomasse herkommen? Die meisten Anbauflächen müssen im globalen Süden liegen. In Afrika hat der Anbau von nachwachsenden Rohstoffen als Energieträger seit Jahren zu Landraub und Vertreibung geführt. In Asien wurden riesige Flächen – umweltzerstörerisch und klimaschädigend - gerodet oder abgebrannt, um Palmöl anzubauen. Bäuerliche Landwirtschaft und Waldnutzung wurden verdrängt, der Wasserverbrauch ist gestiegen, der Pestizideinsatz ebenso. Konflikte um Landwirtschaft, Ernährungssicherung und Biodiversität eskalieren.

Wider die falschen Lösungsansätze der Grünen Ökonomie

Zivilgesellschaftliche Organisationen, bäuerliche Netzwerke wie La Via Campesina und Umweltaktivist_innen kritisieren die produktivistischen, großtechnologischen Konzepte der Bioökonomie als „falsche Lösungen“ für Herausforderungen wie Ressourcenschonung, soziale Gerechtigkeit und der gesellschaftliche Umgang mit Natur. Sie stellt weder ein

kohärentes Menschenrechtskonzept noch Machtverhältnisse zwischen Nord und Süd, Ungleichheiten zwischen sozialen Klassen und Geschlechtern oder Verfügungsrechte über Land und Ressourcen in Rechnung. Kritiker_innen sehen sie „mehr an Konzerninteressen denn an Bedürfnissen der Menschen orientiert“ und betrachten sie als eine „neue Form der Kolonisierung und Aneignung natürlicher Ressourcen im Süden“.

Die meisten neuen „grünen“ Jobs werden in Technologie- und Wissensbereichen oder aber in der Plantagenwirtschaft geschaffen. Zwar arbeiten immer mehr Frauen hochqualifiziert und führend als Biotechnologinnen. Jennifer Doudna und Emmanuelle Charpentier, die Erfinderinnen der Crispr/Cas Technik, eine Art Gen-Schere, die sie sich bei Jogurtkulturen abgeschaut haben, sind für den Nobelpreis nominiert.

Doch Feministinnen geht es nicht nur um Gleichheit auf dem Erwerbsmarkt. Ihnen geht es auch um eine sozial-ökologische Transformation, die andere Produktions- und Konsumweisen, einen anderen Umgang mit der Natur und das „gute Leben für alle“ zum Ziel hat. Dazu gehören Vorstellungen von Wohlstand, die jenseits des Brutto- Inlandsprodukts, vom Geldwert und materiellen Gütern liegen.

Feministische Wissenschaftlerinnen haben analysiert, dass die neue Bioökonomie so viele soziale und ökologische Schäden anrichtet, weil sie sich weiterhin der Marktlogik von Wachstum, Effizienz und Renditen verpflichtet. Die Ökonomin Adelheid Biesecker zeigt, dass sie zwangsläufig in einer Krise nach der anderen landen wird, weil sie menschliche und natürliche Ressourcen als grenzenlos verfügbar voraussetzt, sie übernutzt und damit die lebendigen Grundlagen von Gesellschaft und Wirtschaft zerstört. Biesecker plädiert deswegen dafür, durch „vorsorgendes Wirtschaften“ die „(Re)Produktivität“ von Mensch und Natur zu sichern. In diesem Sinne insistierte die Biologin Christine von Weizsäcker bei den UN-Verhandlungen zu Biodiversität auf dem Prinzip der „Vorsorge“. Danach muss durch Technikfolgenprüfungen vor und nicht erst nach dem Einsatz von zum Beispiel genmanipuliertem Saatgut geklärt werden, welche Schäden verursacht werden können.

Anders Wirtschaften, andere Naturverhältnisse

Markenzeichen von feministischer Ökonomie und feministischer Ökologie ist es, Wirtschaft und Natur nicht von Wachstum und Profit her zu denken, sondern vom Prinzip des Versorgens und der Bedürfnisbefriedigung, vom Gemeinwohl und der Nachhaltigkeit von sozialen und natürlichen Ressourcen her. Der Rücksichtslosigkeit von Technologie, Spekulationen und Markteffizienz und der Logik von Extraktivismus und Verschleiß setzen sie die Idee einer Versorgungswirtschaft (caring economy) entgegen. Bezüglich der Natur ist auch ein neuer Materialismus einflussreich, der ausgehend von den Naturwissenschaftlerinnen Donna Haraway und Karen Barad der nicht-menschlichen Natur eine Eigendynamik und Eigenrechte zuspricht.

Bedarfsorientiert und sorgsam wirtschaften bedeutet, dass nicht alles in der Natur und der Gesellschaft der neoliberalen Marktlogik unterworfen werden darf. Dabei helfen dezentrale Versorgungsstrategien für Energie, Nahrung, Wasser, Pflege und andere existentielle Güter. Mit dem Lebensnotwendigen – Nahrungsmitteln, Natur, Renten – darf nicht spekuliert und gezockt werden.

Die Care-Logik des Sorgens und Sich-Kümmerns um das Soziale und Natur als Motor einer Versorgungsökonomie ist der Dreh- und Angelpunkt für feministische Analyse und

Perspektiven. Gleichwohl ist auch Pflege- und Betreuungsarbeit längst auf dem Markt als Dienstleistung in-Wert gesetzt und Sorgearbeiten werden den Marktprinzipien von Effizienz, Beschleunigung und Standardisierung unterworfen wie z.B. die Zeittakte und Module zum Füttern und Anziehen in der Altenpflege. Das Perfide ist, dass Sorgearbeit als typisch weiblich abgewertet und als unbegrenzt verfügbar unterstellt werden. Transnationale Sorgeketten sind entstanden, wenn die polnische Altenpflegerin selbst eine noch „billigere“ Hausangestellte aus der Ukraine beschäftigt. Damit wird der Pflegenotstand bei uns woandershin verschoben. Das bestätigt die Ungleichheiten zwischen Frauen, wohlhabenden und armen Haushalten, Ländern und Nord-Süd/West-Ost. Deshalb kann man mit Fug und Recht von Sorgeextraktivismus als einem Funktionsprinzip der Ökonomie reden.

Bioökonomie von unten: Gutes Leben und städtische Gärten

Parallel zur Entwicklung von Konzepten einer sorgenden und sorgsamen Ökonomie ist eine Vielzahl von alternativen Projekten entstanden, unter anderem zur Nahrungsmittel(re-)produktion. Überall, wo es um Ernährung geht, sind Frauen in der Mehrheit: in Gemeinschaftsgärten und solidarischer Landwirtschaft, bei Food Coops und Produktion-Konsum-Genossenschaften, beim Food Saving und Food Sharing. Sie imkern auf den Dächern von Berlin, zeichnen in Straßenkarten ungenutzte Obstbäume an Ausfallstraßen ein und stellen Lebensmittel an Abholpunkte, damit sie gegessen werden statt zu verderben. Ihre zentrale Motivation ist eine Sorgeethik, sich selbst und andere gut und gesund zu ernähren, nicht Wettbewerbsfähigkeit, Produktivitätssteigerung oder Anbauoptimierung. Beteiligung bedeutet die bewusste Wahl eines care- und community-basierten Lebensstils, denn hier wird mit alternativen Produktions- und Konsummustern experimentiert, die der Konkurrenz und privater Reichtumsanhäufung etwas entgegenstellen, nämlich Kollektive, Gemeinschaftsgüter und Gegenseitigkeit.

Das 2014 verfasste Urban Gardening Manifest wird derzeit von 148 Projekten und Gruppen getragen. Sie fordern eine Wende von der „autogerechten“ zur „gartengerechten“ Stadt. Die Projekte übernehmen Ernährungssouveränität als Perspektive mit Elementen von Selbstversorgung und Selbstbestimmung. Ressourcensparsamer Anbau und angepasste Nutzung sind ein Gegenmodell zur Naturbeherrschung durch Technologien und Effizienzstrategien. Das hat nicht nur den Charme des Selbermachens, sondern steht für die soziale Wieder-Aneignung von Alltagsräumen. Die Praktiken sind Versuchsanordnungen praktischer Herrschaftskritik, auch als Schutz vor Privatisierung, Industrialisierung und Finanzialisierung. Hier ist eine Gegentopographie gegen die technologische bioökonomische Kontrolle entstanden, ein polyzentrisches Netz wie Elinor Ostrom das Wirtschaften zwischen Staat und Markt nannte.

Ein paar Tomatenpflänzchen machen noch keine Ernährungswende, aber sie können in diesem Kontext auf einen alternativen Entwicklungspfad verweisen. Vernetzt mit anderen Projekten stellen sie eine Kritik am wachstums- und technologieoptimistischen Konzept der Bioökonomie dar, geleitet von neuen Werten und einem anderen Modell von Wohlstand und Lebensqualität. Insofern sind sie im Kern politische Projekte von unten und Alltagskämpfe um die Lebensweise. Die alternativen Produktions- und Konsumpraktiken demonstrieren das Mögliche, nämlich die Priorität von Sorge in sozialen und Naturverhältnissen innerhalb kapitalistischer Wachstumsverhältnisse, die gleichzeitig über diese hinausweist. Die weitergehende Frage bleibt allerdings offen, ob diese Praktiken als Gegenmacht wirken und transformatorische Potentiale entwickeln können.

3 Warum die sozialistische und die ökologische Perspektive zusammen gehören

3.1 Was ist sozialistisch am Grünen Sozialismus

Mario Candeias

Erschienen in Luxemburg, Heft 13 3/2012

<https://www.zeitschrift-luxemburg.de/was-ist-sozialistisch-am-grunen-sozialismus/>

»Schon wieder ein linker Großbegriff mit Adjektiv! Lasst uns doch an konkreten sozialökologischen Projekten arbeiten, an Konversionsinitiativen, Energiewende, entgeltfreiem öffentlichen Nahverkehr.« Große Utopien zu entwerfen und darauf zu achten, dass die Realität ihnen ähnlich wird – viele Probleme der Linken sind daraus entstanden. Transformation beginnt mit Einstiegen – ja, aber Einstiege in was? Was ist das Verbindende, Orientierende? Es bedarf eines Korrektivs, »vision« nennen das amerikanischen Aktivisten.

Was kann das in grünen Politiken bedeuten? Die konsequente Verbindung von sozialer und ökologischer Frage ist eine der wesentlichsten Dimensionen linker Politik. Die soziale Seite kann die Linke glaubhaft vertreten, an der ökologischen Überzeugungskraft wird vielversprechend gearbeitet, ohne dass die veröffentlichte Meinung davon besondere Notiz nehmen würde. Der Programmatik der Grünen in den 1980er Jahren entnommen, ist der sozial-ökologische Umbau ein paradigmatisches Projekt einer zu entwickelnden Mosaik-Linken. Doch wie kann die gegenhegemoniale Verankerung gesichert werden? Welches Profil hat die sozialistische Linke im Unterschied zum BUND? Unterschiedliche Zugänge sollen verbunden werden – doch Widersprüche werden häufig verdeckt, strittige Punkte wie die Eigentums- oder Staatsfrage umgangen. Wir experimentieren mit dem Begriff des »Grünen Sozialismus« und wollen überlegen, ob er die Leerstelle des linken, ökologischen, feministischen Imaginären füllen könnte.

Angesichts der Kräfteverhältnisse ist nicht »grün« das Problem, sondern der Sozialismus. Bereits der »Ökosozialismus« scheiterte, weil er zu Zeiten weltgeschichtlicher Umbrüche des Neoliberalismus und des Zusammenbruchs des Staatssozialismus entwickelt wurde – der Sozialismus hatte keine Konjunktur, galt als verstaubt und geschlagen. Ökosozialismus schmolz zu einer sympathischen Sekte, die das »Sein-Sollen« betonte, aber selten in konkrete sozial-ökologische Kämpfe intervenierte. Die ökologischen Fragen erlebten derweilen eine erste Konjunktur, nicht zuletzt mit dem Weltgipfel in Rio 1992. In einer passiven Revolution (Gramsci) wurde die soziale von der ökologischen Frage weitgehend geschieden und über die Institutionalisierung von Umweltpolitiken und Weltklimagipfeln sowie die Integration von Grünen und NGOs in das neoliberale Management der Globalisierung absorbiert. Mit beschränkten Erfolgen: Die ökologischen und sozialen Krisen – die ökologischen mit immensen sozialen und die sozialen mit ebensolchen ökologischen Folgekosten – schreiten weitgehend ungebremsst voran. Der grüne Sozialismus muss also verbunden sein mit konkreten Energiekämpfen (vgl. [LuXemburg 1/2012](#)^[1]) und Projekten der Konversion, der gerechten Übergänge ([LuXemburg 1/2011](#)^[2], [3/2010](#)^[3]).

Inmitten der grossen Krise des Neoliberalismus und der autoritären Kürzungspolitiken in Europa wecken Aussichten auf einen »Grünen Kapitalismus« (Fücks/Steenbock 2007; kritisch Candeias/Kuhn 2008) oder eine »Grüne Ökonomie« (Heinrich-Böll-Stiftung 2012; kritisch Brand 2012) Hoffnungen. Investitionen sollen in Richtung Energiewende umorientiert und ökologische Modernisierung mit der notwendigen technologischen und Akkumulationsbasis zur Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen verbunden werden. »Grüne Ökonomie« zielt

auf Wachstums- und Exportförderung, nicht auf Begrenzung des Ressourcenverbrauchs. Der Gegensatz von Ökonomie und Ökologie soll nicht versöhnt werden, wie noch zu Zeiten von »Nachhaltigkeit«. Durch die Inwertsetzung von Natur und Umweltschutz wird die Bearbeitung der ökologischen Krise selbst zum Faktor und zur Triebkraft der erweiterten kapitalistischen Akkumulation. Hegemonie soll unter Einbeziehung ökologischer Interessen wieder hergestellt werden – ein Elitenkonsens, garniert mit der Hoffnung der Subalternen auf neue Jobs. Bislang behindern austeritätspolitische Blockaden die angestrebte Dynamik der Grünen Ökonomie. Doch im Streit um die so genannten Wachstumskomponenten zur Ergänzung des europäischen Fiskalpakts werden bereits Anreiz- und Investitionsprogramme für ökologische Erneuerung diskutiert. Hier treffen sich kapitalistische Interessen mit den Interessen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften (selbst bei eher linken Aufrufen wie www.europa-neu-begründen.de ^[4]). Gegen diesen neu in Szene gesetzten (noch lange nicht durchgesetzten) »grünen Kapitalismus« positioniert sich der grüne Sozialismus. Der Begriff versucht die unterschiedlichen Interessen und Bewegungen im Sinne »revolutionärer Realpolitik« so zu verknüpfen, dass sie »in allen ihren Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung« hinausgehen (Luxemburg). Dabei werden alte sozialistische Problematiken, wie Macht- und Eigentumsfragen, Umverteilung, Planung und Demokratie, aktualisiert und mit neuen Problemstellungen verknüpft. An die realen Widersprüche und Bedingungen, Kräfte und Bewegungen, die sich an unterschiedlichen Punkten engagieren, Konflikte austragen und konkrete experimentelle Praxen entwickeln, muss angeknüpft werden.

Beispiel Umverteilung

Umverteilung ist wesentliche Voraussetzung jeder linken Politik. Sie kommt in der »grünen Ökonomie« nicht vor, im so genannten Green New Deal spielt sie eine Nebenrolle, die in Zeiten von Kürzungspolitik nicht ernst gemeint ist – »mehrlich machen« nannte die Partei Die Grünen deren Relativierung. Aus neoliberaler Sicht muss der Schuldendienst an die eben noch vom Staat geretteten Finanzinstitutionen geleistet werden. Auch Sozialdemokraten und Grüne halten sich daran, um das »Vertrauen der Märkte« zu sichern, sie stimmten europaweit der Ratifizierung des Fiskalpaktes zu. Dies bedeutet nicht nur eine neue Welle der Umverteilung von unten nach oben, sondern verschärft die Wirtschaftskrise, treibt ganze Länder in die Depression, ohne dass Schulden nachhaltig abgebaut werden könnten.

Über diese illegitimen Schulden wäre in demokratischen Konsultations- und Entscheidungsprozessen zu beraten, ein *Schuldentribunal* (vgl. Candeias 2011b) zu konzipieren. Ein allgemeiner Schuldenschnitt (nicht nur für Griechenland), einer Währungsreform vergleichbar, wäre notwendig. In Verbindung mit einer *gerechteren Steuerpolitik*, die Kapital und Vermögende wieder stärker zur Finanzierung des Öffentlichen heranzieht, also das gesellschaftliche Mehrprodukt wieder der Allgemeinheit zurückführt, könnten so Umverteilung gestoppt, umgekehrt Spielräume für eine andere Politik überhaupt wieder eröffnet werden, auch für eine sozial-ökologische Politik. Die Bereitschaft für eine solche Politik in der Bevölkerung gründet auf der Entlastung von erdrückenden (finanziellen) Existenznöten. An diesem Punkt treffen sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Gruppen, wie die CDTM (Griechische Kampagne zum Schuldenaudit, vgl. [LuXemburg 2/2012](#) ^[5], 34ff) und linke Parteien wie Syriza und die Izquierda Unida, die im Rahmen der europäischen Krisenproteste für Schuldenaudits, Vermögensbesteuerung, Finanztransaktionssteuern, Bankenabgabe usw. streiten.

Sozialisierung der Investitionen

Perspektivisch ist eine schrittweise Sozialisierung der Investitionsfunktion notwendig – übrigens eine alte Keynesische Position: Wer entscheidet über den Einsatz der (etwa ökologischen) Ressourcen in der Gesellschaft und darüber, welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind? Der Markt hat sich als vermeintlich effizientester Allokationsmechanismus für Investitionen blamiert. Die Überakkumulation von Kapital produziert Wellen spekulativer Blasen, gefolgt von Kapital- und Arbeitsplatzvernichtung, während immer grössere Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion wie Erziehung und Ausbildung, Umwelt, Hungerbekämpfung, Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen liegen bleiben bzw. kaputt gespart werden. Die »grüne Ökonomie« setzt auf Inwertsetzung und Markt. Doch es dauert zu lang – zumal die Grosskonzerne des fossilen Kapitalismus in die grüne Ökonomie einsteigen und zugleich ihr altes fossilistisches Fixkapital möglichst lange verwerten wollen. Einen sanften Übergang gibt es nicht: Die gewaltige Aufgabe, bis 2050 die Treibhausemissionen um 80 Prozent zu reduzieren, also die gesamte Wirtschaft binnen drei Jahrzehnten vom über 150 Jahre alten fossilistischen Zeitalter in eine solare Zukunft zu katapultieren, ist ohne Brüche und Krisen unmöglich. Wird der Umbau konsequent betrieben, ist eine Vernichtung alter Branchen und Kapitale (und entsprechende Gegenwehr) unvermeidlich. Wenn die Märkte ihre Investitionsfunktion nicht wahrnehmen, dann muss diese weitaus stärker zur öffentlichen Aufgabe werden: internationale Finanzregulierung, Vergesellschaftung »systemrelevanter« Banken und Ausbau eines Netzes öffentlicher Banken, breite Einführung partizipativer Haushalte auf allen Ebenen. Sozialisierung von und partizipative Entscheidung über Investitionen ist Voraussetzung eines linken und sozialistischen Projekts *struktureller Umgestaltung*. Ohne das lassen sich Verteilungspolitiken rasch wieder rückgängig machen.

Rückgewinnung des Öffentlichen

Eine Transformation von Produktions- und Lebensweise ist notwendig, nicht durch Inwertsetzung und damit Privatisierung von natürlichen Ressourcen, sondern durch Erhalt des allgemeinen und öffentlichen Charakters der natürlichen Commons und anderer grundlegender Reproduktionsbedingungen (*public goods*) und den Ausbau kollektiver kostengünstiger, perspektivisch kostenloser öffentlicher Leistungen (z.B. Ausbau eines kostenlosen ÖPNV statt Stützung der Autokonzerne). Ein grüner Sozialismus stellt das Öffentliche in den Mittelpunkt, rekommunalisiert zentrale Infrastrukturen und garantiert demokratische Entscheidungen über den Umbau von Produktions- und Konsumweise. Mit dem Ausbau des kollektiven Konsums durch Stärkung sozialer und anderer Infrastrukturen sowie allgemeiner solidarischer Sicherungssysteme kann der auch in Teilen der gewerkschaftlichen Linken verbreiteten Fixierung auf Lohnerhöhung und stofflichen Warenkonsum entgegen gearbeitet werden – ohne sich in Verzichtsdebatten zu verkämpfen. Mit einem solchen (nicht-warenförmigen) Ausbau des Öffentlichen werden zugleich Märkte und Privatisierung zurückgedrängt. Die »grüne Ökonomie« hingegen favorisiert privatkapitalistische technische Lösungen (*techno fixes*), einschliesslich grosstechnischer Projekte wie Desertec, riesiger Offshore-Windparks, monopolisierter transkontinentaler Supergrid-Netze für den grossräumigen Stromexport. Entsprechend stehen starke Kapitalfraktionen hinter einem grün-kapitalistischen Projekt. Ihre Technik konterkariert das dezentralisierende Potenzial neuer Technologien – »Lösungen«, die eine Vielzahl neuer sozial-ökologischer Konflikte produzieren: *false solutions* (vgl. [LuXemburg 1/2012](#) ^[1]). Hier berühren sich zahlreiche Bewegungen und lokale Initiativen mit linken Landes- und Kommunalpolitikern: Gegen eine von oben verordnete, konzerngetriebene Energiewende streiten sie für dezentrale und kommunale Lösungen: Rekommunalisierungen, Energiegenossenschaften,

Bioenergiedörfer etc., um nur einige Beispiele zu nennen. Mit dem Begriff der Energiedemokratie arbeiten dabei unterschiedliche Bewegungen und Gruppen an einer gemeinsamen Orientierung (vgl. ebd.).

Auf Reproduktionsökonomien Orientieren

Für eine sozial-ökologische Transformation ist auf *reproduktive Bedürfnisse* zu orientieren; unsere wachstumsorientierte kapitalistische Ökonomie ist in eine »Reproduktionsökonomie« zu transformieren, die sich zu beschränken weiss und zugleich neuen Reichtum schafft (vgl. Candeias 2011a, 96). Im *Zentrum* einer Transformation würden Bereiche stehen, die gemeinhin unter einen (weiten) Begriff der Reproduktions- oder Sorgearbeiten fallen: Ausbau bedürfnisorientierter sozialer Infrastrukturen öffentlicher Gesundheit, Pflege, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Ernährung und Schutz unserer natürlichen Umwelten. In diesen zentralen Bereichen beklagen alle seit Jahren Mangel, es sind die einzigen Bereiche, in denen die Beschäftigung in Industrieländern wächst. Sie sind öffentlich zu halten und nicht dem Markt preiszugeben. Dies wäre zugleich ein Beitrag zur Ökologisierung unserer Produktionsweise (da diese Arbeit mit Menschen selbst wenig Umweltzerstörung mit sich bringt), zur Bearbeitung der Krisen von (bezahlter) Arbeit und (unbezahlter) Reproduktion. Und gut gewendet können sie einen Beitrag zur emanzipativen Gestaltung von Geschlechterverhältnissen leisten, durch den Blick auf reproduktive Funktionen.

Daher geht es auch um die Neudefinition und Neuverteilung dessen, was wir als gesellschaftlich notwendige Arbeit verstehen (4in1-Perspektive, vgl. [LuXemburg 2/2011](#) ^[6]) – durch Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, Ausdehnung kollektiver, öffentlich finanzierter Arbeit, orientiert an der Reduktion von Stoff- und Energieverbrauch, am Beitrag zu menschlicher Entwicklung, am Reichtum allseitiger Beziehungen, nicht an der Produktion von Mehrwert. Hier verbindet sich das Gefühl derer, die unten sind, dass fremd und gegen sie über sie verfügt wird, mit dem starken Bedürfnis nach Partizipation auch der solidarisch-libertären Mittelschichten. Wachstumskritische Bewegungen, feministische Politiken und Dienstleistungsgewerkschaften wie ver.di können an solchen Punkten zusammenkommen. Diese Reorientierung auf reproduktive Bedürfnisse geht einher mit einer Orientierung auf Binnenmarkt und -produktion. Globale Produktionsketten werden seit langem überdehnt und führen zur Verschwendung von Ressourcen. Es geht dabei nicht um einen »naiven Antiindustrialismus« (Urban), sondern vielmehr um eine *alternative Produktion*. Das E-Auto zur Fortschreibung der Exportstrategie deutscher Automobilkonzerne bspw. ist keine alternative Produktion: Die Produktion der Batterien ist Energie- und Ressourcen-intensiv und belastet die Umwelt zusätzlich mit einer ganzen Reihe hochgiftiger Substanzen. Darüber hinaus ändert eine Orientierung auf E-Autos nichts an dem enormen Flächenverbrauch und der Versiegelung der Landschaft durch Strassen. Stattdessen wäre über die Konversion der betreffenden Unternehmen hin zu ökologisch orientierten Dienstleistern für öffentliche Mobilität nachzudenken, die von der Region ausgehend integrierte Mobilitätskonzepte realisieren (vgl. [LuXemburg 3/2010](#) ^[3]).

Auf diese Art könnten die in Exportorientierung und Krisenkorporatismus verhedderten Gewerkschaften wie die IG Metall wieder eigenständige Perspektiven entwickeln, die sie nicht immer wieder in Gegensatz zu den anderen Teilen der Mosaik-Linken bringen oder als Krisengewinnler gegenüber den europäischen Partnergewerkschaften positioniert. Eine solche Tendenz zu *Deglobalisierung* und Regionalisierung der Wirtschaft trägt auch zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte und der Exportfixierung bei. Und sie nimmt im globalen Süden den Druck zur Einschreibung in globale Produktionsketten, in extraktivistische Politiken und Rohstoffströme sowie eine imperiale Lebensweise, eröffnet Raum für

eigenständige Entwicklung. Notwendig ist darüber hinaus die Entwicklung einer globalen Stoff- und Ressourcenplanung, die eine gerechte Verteilung sichert, den Verbrauch begrenzt und reproduktive Bedürfnisse stärkt. Eine solche Reproduktionsökonomie bedeutet mittelfristig, dass sich Bedürfnisse und Ökonomie *qualitativ entwickeln, aber nicht mehr quantitativ bzw. stofflich wachsen*.

Gerechte Übergänge zum grünen Sozialismus

Ein gerechter Übergang – *Just Transition* – bedeutet kurzfristig: Bestimmte Bereiche müssen schrumpfen (bspw. Teile der mit hohem Stoffumsatz verbundenen industriellen Produktion), andere zunächst wachsen (bspw. die gesamte Care-Ökonomie), bei relativer Entkopplung vom stofflichen Wachstum. Ein solches *qualitatives Wachstum* ist übergangsweise nicht zuletzt aufgrund der Defizite in vielen Bereichen der Reproduktion notwendig – dies gilt vor allem für Länder des globalen Südens. Hier ist ein simpler Gegensatz von Wachstums- versus Postwachstumspositionen kontraproduktiv. Dabei weisen Debatten um *Buen Vivir* (dem Guten Leben, vgl. [LuXemburg 2/2010](#)^[7]) und sozial-ökologische Entwicklungsweisen jenseits westlicher Lebensweisen im globalen Süden über Wachstums- und Modernisierungsvorstellungen hinaus. Auch hier sind falsche Gegensätze zu vermeiden: Nicht »Entwicklung« an sich ist das Problem, nicht die »moderne« Zivilisation, sondern eine spezifische Form kapitalistischer (oder auch staatssozialistischer) Entwicklung und bestimmter gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Hier muss eine politische Übersetzung der jeweiligen Erfahrungen erfolgen, dann bieten sich zahlreiche Verknüpfungsmöglichkeiten zwischen sozial-ökologischen und transformatorischen Kämpfen im globalen Süden und im Norden.

Gerechte Übergänge müssen Perspektiven für die von der Klimakrise am stärksten Betroffenen wie für die von steigenden Kosten (z.B. der Energiewende) und dem Umbau (z.B. dem Strukturwandel durch industrielle Konversion oder durch Rückbau etwa der Rüstungsindustrie) bedrohten Beschäftigten, Gemeinden und Länder bieten. In diesem Sinne versuchen Just-Transition-Initiativen Klimagerechtigkeits- und Arbeiterbewegung zusammenzubringen. Andernfalls werden immer wieder soziale gegen ökologische Interessen ausgespielt oder die Berücksichtigung von Interessen der unteren Klassen (bessere Umweltbedingungen und bewusster Konsum) oder von Beschäftigteninteressen (mehr Jobs) bleibt äusserlich. *Kriterien* für einen solchen gerechten Übergang zu einem grünen Sozialismus könnten sein: Alle zu treffenden Massnahmen müssten daran gemessen werden, ob sie

1. relevant zur Senkung von CO₂-Emissionen beitragen,
2. zur Reduzierung von Armut und Vulnerabilität (Verletzlichkeit),
3. zur Reduzierung von Einkommens- und anderen Ungleichheiten,
4. Beschäftigung und Gute Arbeit befördern und
5. demokratische Partizipation der Einzelnen ermöglichen.

Sicher kann die Liste der Kriterien beliebig fortgeführt werden. Für eine erste, interventionsfähige Methode zur quantitativen Beurteilung wären dies wesentliche Punkte.

Partizipative Planung

Die Notwendigkeit, schnelle strukturelle Veränderungen »unter Zeitdruck« (Schumann 2011) herbeizuführen, macht Elemente partizipativer *Planungsprozesse*, *consultas populares* und *peoples planning processes*, dezentraler demokratischer Räte erforderlich (regionale Räte

waren in der Auseinandersetzung um die Krise in den Automobil- und Exportindustrien bereits in der Diskussion, vgl. IG Metall Esslingen 2009, Lötzer 2010, Candeias/Röttger 2009). Unabdingbar rasche Veränderungsprozesse wurden auch in der Vergangenheit mittels Planung vollbracht (z.B. in den USA in den 1930er und 40er Jahren). Von der »Überlegenheit des sozialistischen Grundplans« sprach selbst Joseph Schumpeter (1942, 310ff), der glühende Anhänger der von ihm selbst so genannten »schöpferischen Zerstörung« des Kapitalismus. In der Problematik schneller Übergänge verfügen sozialistische Positionen also über ein starkes Argument – doch sollte es sich um partizipative Planung handeln (Williamson 2010). Nur so kann Vergesellschaftung mit überkommenen Macht- und Eigentumsverhältnissen des Kapitalismus brechen. Angesichts negativer Erfahrungen mit autoritär-zentralistischer Planung können regionale Experimente einen Einstieg ermöglichen.

Die Demokratisierung und Dezentralisierung vorhandener überregionaler Planungsprozesse im Gesundheitssystem, bei Netzplanungen im Energie- und Bahnbereich, im Bildungswesen etc. können weitere Ansatzpunkte sein. Schwieriger ist es mit der globalen Stoff- und Ressourcenplanung – Erfahrungen internationaler Organisationen oder die gigantischen Planungserfahrungen transnationaler Konzerne sind kaum unmittelbar demokratisierbar.

Wirkliche Demokratie

Die Repräsentations- und Legitimationskrise des politischen Systems hat viel damit zu tun, dass wesentliche Bedürfnisse der Bevölkerung nicht berücksichtigt werden, die Menschen selbst nicht mitwirken können. Der Ausbau des Öffentlichen im Sinne einer vorsorgenden Wirtschaft muss daher zugleich eine radikale *Demokratisierung des Staates* sein. Weder der »wohlmeinend« paternalistische und patriarchale fordistische Wohlfahrtsstaat noch der autoritäre Staatssozialismus, schon gar nicht ein neoliberaler Umbau von öffentlichen Diensten auf Wettbewerb und reine betriebswirtschaftliche Effizienz waren besonders emanzipativ. Ein linkes Staatsprojekt muss also die von den neuen (Demokratie-)Bewegungen geforderte Erweiterung der Teilhabe und Transparenz realisieren – und in sozialistischer Perspektive auf die Absorption des Staates in die Zivilgesellschaft hinarbeiten, wie es bei Gramsci heisst. Partizipation heißt nicht, seine Meinung äußern zu dürfen, sondern wirkliche Entscheidungen beeinflussen zu können. Hier trifft sich z.B. die Bewegung gegen Stuttgart21 mit Occupy und der Bewegung der Empörten. Das autoritär-neoliberale Krisenmanagement läuft dem entgegengesetzt.

Dabei geht es nicht nur um das Öffentliche des Staates, sondern auch um die *Demokratisierung der Wirtschaft*: Die »Leistungen« von Management und *Shareholder-value*- Konzepten in der Unternehmensführung sind angesichts von Kurzfristen, Finanzkrise, exorbitanten Managergehältern, Steuerhinterziehung, Pleiten und Massenentlassungen sowie wachsender ökologischer Zerstörung in Zweifel geraten. Auch die klassische betriebliche Mitbestimmung konnte dem Druck transnationaler Konkurrenz und finanzdominierter Kontrolle nicht ausreichend begegnen, geriet manchmal selbst in Verwicklungen von Kollaboration und Korruption. Es ist also Zeit für eine über die klassische Mitbestimmung hinausgehende Demokratisierung der Wirtschaft (vgl. [LuXemburg 3/2011](#)^[8]), für eine weitreichende Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Bevölkerung/Konsumenten und anderen Stakeholdern an Entscheidungen in Betrieben (und zwar entlang der gesamten, transnationalen Produktionskette).

Entscheidend ist, dass alle genannten Elemente auf die Erweiterung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit ausgerichtet sind, die Einzelnen befähigen, Protagonisten ihrer eigenen Geschichte zu werden. Denn es ist »Sache eines jeden von uns, das Divergierende zu einer

Einheit zu bringen« (Peter Weiss [1975] 1983, 204). Diese Einheit ist politisch zu denken – als Transformationslinke etwa, die weiss: Nichts, was hier genannt wurde, ist ohne heftige Auseinandersetzung zu haben (Goldschmidt u.a. 2008, 836 ff).

Literatur

- Brand, Ulrich, [Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy](#) ^[9], Reihe: luxemburg argumente 3, Berlin;
- Candeias, Mario, 2011a: Strategische Probleme eines gerechten Übergangs, in: *LuXemburg*, H. 1, 90–7
- Ders., 2011b: [Schuldentribunal und grüner Sozialismus. Die Schuldenkrise politisieren](#) ^[10], in: *Mehring-1*, 18.11.
- Ders. und Armin Kuhn, 2008: Grüner New Deal – kapitalistischer Weg aus der Krise?, in: *Das Argument* 279, 50. Jg., 805–12#
- Ders. und Bernd Röttger, 2009: Ausgebremste Erneuerung? Gewerkschaftspolitische Perspektiven in der Krise, in: *Das Argument* 284, 51. Jg., 894–904#
- Fücks, Ralf, und Kristina Steenbock, 2007: Die Grosse Transformation. Kann die ökologische Wende des Kapitalismus gelingen?, in: *Böll.Thema*, H. 1, www.boell.de
- Goldschmidt, Werner, Colin Baker und Wolfram Adolphi, 2008: *Klassenkampf*, in: HKWM 7/1 Berlin, 836–73 Heinrich-Böll-Stiftung, 2012: *Grüne Ökonomie. Was uns die Natur wert ist*, *Böll.Thema*, H. 1, www.boell.de/thema ^[11]
- IG Metall Esslingen, 2009: [Treuhandfonds für die Region](#) ^[12], Esslingen
- Lötzer, Ulla, 2010: Industriepolitische Offensive – Konversion, Zukunftsfonds, Wirtschaftsdemokratie, in: *LuXemburg* 3/2010, 86–93
- Schumann, Harald, und Hans-Jürgen Urban, 2011: Gespräch über Konversion und Mosaiklinke, in: *LuXemburg* 1/2011, 84–89
- Schumpeter, Joseph A., 1942, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Tübingen 1987
- Weiss, Peter, [1975] 1983: *Die Ästhetik des Widerstands*, Frankfurt/M
- Williamson, Thad, 2010: [Democratic Social Planning and Worker Control](#) ^[13], in: *LuXemburg*

3.2 Gleichheit ist Grün und Rot

Andreas Exner (Oktober 2012)

<https://www.zeitschrift-luxemburg.de/gleichheit-ist-grun-und-rot/>

Der Diskurs der Ökologie ist schizophren. Während die einen ihn mit Wachstum koppeln, pochen die anderen auf Verzicht. Beides geht am Problem vorbei. Stattdessen trifft die Wahrheit: Eine ökologische Wende zum Vorteil aller gibt es nur mit sozialer Gleichheit. Wachstum des Kapitals kann nicht ökologisch kompatibel sein, weil es mit steigendem Ressourcendurchsatz einhergeht. Den gilt es zu reduzieren, den Bergbau zurückzufahren und die Landnahme für Agrofuels und Nahrungsmittel zu stoppen. Anders als in der ziemlich angestaubten Nachhaltigkeitsdebatte gilt es, das gesellschaftliche Verhältnis zu benennen, das zum wachsenden Output an Produkten führt: das Kapital. Nicht eine nebulöse »Wirtschaft« wächst, sondern das Kapital und seine Macht, in Gestalt von Waren. Um die »Energiewende« und auch um den Ersatz nicht-erneuerbarer durch organische Materialien müssen wir uns keine Sorgen machen. Die herrschenden Klassen haben langfristig gar keine andere Wahl als diese Wende zu vollziehen und wissen oder ahnen das häufig auch. Die so genannte Green Economy soll der zukunftsfähige Kapitalismus sein. Sicherlich ist es wichtig, für eine rasche Wende hin zu den Erneuerbaren zu kämpfen, tendiert das Kapital doch dazu, die für es technisch viel günstigeren fossilen Energien und Metalle so lang wie möglich auszubeuten und darin getätigte Investitionen zu verteidigen. Noch wichtiger ist, den Kapitalismus zu überwinden, der die Technologien erneuerbarer Ressourcen zu ebenso katastrophalen Waffen gegen den Menschen schmiedet wie jene auf der Basis fossiler Stoffe.

Biomasse, die in jedem künftigen Energie- und Stoffregime die Hauptrolle spielen müssen, ist ausgesprochen flächenintensiv; wie ja überhaupt die Fläche zur wichtigsten Ressource des post-fossilen Energie- und Stoffregimes werden wird. Die riesenhaften Ansprüche des Kapitals und der zu befriedenden Arbeiterklasse im globalen Norden, die nicht vom Auto lassen möchte, damit zufrieden stellen zu wollen, kann deshalb nur in groß angelegten Vertreibungen enden. Freilich, auch wer eine solche massenhafte Proletarisierung etwa in Afrika mit allem Zynismus, der dafür nötig ist, gut heißen wollte, sollte bedenken, dass nach Peak Oil und den Metall-Peaks, die etwa bei Kupfer auf der Tagesordnung stehen, das Kapital kaum mehr integrative Wirkung entfalten können wie im 19. Jahrhundert und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit mehr als 20 Jahren Verspätung kommt nun ein Teil der Ökologiebewegung darauf, die Nachhaltigkeit kritisch zu hinterfragen. Niko Paech etwa predigt Verzicht mit Verweis auf so genannte Subsistenz (2011). Anders als in der Subsistenzperspektive der Bielefelder Feministinnen aus den 1990er Jahren (vgl. Mies/Shiva 1993) meint Paech damit aber nicht eine kollektive, solidarische und antipatriarchale Produktion jenseits von Kapital und Markt, sondern eine individualisierte, geschlechterblinde Armutsökonomie in vorgeblich regionalen Wirtschaften, die nach wie vor Teil eines Weltmarktes sein sollen.

Beide Ansätze zu einer Ökologisierung verheißen also keineswegs Gutes. Die Mär vom Grünen Wachstum nicht, weil das Wachstum des Kapitals sich von steigenden Ressourcendurchsätzen nicht entkoppeln lässt. Profit ohne Maß zählt, nicht der Respekt vor Grenzen. Die Predigt des Verzichts nicht, weil die Ursache des Kapitalwachstums nicht der Konsum der Lohnabhängigen ist, und das Ausmaß des Konsums wie des Verbrauchs durch Investitionen gar nicht ihrem Einfluss unterliegt. Der Verzicht auf Warenkonsum, selbst wenn er eine gangbare Strategie darstellte, wäre jedoch ohnehin der falsche Ansatzpunkt. Denn das Kapital lässt nicht für die Befriedigung von Bedürfnissen via Warenkonsum produzieren, sondern für den Profit. Und der entsteht gerade aus dem Teil des Gesamtprodukts, der nicht konsumiert wird.

3.2.1 Ökologische Wende durch soziale Gleichheit?

Ein klassisches Thema der Linken, führwahr, führte die Gleichheit seit dem Aufstieg des Neoliberalismus doch ein Kümmerdasein. Zumeist überschattet von der nichts sagenden Gerechtigkeit, ebenso moralistisch gefärbt wie der Verzicht, wollte sich ihrer kaum eineR erinnern. Zu sehr war die Rechte damit erfolgreich gewesen, Gleichheit mit dem Verweis auf den angeblich realen Sozialismus zu denunzieren. Gleichheit bedeutet aber nicht die Beseitigung von Diversität, sondern bezweckt gerade die Entfaltung sozialer und individueller Vielfalt. Darüber hinaus ist eine Gesellschaft der sozialen Gleichheit mit Kommandostrukturen, wie sie den realen Sozialismus prägten, unvereinbar. Heute, am Beginn einer großen Krise epochaler Dimension, und angesichts von Massenprotesten gegen die gestiegene Ungleichheit, erinnern sich ihrer jedoch immer mehr. Und sie erhält ein noch viel schärferes, wissenschaftliches Profil, als es in den mehr intuitiv-emotional argumentierenden Bewegungen früherer Perioden der Fall gewesen ist. Soziale Gleichheit, so etwa Richard Wilkinson und Kate Pickett (2009), ist der wichtigste Faktor für Gesundheit und Wohlbefinden in den reichen Industrieländern und, so bliebe anzumerken, in den armen Ländern vermutlich ein ebenso wichtiger Wohlfaktor wie der Güteroutput. Dagegen ist der absolute Güteroutput zumindest in den reichen Ländern für Gesundheit und Wohlbefinden gänzlich unerheblich.

Die Angst vor Statusverlust führt zu großem Stress (Dickerson/Kemeny 2004). Nicht nur Angst davor, auch ein niedriger sozialer Status als solcher führt zu mehr Stress (Wilkinson/Pickett 2009). Beide steigen mit der sozialen Ungleichheit. Status hängt in einer kapitalistischen Gesellschaft eng mit dem Einkommen zusammen und ist vor allem über Warenkonsum für andere sichtbar. Mit wachsender Ungleichheit, ablesbar am Einkommen, steigt daher auch der Warenkonsum und damit der ökologische Schaden. Die Kfz-Dichte steigt mit wachsender Einkommensungleichheit ebenso wie die durchschnittliche Größe von Wohnungen und der Wasserverbrauch, dagegen sinken Anteil und Länge der Radfahrten (Exner i.E.) und, wie Wilkinson und Pickett zeigen, sogar das Recycling. Auch der Inlandsmaterialverbrauch korreliert mit der Einkommensungleichheit, noch stärker aber mit der Profitquote. Je größer der Anteil der Profite am Volkseinkommen, desto mehr wird in einem Land verbraucht (Ebd.).

In jeder sozial ungleichen Gesellschaft gibt es Statuskonkurrenz. Unter den Bedingungen von Marktwirtschaft ist diese Konkurrenz allseitig, wirkt permanent, bar jeglicher moralischer Tabus oder sozialer Grenzen, und bedroht sogar das wirtschaftliche Überleben. Marktwirtschaft bedeutet, dass die Konkurrenz auf einer nach oben offenen, scheinbar endlosen Statusleiter verläuft. Geld, das den gesellschaftlichen Stoffwechsel unter der Herrschaft des Kapitals vermittelt und damit zum absoluten Reichtum und ersten Statusmarker aufsteigt, unterscheidet sich von sich selbst nur quantitativ. Es macht nicht satt. Das Streben danach ist folglich unersättlich. Je größer ein Vermögen, desto massiver der Zwang, desto eher aber auch die Möglichkeit, es noch weiter zu vermehren. Freilich gilt das nur für die Kapitalistenklasse, weshalb die innerhalb ihres Umfangs wirkende Statuskonkurrenz auch für das Kapitalwachstum von entscheidender Bedeutung ist. Die Kapitalistenklasse hat Zugriff auf die den Reichtum schaffende Potenz als solcher, menschliche Arbeitskraft. Den Lohnabhängigen dagegen ist die Akkumulation verwehrt. Die mehr oder weniger engen Grenzen ihres Konsums können sie nur kollektiv durch Umverteilung hinausschieben. Ihre Statuskonkurrenz ist daher ein Nullsummenspiel und vom Kapitalwachstum abhängig. Kommen wir auf den Zusammenhang von Inlandsmaterialverbrauch und Lohnanteil zurück: Ganz allgemein scheint mehr Gleichheit das Verantwortungsbewusstsein und die Solidarität zu erhöhen. Gleichere Länder schneiden besser am Global Peace Index ab und geben mehr von ihrem BIP für Entwicklungshilfe aus, dafür ist der Anteil der Werbeausgaben an ihrem BIP geringer (Wilkinson/Pickett 2009, 232, 61, 228). Soziale Gleichheit ist ein Schlüssel zur Ökologisierung, die der Gesellschaft gut tut an-

statt die Verheerungen des Kapitalismus auch noch in das Zeitalter der erneuerbaren Energien und Stoffe mit vielleicht noch schärferer Gewalt fortzusetzen. Ihre positiven Auswirkungen bilden einen Dreischritt, der ökologisch erst den großen Sprung nach vorne möglich macht. Erstens ist soziale Gleichheit selbst der wichtigste, das Gute Leben fördernde Faktor zumindest in den reichen Industrieländern, und in den armen Ländern vermutlich ebenso wichtig wie der Güteroutput. Im Norden, der eine starke Schrumpfung des Output vollziehen muss, um dem Süden noch physisches Wachstum (nicht aber Kapitalwachstum) zu ermöglichen und global ein Degrowth zu erlauben, kann soziale Gleichheit daher Lebensqualität verbessern trotz sinkendem Output. In einer Studie des WWF ist Kuba das einzige Land mit einem hohen Entwicklungsniveau, das die Grenzen globaler Ressourcen-Gleichheit nicht überschreitet, gemessen am ökologischen Fußabdruck (WWF 2007, zit. in Wilkinson/Pickett 2009, 221); die Lebenserwartung ist gleich hoch wie in den USA. Zweitens erlaubt nur soziale Gleichheit, ökologisch schädliche Statuskonkurrenz und damit den Output konsensual zu reduzieren. Damit diese Reduktion im Sinn eines Solidarischen Postwachstums realisiert werden kann, ist drittens die Kooperation zwischen den produktiven und reproduktiven Einheiten unabdingbar. Umfassende Kooperation ist mit dem Markt nicht zu vereinen. Erst in einem kooperativen Zusammenhang kann es eine bewusste Verteilung von Ressourcen geben, die einen Ausgleich der historisch durchgesetzten Ungleichheiten zwischen Nord und Süd und unterschiedlichen sozialen Schichten bewirkt. Diese Kooperation benötigt soziale Gleichheit innerhalb der Betriebe. Sie kann nur auf genossenschaftlicher Grundlage florieren, was hier nicht die so genannte bürgerliche Rechtsform bezeichnen soll, sondern die gemeinschaftliche Kooperation im Sinne freier Assoziation, also wenn die Klassenspaltung überwunden ist. Dies nicht nur, weil die Trennung in Kapitalisten und Arbeitskraftverkäufer die Existenz einer »Marktwirtschaft« im Unterschied zu einer »Wirtschaft mit Märkten« (Polanyi 1977, 71ff) historisch begründet, die Ungleichheit der Einkommen erzeugt und als Betriebsalltag der Ungleichheit Legitimität verleiht. So hat eine Forschungsgruppe um Wolfgang Weber gezeigt, dass in demokratischen Betrieben mit weitgehender Gleichheit prosoziale Orientierungen und demokratische Einstellungen auch gegenüber der Gesellschaft, ganz im Sinn einer Solidarischen Ökonomie, stärker ausgeprägt sind als in kapitalistischen Betrieben (Weber u.a. 2009, Unterrainer u.a. 2011). Soziale Gleichheit fördert also solidarische Beziehungen anstelle der strukturell rücksichtslosen Marktverhältnisse, in denen nur das Tauschobjekt zählt und der Mensch bloß als Vehikel. Beziehungen mehren Vertrauen: die wichtigste Vorbedingung für freiwillige Kooperation. Kooperation bestärkt Gleichheit, weil sich benachteiligte Gruppen besser Gehör verschaffen – ein Tugendzirkel, der sich in allen Strukturen einer solidarischen Postwachstumsgesellschaft vollzöge, bis zur kontinentalen Kooperation. Im Kapitalismus nimmt die soziale Ungleichheit in Gestalt der Klassenspaltung, worüber sich als feine Textur die Einkommensungleichheit legt, eine zentrale Stellung ein. Das Kapital ist eben nicht ökonomistisch verkürzt zu verstehen, sondern umfasst eine Reihe von geschlechtlichen, ethnischen und anderen Hierarchisierungen, wie zum Beispiel Silvia Federici für die Geschlechterverhältnisse gezeigt hat (2004). Herrschaftsfreiheit im Allgemeinen und die Überwindung des Kapitalverhältnisses durch Ausweitung Solidarischer Ökonomien und von Commons im Besonderen bilden den Zugang zum Postwachstum (Exner/Kratzwald 2012). In herrschaftsfreien Strukturen ist die Statuskonkurrenz stark abgeschwächt und strebt nicht mehr zum wachsenden Kommando über die Lebenszeit anderer Menschen und ihrer Produkte. Erst durch den Abbau von sozialer Ungleichheit, das heißt auch von Herrschaft, wird Postwachstum möglich: nämlich solidarisch. Wird eine solche Gesellschaft neue Ungleichheiten mit sich bringen? Das mag sein, denn sie entsteht ja nicht am Reißbrett; sie wird erst in sozialen Kämpfen entwickelt und durchgesetzt. Historische, von Egalität geprägte Gesellschaften verfügten über wirksame Mechanismen sozialen Ausgleichs. Gleichheit wird ebenso wie Ungleichheit sozial hergestellt. Es verwundert folglich nicht, dass etwa geschlechtsegalitäre Gesellschaften durchaus partielle Ungleichheiten zeigen können, wie Ute Luig und Ilse Lenz darstellten (1995). So

verstanden bedeutet Egalität also nicht unbedingt die Freiheit von jeglicher Normierung und damit gesetzten Ausschlüssen. Soziale Gleichheit in ihrem tiefsten Sinn zeigt sich dagegen gerade in ihrer Akzeptanz der Vielfalt und der Auflösung von Normierung. Auch ist keineswegs vorauszusehen, wie weit eine Solidarische Postwachstumsökonomie historisch durchgesetzte soziale und ökologische Ungleichheiten rückgängig machen wollte oder könnte. Sie müsste dazu beispielsweise einen bedeutenden Teil der in Infrastrukturen festgelegten Metalle global umverteilen. Es hängt also davon ab, wie sich eine solche Gesellschaft konkret herstellt. Es gibt starke Argumente, dass soziale Gleichheit eine Verabschiedung von Markt, Staat und eine so weit wie möglich gehende Auflösung von Zwangsnormierungen bedeuten muss. Dies würde einen bedingungslosen Zugang zum kulturell Lebensnotwendigen mit einbegreifen. Ohne einen solchen Zugang, den die strategisch interessante Idee des Grundeinkommens in widersprüchlicher, weil noch an die Geldform und damit an das Kapital gebundener und den Staat voraussetzender Weise thematisiert, könnte sich leicht eine Abhängigkeit von bestimmten sozialen Gruppen ergeben. Diese würde erpressbar machen, Ungleichheiten provozieren und deren Verfestigung ermöglichen. Freilich, menschliche Voraussicht ist begrenzt, die Gesellschaft ist nicht steuerbar und eine Anpassung an neue ökologische Bedingungen häufig schon von sich aus schwierig und fehleranfällig. Gleichheit schützt sicherlich nicht vor Unwissenheit, die auch ökologische Krisen heraufbeschwören kann. Jedoch, ohne Gleichheit nützt alles Umweltwissen nichts.

Literatur

- Dickerson, Sally S., und Margaret E. Kemeny, 2004: Acute Stressors and Cortisol Responses: A Theoretical Integration and Synthesis of Laboratory Research, in: *Psychological Bulletin*, Vol. 130, No. 3, 355-91
- Exner, Andreas, Christian Lauk und Konstantin Kulterer, 2008: *Die Grenzen des Kapitalismus*, Wien
- Exner, Andreas, und Brigitte Kratzwald, 2012: *Solidarische Ökonomie & Commons*, Wien
- Exner, Andreas, i.E.: De-growth Solidarity: The Great Socio-Ecological Transformation of the 21st Century. In: Ders. u.a. (Hg.), *Land and Resource Scarcity*, London
- Federici, Silvia, 2004: *Caliban and the Witch. Women, the Body and Primitive Accumulation*, New York
- Luig, Ute, und Ilse Lenz (Hg.), 1995: *Frauenmacht ohne Herrschaft. Geschlechterverhältnisse in nichtpatriarchalischen Gesellschaften*, Frankfurt/M
- Mies, Maria, und Vandana Shiva, 1993: *Ecofeminism*, Halifax, London und New Jersey
- Paech, Niko, 2011: Vom vermeintlich nachhaltigen Wachstum zur Postwachstumsökonomie. Die Wachstumsfrage als blinder Fleck innerhalb der Wirtschaftswissenschaften. In: Werner Rätz u.a., (Hg.), *Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben*, Hamburg, 31-42
- Polanyi, Karl, 1944: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/M 1977
- Unterrainer, Christine, et al., 2011: Structurally Anchored Organizational Democracy. Does It Reach the Employee?, *Journal of Personnel Psychology*, Vol. 10(3), 118–32
- Weber, Wolfgang G., u.a., 2009: The influence of organizational democracy on employees' socio-moral climate and prosocial behavioral orientations, in: *Journal of Organizational Behavior* 30, 1127–49
- Wilkinson, Richard, und Kate Pickett 2009: *The Spirit Level. Why Equality is Better for Everyone*, London Erschienen in *LuXemburg* 3/12, 54ff.

4 Grundzüge einer ökosozialistischen Alternative

4.1 Daniel Tanuro: Was ist Ökosozialismus? (2015)

Dass die ökologische und die soziale Frage zusammengedacht werden müssen, diese Einsicht gewinnt an Boden, und zwar umso mehr, je konkreter die Auseinandersetzung um die Energiewende wird. Das ist aber leichter gesagt als getan: Im Fokus der Gewerkschaften steht der ökosoziale Umbau bislang nicht, eher sind sie noch auf Verteidigung bestehender Profitmodelle gepolt und bereiten sich wenig auf den unvermeidlichen Strukturwandel vor. Auf der Seite der Klimaschützer geraten deshalb als soziale Akteure auch eher die Bevölkerungen des Südens mit ihrer Forderung nach Klimagerechtigkeit in den Blick.

von Daniel Tanuro*; aus [SozialistischeZeitung](#)

Für die ökosozialistische Strömung ist das, was man «ökologische Krise» nennt, keine Krise der Ökologie. Nicht die Natur ist in der Krise, sondern die Gesellschaft, und diese gesellschaftliche Krise bringt eine Krise der Beziehungen zwischen der Menschheit und der übrigen Natur mit sich.

Unserer Auffassung nach ist diese Krise nicht den Eigenheiten der menschlichen Art geschuldet. Insbesondere kommt sie nicht davon, dass unsere Art ihre Existenz durch gesellschaftliche Arbeit sichert, was ihr erlaubt sich zu entwickeln und was dem Begriff des Fortschritts seinen Sinn gibt. Die ökologische Krise ist der kapitalistischen Produktionsweise geschuldet, was eine kapitalistische Konsumtionsweise einschließt, und der daraus folgenden produktivistischen und konsumistischen Ideologie des «immer mehr».

1. Das theoretische Fundament

Kapitalismus = Produktivismus

Der Kapitalismus produziert keine Gebrauchswerte zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern Tauschwerte zur Maximierung der Profite. Dieser Profit wird von einer Minderheit der Bevölkerung angeeignet: von den Eigentümern der Produktionsmittel. Sie beuten die Arbeitskraft der gesellschaftlichen Mehrheit aus im Austausch für einen Lohn, der niedriger ist als der Wert der von den Arbeitskräften hergestellten Produkte.

Die Eigentümer der Produktionsmittel stehen untereinander in einem erbarmungslosen Konkurrenzkampf, der jeden von ihnen dazu zwingt, permanent zu versuchen, die Arbeitsproduktivität durch den Einsatz immer perfekterer Maschinen zu steigern. Der «Produktivismus» (produzieren um zu produzieren, was konsumieren um zu konsumieren erfordert) ist also eine Eigenheit des Kapitalismus von Anfang an. Kapitalismus impliziert Akkumulation. Der bürgerliche Ökonom Joseph Schumpeter hat das sehr einfach ausgedrückt: «Ein Kapitalismus ohne Wachstum ist ein Widerspruch in sich.»

Der Kapitalismus ist ein sehr effizientes Ausbeutungssystem. Er verbessert die Arbeitsproduktivität und die Effizienz der Nutzung der (anderen) Naturressourcen kontinuierlich. Aber diese Verbesserung dient natürlich der Akkumulation: die relativen Einsparungen an Arbeitskräfteeinsatz und anderen für die Produktion erforderlichen Elementen werden durch die Produktionssteigerung insgesamt mehr als ausgeglichen, sodass letztlich die Masse der im Produktionsprozess verbrauchten Ressourcen steigt. Darum führt die kapitalistische Akkumulati-

on unvermeidlich zugleich zur verschärften Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und zur verschärften Plünderung der natürlichen Ressourcen.

Gibt es eine Grenze für die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zum Wachstum?

Auf diese Frage hat Marx geantwortet: «Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst...» (MEW 25, S.269). Diese Formel basiert auf der Definition des Kapitals nicht als einer Sache (einer Geldmasse), sondern als einem gesellschaftlichen Verhältnis: nämlich dem Ausbeutungsverhältnis, durch das eine bestimmte Geldmenge durch Aneignung des Mehrwerts, der aus dem unbezahlten Arbeitsanteil kommt, zu mehr Geld wird. Dieses Ausbeutungsverhältnis bedarf natürlich eines Inputs in Form von Ressourcen.

Zu sagen «Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst» bedeutet also einfach folgendes: Solange es Arbeitskräfte und Naturressourcen gibt, die ausgebeutet werden können, kann sich das Kapital weiter akkumulieren, indem es das verarmt und zerstört, was Marx «die Springquellen alles Reichtums» genannt hat, «die Erde und den Arbeiter» (MEW 23, S.530).

Die einzig vorstellbare Alternative zum Kapitalismus ist somit ein System, in dem nicht Tauschwerte zur Profitmaximierung der Kapitalisten produziert werden, sondern Gebrauchswerte zur Befriedigung der tatsächlichen menschlichen (nicht durch die Warenform korruptierten), demokratisch ermittelten Bedürfnisse. Das wäre ein System, in dem die Kooperation die Konkurrenz, die Solidarität den Individualismus ersetzt und die Emanzipation die Entfremdung überwindet. Ein solches System – es wäre eine neue Zivilisation – entspricht der theoretischen Definition einer sozialistischen Gesellschaft. Ich wiederhole: auf dieser allgemeinen Ebene gibt es keine andere vorstellbare Alternative.

Kapitalistischer und bürokratischer Produktivismus

Diese Schlussfolgerung stößt sich an harten geschichtlichen Fakten. Denn es ist unbestreitbar, dass die Bilanz des Sozialismus, wie er im 20.Jahrhundert «real existiert» hat, abstoßend wirkt, nicht nur vom Standpunkt der menschlichen Emanzipation aus, sondern auch im Hinblick auf die Entwicklung möglichst harmonischer Beziehungen zwischen der Menschheit und ihrer natürlichen Umwelt.

Es ist nicht nötig, hier die Details zu schildern: Alle Welt weiß von der Austrocknung des Aralsees und von der Katastrophe von Tschernobyl. Man mag hinzufügen, dass die DDR und die CSSR bei der Pro-Kopf-Emission von Treibhausgasen einen traurigen Weltrekord hielten; sie übertrafen in dieser Hinsicht die größten Umweltverschmutzer der kapitalistischen Welt, die USA und Australien.

Diese negative Umweltbilanz des «realen Sozialismus» ist wesentlich der bürokratischen Konterrevolution geschuldet, die in den 20er Jahren unter der Führung Stalins triumphierte. Der Produktivismus im Osten war die Folge eines Prämiensystems, das die Manager der Staatsfirmen dafür belohnte, dass sie die Planvorgaben übererfüllten. Nach diesem Köder schnappend, verbrauchten und verschwendeten diese Manager ein Maximum an Werkstoffen und Energie pro Endprodukt... Sie hatten keine Konsequenzen zu fürchten, da die Konsumenten weder Wahlfreiheit hatten, noch die Freiheit der Kritik, noch die Möglichkeit, gegen die gesellschaftlichen und ökologischen Folgen einer Produktion zu protestieren, die keinerlei «Arbeiterkontrolle» unterworfen war.

In Hinblick auf das ökologische Zerstörungswerk gibt es keine Unterschiede zwischen dem kapitalistischen Produktivismus und demjenigen im ehemaligen Ostblock. Aber der kapitalistische Produktivismus folgt aus einem ganz anderen Mechanismus: Im Gegensatz zu einem Fabrikdirektor in der UdSSR, optimiert der Chef einer kapitalistischen Firma ständig die Quantität der zur Herstellung der Produkte verbrauchten Ressourcen, um die Menge der Produkte zu erhöhen, und betrachtet die Reaktion des Marktes als letztinstanzliches Urteil über die Qualität seiner Produkte. Vom kapitalistischen Standpunkt aus ist der kapitalistische Produktivismus rational und im Einklang mit den für ihn charakteristischen gesellschaftlichen Verhältnissen.

Im Gegensatz dazu erscheint der bürokratische Produktivismus als irrationale Ausgeburt des politischen Überbaus: In einer Ökonomie, die der Befriedigung der Bedürfnisse dienen soll, wäre ein rationales Verhalten eines, das die Produktion einer demokratischen Lenkung der Produzenten und Konsumenten unterwirft. Weil eine solche Demokratie mit dem bürokratischen Parasitenverhalten aber unvereinbar ist, bietet dieses System den Parasiten materielle Anreize, damit es überhaupt funktionieren kann.

Der Vergleich führt uns zu einer wichtigen Schlussfolgerung: Der kapitalistische Produktivismus wohnt der kapitalistischen Produktionsweise inne, der sowjetische Produktivismus hingegen ein exogener Faktor. Die katastrophale Umweltbilanz der UdSSR liefert deshalb keinen Beweis dafür, dass der Sozialismus per definitionem ebenso umweltvernichtend wäre wie der Kapitalismus.

Stalin erklärt nicht alles

Indessen genügt der Verweis auf den Stalinismus und auf die Existenz einer privilegierten bürokratischen Kaste nicht, um diese katastrophale Bilanz zu erklären. Um das Problem zu verdeutlichen, beschränke ich mich hier auf ein Zitat des berühmtesten Gegners von Stalin, Leo Trotzki. Von allen marxistischen Theoretikern war Trotzki zweifellos derjenige, der das Phänomen der Bürokratie am besten verstanden hat, aber er war sich der umweltbedingten Grenzen der menschlichen Entwicklung nicht bewusst, das ist das Mindeste, was man sagen kann.

In einer berühmten Rede hat der Autor der *Verratenen Revolution* gesagt, dass «der sozialistische Mensch die Berge versetzen, die Meere einschließen und die Flüsse umleiten» wird. Ich will die Tragweite dieses Zitats nicht übertreiben, ich führe es nur an um zu verdeutlichen, dass viele Marxisten eine weit weniger vorsichtige und realistische Vorstellung hatten von den aus ihren kapitalistischen Fesseln befreiten Produktivkräften und was mit ihnen alles verwirklicht werden könnte, als Marx selbst.

Weit davon entfernt, über die wundersamen Fähigkeiten des sozialistischen Übermenschen zu fabulieren, konstatiert Marx bescheidener: «Die Freiheit in diesem Gebiet [dem Verhältnis zu den Naturgesetzen] kann nur darin bestehen, dass der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln...» (MEW 25, S.828).

Im Licht dieses Zitats erscheint es selbstverständlich, dass die Analyse der Umweltbilanz des «realen Sozialismus» über die Kritik am bürokratischen Produktivismus hinausgehen muss. Sie muss tiefer schürfen und die theoretischen und ideologischen Konzepte unter die Lupe nehmen, die das sozialistische Denken in seinen verschiedenen Entwicklungsphasen geprägt haben.

Die Strömung, die sich im Ökosozialistischen Manifest wiederfindet, das von Michael Löwy und Joel Kovel verfasst wurde, hat eine Reihe dieser Konzepte benannt, die verdienen, revidiert zu werden.

2. Baustellen für eine ökosozialistische Erneuerung

Wissenschaft, Technik, Fortschritt

Das betrifft in erster Linie das Verhältnis zur *Wissenschaft*, oder vielmehr zu den Wissenschaften. Die meisten sozialistischen Vordenker, angefangen bei Marx und Engels, waren ziemlich stark vom Szientismus beeinflusst – das ist die mechanistische Vorstellung, dass die Wissenschaften in der Lage sein werden, alles bis ins letzte Detail erklären zu können. Diese Vorstellung ist offenkundig irrig, weil die Welt sich ständig in Entwicklung befindet, sodass die Wissenschaften, je weiter sie fortschreiten, immer wieder vor neuen Phänomenen und Rätseln stehen.

Die ökosozialistische Strömung will mit dem Szientismus brechen. Es muss Schluss gemacht werden mit dem Vorhaben, die Natur zu beherrschen, denn das impliziert, sie als eine Maschine und den Menschen als Maschinenführer zu betrachten. Diese illusorische und instrumentalistische Vorstellung verstößt jedoch gegen die Grundsätze der Behutsamkeit, Bescheidenheit und Umsicht, die sich heute aufdrängen, wenn der Stoffwechsel des Menschen mit der Natur wieder ins Lot kommen soll.

Mit der Wissenschaft hängt das Konzept der *Technologie* zusammen, das ist die in der Produktion angewandte Wissenschaft. Ist sie neutral oder hat sie einen Klassencharakter? Obwohl Marx den «historisch determinierten» Charakter aller Aspekte der menschlichen Entwicklung betont, hat er sich zu dieser spezifischen Frage nicht abschließend geäußert. Die meisten Sozialisten nach ihm hielten Technologie für neutral. Die ökosozialistische Strömung hält sie nicht für neutral.

Das Ziel heiligt die Mittel nicht: manche Mittel widersprechen dem Ziel. Das gilt auch für die Produktionsmittel, also für die Technologien. Die Atomenergie z.B. widerspricht dem Ziel einer Gesellschaft, in der die Produzenten die Erde ihren Nachkommen wie *boni patres familias* (gute Familienväter) verbessert hinterlassen. Dasselbe gilt für die Verbrennung der fossilen Energieträger, für den Anbau genetisch veränderter Organismen auf freiem Feld und für die Großprojekte des Geoengineering.

Der Bruch mit dem Szientismus und die Technologiekritik werfen sofort die Frage nach der Haltung zum *Fortschritt* auf. Ökosozialisten lehnen die Vorstellung einiger Wachstumskritiker ab, man müsse «aus der Entwicklung aussteigen», weil Fortschritt per se etwas Schlechtes wäre; sie lehnen aber ebenso sehr die Vorstellung ab, Fortschritt und Entwicklung wären in jedem Fall etwas Gutes. Sie haben einen kritischen Blick auf die Technologie und folgen Marx in der These, dass die Produktivkräfte im Kapitalismus sich mehr und mehr zu «Destruktivkräften» entwickeln.

Die entwickelten Länder haben im allgemeinen keinen Bedarf mehr an quantitativer Entwicklung, sie haben Bedarf an einer Umverteilung des Reichtums, um eine qualitative Entwicklung zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang schenken Ökosozialisten den Vorstellungen indigener Völker zur Entstehung und Entwicklung der Welt und dem Können bäuerlicher Produktionsgemeinschaften große Beachtung. Darin sehen sie Quellen der Inspiration für einen Fortschritt, der diesen Namen verdient, der den kapitalistischen Produktivismus in Frage stellt und auf dem Verständnis beruht, dass wirklicher Reichtum aus freier Zeit erwächst, aus

zwischenmenschlichen Beziehungen und aus einem harmonischen Verhältnis zur Umwelt – und nicht aus einer fieberhaften Anhäufung von Konsumgütern, die oft nur dazu dienen, die Ärmlichkeit der eigenen Existenz zu kompensieren.

Zentralisierung und Dezentralisierung

Eine vierte Frage betrifft das Verhältnis von *Zentralisierung und Dezentralisierung*. Aufgrund der historischen Erfahrung der Sowjetunion wird Sozialismus stark mit der Vorstellung von einem sehr zentralisierten Plan assoziiert. Dieses Gleichheitszeichen muss jedoch in Frage gestellt werden.

Es versteht sich von selbst, dass eine Regierung, die eine antikapitalistische Politik betreiben will, die Wirtschaftsmacht der herrschenden Klasse brechen muss; das ist nur möglich durch die Enteignung des Finanzsektors und der großen Produktions- und Distributionsmittel. Ebenso versteht es sich von selbst, dass diese vergesellschafteten Bereiche neu strukturiert werden müssen, um die Bedürfnisse zu befriedigen – was eine zentrale Planung erfordert. Zugleich ist aber zu berücksichtigen, dass Demokratie und Selbstverwaltung ohne Verwurzelung an der Basis und vor Ort nicht voll existieren können. Zentralisierung und Dezentralisierung müssen also in gewisser Weise ineinandergreifen.

Dieses Ineinandergreifen ist dem Denken von Marx nicht fremd gewesen. Im Gegenteil, er sah in der Pariser Kommune die «endlich entdeckte politische Form der Emanzipation der Arbeit», und diese Erfahrung brachte ihn dazu, sich die «Diktatur des Proletariats» als eine Art Föderation der Kommunen vorzustellen. Spätere Marxisten haben in der Regel diesen Faden fallen gelassen. Die Ökosozialisten wollen ihn wieder aufnehmen und versuchen, ihn für das Projekt eines «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» tauglich zu machen.

Der Klimawandel macht solche Überlegungen unumgänglich: Um den Übergang zu 100% erneuerbaren Energien innerhalb von zwei Generationen zu schaffen, muss die Energiebranche zweifellos vergesellschaftet werden. Sonst setzen die Kapitalisten durch, dass die gigantischen Reserven an fossilen Energieträgern, die ihnen gehören, so lange wie möglich genutzt werden.** Aber die Nutzung der erneuerbaren Energien erfordert eine dezentralisierte, vernetzte Energiegewinnung. Ihre demokratische Verwaltung auf kommunaler Ebene und im Interesse des Gemeinwesens ist real möglich.

Die ökosozialistische Strömung sollte diese Möglichkeit aufgreifen und sie mit konkreten Forderungen nach gesellschaftlicher Kontrolle und partizipativen Entscheidungsprozessen untersetzen, statt sich an das obsoletere Modell eines großen Staatsbetriebs zu klammern.

Ökosozialismus und Ökofeminismus

Eine fünfte Frage, mit der sich Ökosozialisten beschäftigen, ist die nach der spezifischen *Rolle der Frauen* im Kampf um nachhaltige Beziehungen zwischen Mensch und Natur. Für die Feministinnen in unserer Strömung kommt diese Rolle nicht daher, dass Frauen «ihrem Wesen nach» der Natur näher und ihr gegenüber respektvoller wären, wie manche Theoretikerinnen des Ökofeminismus glauben.

Unserer Meinung sind Frauen ebenso wenig von Natur aus ökologisch wie etwa pazifistisch. Die spezifische Rolle der Frauen ergibt sich aus der kapitalistischen Arbeitsteilung in der Ge-

sellschaft und in der bürgerlichen Familie. Eine der Erscheinungsformen ihrer Unterdrückung ist, dass sie den größten Teil der Sorgearbeit leisten, meistens völlig unbezahlt und ohne dass diese Tätigkeit überhaupt als Arbeit anerkannt würde. Außerdem ruht auf den Frauen weltweit 80% der Nahrungsmittelproduktion.

Frauen wissen, was es bedeutet, «um das Lebendige Sorge zu tragen». Ihr Wissen auf diesem Gebiet schreibt ihnen für den Übergang eine erstrangige Rolle zu, eben weil die Menschheit mit der Notwendigkeit konfrontiert ist, für die (außermenschliche) Natur Sorge zu tragen, und weil ein großer Teil der Bevölkerung – insbesondere in der entwickelten und verstädterten Welt – einfach nicht weiß, wie sie das anpacken soll.

Diese Rolle der Frauen kann aber nur dann im Interesse aller voll wertgeschätzt werden, wenn ihre Unterdrückung anerkannt wird. Dies erfordert den autonomen Kampf der Frauen für gesellschaftliche Gleichheit, für die Anwendung des Grundsatzes «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit» auf dem Arbeitsmarkt und für gleiche Verteilung der Reproduktionsarbeit. In diesem Sinne unterstützen Ökosozialisten den ökofeministischen Kampf.

3. Die Frage nach dem Subjekt

Die Rolle der Arbeiterklasse

Die besondere Rolle der Frauen wirft eine andere Frage auf, eine in gewisser Weise für den Ökosozialismus entscheidende Frage: die nach dem «Subjekt» der gesellschaftlichen Veränderung.

Die klassische Antwort der sozialistischen Theoretiker lautet: Die Arbeiterklasse – nicht nur die Fabrikarbeiter, sondern alle, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft gegen Lohn zu verkaufen – ist das Subjekt, das das Kleinbürgertum und alle unterdrückten Schichten mit sich zieht. Diese zentrale Rolle als revolutionäre Klasse leitet sich aus ihrer Stellung im Produktionsprozess ab: Tatsächlich hat die Arbeiterklasse keine andere, mögliche historische Perspektive als die gemeinschaftliche Verwaltung der Produktionsmittel, um die demokratisch ermittelten gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen.

Diese traditionelle Sicht hat die Vorstellung hervorgebracht, die Arbeiterklasse würde allezeit und allerorts, und sei es gegen den eigenen bewussten Willen, «objektiv» eine Vorhutrolle spielen. Doch der Kampf um das Klima zeigt eine ganz andere Realität: An vorderster Front finden wir hier Bauern, Landarbeiter, indigene Völker im Kampf gegen Bergbauprojekte oder infrastrukturelle und forstwirtschaftliche Großprojekte, die ihre Umwelt zerstören.

Die Tatsache, dass von der Arbeiterklasse im engeren Sinne des Wortes unterschiedene Gesellschaftsschichten eine Vorhutrolle spielen, ist nicht neu. Die Jugend zum Beispiel war oft Auslöserin gesellschaftlicher Entwicklungen durch Kämpfe, die die Unerträglichkeit einer gesellschaftlichen oder politischen Situation aufgedeckt und die Arbeiterklasse dazu gedrängt haben, ihre relative Passivität zu überwinden. Der Mai 68 in Frankreich, wo die Repression der «Nacht der Barrikaden» im Quartier Latin einen Generalstreik mit 10 Millionen Beteiligten auslöste, ist ein klassisches Beispiel für diese Wechselwirkung zwischen sozialen Schichten und Klassen. Es gibt viele andere.

Womit wir heute im Kampf gegen den Klimawandel konfrontiert sind, ist aber etwas ganz anderes. Hier beobachten wir seit Jahren anhaltende Kämpfe von Bauern, indigenen Völkern und Gemeinschaften, die bis heute in der Arbeiterklasse nichts ausgelöst haben. Das Problem hat also tiefere Wurzeln. Es handelt sich nicht einfach um eine «Disharmonie der Zeiten», um

Verzögerungen im Rhythmus der Bewusstwerdung verschiedener sozialer Schichten und Klassen.

Die Erklärung ist im Grunde ziemlich einfach. Wenn Bauernfamilien gegen das Agrobusiness kämpfen, wenn indigene Völker gegen die Aneignung der Wälder als Kohlenstoffreservoirs oder Quelle für Biomasse kämpfen, wenn Gemeinschaften gegen extraktivistische Projekte kämpfen – dann stimmen ihre Forderungen für die Sicherung der Existenz der betroffenen Menschengruppen unmittelbar mit dem überein, was getan werden muss, um das Klima zu retten.

Die Situation der Arbeiterklasse ist eine ganz andere. Vor allem derzeit, wo die Arbeiterklasse geschwächt, ideologisch desorientiert und in der Defensive ist, stimmen ihre unmittelbaren Forderungen zur Verteidigung ihrer Lebensbedingungen nicht mit dem überein, was getan werden muss, um das Klima zu retten; sie decken sich eher mit Maßnahmen, die das Klima aus dem Gleichgewicht bringen.

Um Arbeitsplätze zu schaffen oder zu verteidigen, hofft eine Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter z.B. auf eine Ausweitung der Produktion, einen wirtschaftlichen Aufschwung des Kapitalismus, neue Unternehmen. Es ist natürlich eine Illusion zu glauben, damit könne die Erwerbsarbeitslosigkeit beseitigt werden, aber immerhin drängt sich diese Illusion auf den ersten Blick als logische und am leichtesten zu verwirklichende Lösung auf. In manchen umweltverschmutzenden Bereichen wie etwa in den Kohlebergwerken Polens gehen Gewerkschafter sogar so weit, die Tatsache des Klimawandels anzuzweifeln, weil sie in ihrer Anerkennung eine Bedrohung für ihre Arbeitsplätze sehen.

Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Wie kann diesem Problem begegnet werden? Ökosozialisten versuchen darauf zu antworten, indem sie Forderungen vorschlagen, die zugleich die sozialen Bedürfnisse der arbeitenden Menschen aufgreifen *und* den ökologischen Notwendigkeiten (insbesondere zur drastischen und schnellen Reduzierung der Treibhausgasemissionen zur Stabilisierung des Klimas) gerecht werden. Vereinfacht gesagt, unterscheiden wir uns sowohl von Umweltschützern, die die sozialen Folgen der notwendigen umweltpolitischen Maßnahmen wenig beachten, als auch von Gewerkschaftern, für die die Umwelt ein Problem der Reichen ist, um das man sich später kümmern kann. Beide Strategien sind aus unserer Sicht von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit ist die erste Sorge der Lohnabhängigen (und die Erwerbslosigkeit bedingt das Reallohniveau, die Arbeitsbedingungen, die Verteidigung der sozialen Sicherheitssysteme...). Die ökosozialistische Strömung antwortet darauf mit Forderungen auf drei Ebenen:

- Die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich des Wohnungsbaus und der öffentlichen Infrastruktur: öffentliche Pläne für die energetische Gebäudesanierung, für eine Energiewende und für die Ersetzung der privaten Mobilität durch öffentliche Verkehrsmittel. Dabei legt sie großen Wert auf eine möglichst starke Dezentralisierung und die demokratische Kontrolle durch die Nutzer und durch die Beschäftigten.
- Die Konversion nutzloser oder schädlicher Produktion (in erster Linie der Waffenproduktion und der Atomenergie, aber auch der Automobilindustrie, der Petrochemie usw.) unter Kontrolle der Belegschaften zugunsten nützlicher Produktion oder Tätigkeiten.

– Die radikale Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust und mit entsprechenden Neueinstellungen sowie eine Entschleunigung des Arbeitsrhythmus, damit alle (Erwerbs-)Arbeit haben, besser leben und weniger verschwenden.

Dieser letzten Forderung kommt eine besondere strategische Bedeutung zu. Wie Marx geschrieben hatte, handelt es sich um die wichtigste soziale Forderung und das wichtigste Mittel, mit dem «der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln» können, indem sie «unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen» handeln (MEW 25, S.828).

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit kann nur ein Programm dieser Art auf die doppelte soziale und ökologische (insbesondere klimatische) Herausforderung eine sinnvolle Antwort sein. Seine Verwirklichung erfordert eine antikapitalistische Orientierung und zieht weitere Forderungen nach sich, die hier nicht im Detail erläutert werden können: die Vergesellschaftung des Energie- und Finanzsektors; eine langfristige Politik der Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft mit einer auf Erhalt der Ökosysteme ausgerichteten biologischen Lebensmittelproduktion usw.

Ein solches Programm kann in der Arbeiterbewegung nur an Einfluss gewinnen, wenn es sich mit dem Kampf der Gewerkschaftslinken gegen die Dominanz der sozialliberalen Apparate verbindet. Deren Orientierung besteht darin, die Energiewende zu begleiten, so wie sie vom Kapitalismus konzipiert wird, sie verlangen lediglich, dass die Wende «gerechter» gestaltet wird.

Ökosozialisten schlagen deshalb den Bewegungen der Bauern, Landlosen, der Indígenas und Gemeinschaften vor, den Kontakt und die Zusammenarbeit mit Gewerkschaftslinken zu suchen.

Ökosozialismus, ein offenes Konzept

Die größte Herausforderung ist, über allgemeine Überlegungen hinauszukommen und ein Programm mit konkreten, gut begründeten Vorschlägen für eine Energiewende *und* eine soziale Wende zu entwickeln. Denn es reicht nicht, die fossilen Energieträger durch erneuerbare zu ersetzen: Die Treibhausgasemissionen müssen so stark reduziert werden, dass dies ohne eine Einschränkung der Produktion und des Verkehrs nicht gehen wird.***

Auf den Punkt gebracht ist Ökosozialismus der Wille, die sozialen Kämpfe und die Kämpfe um die Umwelt zusammenzuführen, denn die soziale und die ökologische Zerstörung sind zwei Seiten einer Medaille: die des produktivistischen Kapitalismus. So verstanden, handelt es sich um ein offenes Konzept, das strategisch und programmatisch weiterentwickelt werden muss. Tatsächlich gibt es heute verschiedene Varianten von Ökosozialismus. Die Variante, die ich vorgestellt habe, könnte als marxistisch, revolutionär, feministisch und internationalistisch bezeichnet werden. Es gibt auch andere Varianten, und wir beanspruchen nicht das Monopol, sondern nur eine möglichst breite Debatte.

—

**Daniel Tanuro gehört dem Internationalen Ökosozialistischen Netzwerk an. Dieses entstand aus dem Weltsozialforum 2001, bemüht sich um eine theoretische Fundierung des Zusammenhangs zwischen der ökologischen und der sozialen Frage und versucht daraus Handlungsstrategien für breite, ökosozial(istische)e Bündnisse abzuleiten. Der vorliegende Text ist die verschriftlichte und überarbeitete Fassung seines Vortrags im Rahmen der Klimakonfe-*

renz, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit verschiedenen Umwelt- und Klimaschutzorganisationen vom 10. bis 12. April 2015 in Köln organisiert wurde.

***Es sei daran erinnert, dass zwei Drittel bis vier Fünftel der bekannten fossilen Reserven im Boden bleiben müssen, wenn wir wenigstens eine Chance von 60% haben wollen, dass die globale Erwärmung der Atmosphäre bis Ende des Jahrhunderts nicht stärker als 2°C – gemessen am Beginn des industriellen Zeitalters – steigt.*

**** Die Übergangsszenarien zu einem System mit zu 100% erneuerbaren Energien, die vorgeben, das sei mit einem jährlichen Wachstum von 2–3% vereinbar, stellen nicht die fossile Energie in Rechnung, die nötig ist, um die Maschinen für die Gewinnung der erneuerbaren Energien zu produzieren oder Gebäude energetisch zu sanieren.*

4.2 BFS/MPS: Positionspapier Ökologie (2018)

Der aktuelle ökologische Zusammenbruch ist buchstäblich eine Zivilisationskrise. Die klimatischen und geophysischen Bedingungen, die seit ca. 10'000 Jahren vorherrschen und die Geschichte der Menschheit erst ermöglicht haben, befinden sich in einem für das menschliche Leben bedrohlichen Transformationsprozess. Der Klimawandel ist eines der wichtigsten Aspekte dieser drohenden Umweltkatastrophe, er ist aber nicht der einzige. Hinzu kommen die nicht nachhaltige Land- und Wassernutzung, die Versauerung der Meere, die Destabilisierung der Stickstoff- und Phosphorkreisläufe, das Artensterben oder die chemische Verschmutzung. Geht es in demselben Tempo weiter wie heute, so sind bereits in wenigen Jahren oder Jahrzehnten katastrophale Folgen für Mensch und Natur zu befürchten. Wird nichts gegen den Klimawandel unternommen, werden einige Weltgegenden regelrecht unbewohnbar. Erwärmt sich der Planet bis 2100 um 4°C – was angesichts der gegenwärtigen Klimapolitik nicht unwahrscheinlich ist – würde 70% der Menschheit (7 Milliarden Menschen) tödlichem Hitzestress ausgesetzt werden.[\[1\]](#)

Bereits heute leiden Millionen von Menschen unter den bereits spür- und messbaren Folgen des Klimawandels. Der ökologische Zusammenbruch ist somit bereits in vollem Gange und vieles kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Trotzdem ist Fatalismus fehl am Platz. Das Schlimmste kann noch verhindert werden, vorausgesetzt man packt das Problem an seinen Wurzeln. Hierfür braucht es jedoch eine Analyse der Ursachen der Umweltzerstörung und eine Diskussion über politische Strategien, um diese zu bekämpfen. Dieses Papier hat zum Ziel, einige Grundlagen dazu zu liefern.

Kapitalismus der fossilen Brennstoffe

Dass die Ökosysteme der Erde ins Wanken geraten sind, hat seine Wurzeln in sozioökonomischen Verhältnissen. Es ist somit nicht eine angeblich dem Menschen angeborene Gier, welche das zerstörerische Verhältnis zur Natur hervorgebracht hat. Als Ursache kann auch nicht das Bevölkerungswachstum genannt werden, wie es viele Kreise tun. Vielmehr gilt es, den Blick auf die kapitalistische Produktionsweise zu richten, welche mit ihrer Profitlogik sowohl Mensch als auch Natur ausbeutet. Einen „grünen Kapitalismus“ kann es nicht geben.

Die Umweltzerstörung hat somit sehr viel mit Macht- und Ausbeutungsstrukturen zu tun. So sind die 100 grössten Unternehmen für ganze 71% der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich.[\[2\]](#) Es sind vor allem die ärmsten Bevölkerungsgruppen, welche vom globalen Klimawandel und der ökologischen Zerstörung am stärksten betroffen sind. Das gilt einerseits für Menschen aus dem globalen Süden, jedoch auch für Lohnabhängige in industrialisierten Ländern, welche als Arbeiter*innen oder Konsument*innen von der Verschmutzung von Wasser, Luft und Nahrung, den sich verschlechternden Hygienebedingungen oder den steigenden Unwetterrisiken am stärksten betroffen sind.

Im 19. Jahrhundert beschrieb Karl Marx, wie die Entwicklung der modernen kapitalistischen Landwirtschaft schon damals nicht nur die Produktivität steigerte, sondern auch gleichzeitig Mensch und Natur in bislang ungewohnten Ausmassen ausbeutete. Er sprach in diesem Zusammenhang von einem grundsätzlichen Bruch im Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, der mit den kapitalistischen Produktionsbedingungen herbeigeführt wurde. Dieser Bruch hat sich seither drastisch verschärft und zerstört nicht nur die Natur, sondern bringt auch das Leben von Millionen von Menschen in Gefahr.[\[3\]](#)

Die heute zu beobachtende Umweltzerstörung ist somit das Resultat einer seit 200 Jahren vorherrschenden kapitalistischen Akkumulationslogik. Diese wurde und wird bis heute durch die Ausbeutung und Verbrennung von fossilen Brennstoffen angetrieben. Deren masslose Ausbeutung hat den globalen Kohlenstoffkreislauf grundlegend verändert, indem Kohlenstoff,

das während Jahrmmillionen im Erdinnern gespeichert wurde, innert zwei Jahrhunderten durch Verbrennung in Form von CO₂ in die Atmosphäre gelangte. So beträgt die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre mittlerweile 410 Parts per Million (ppm) im Vergleich zu ca. 280 ppm in vorindustriellen Zeiten. Diese hat bereits zu einer globalen Erderwärmung von ca. 1°C geführt und selbst bei einem sofortigen Stopp der Treibhausgasemissionen würde sich der Planet weiter erhitzen.

Somit wird deutlich, dass nur eine grundlegende Veränderung der Art und Weise wie produziert und konsumiert wird die Umweltzerstörung stoppen und den Menschen eine menschenwürdige Existenz unter den neuen ökologischen Bedingungen ermöglichen kann. Nur eine Überwindung der Profitlogik kann den Bruch im Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur wieder schliessen. Daraus folgt, dass Fragen der sozialen Gerechtigkeit Teil des ökologischen Kampfes sein müssen und umgekehrt. Werden die sozialen und ökologischen Dimensionen nicht miteinander verknüpft, so bleiben die Eigentums-, Macht- und Ausbeutungsverhältnisse unangetastet und die Grundursache des Problems wird nicht angegangen.

Scheitern der neoliberalen Umweltschutzpolitik

Seit gut 25 Jahren ist der Klimawandel nun schon Thema von nationalen und internationalen Institutionen. Mit der Unterzeichnung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen im Jahr 1992 wurde die „nachhaltige Entwicklung“ zu einem erklärten Ziel der sogenannten internationalen Gemeinschaft. Mehr als ein Vierteljahrhundert später ist jedoch nicht mehr von der Hand zu weisen, dass die internationale Klimapolitik gescheitert ist. Auch das vielerorts gefeierte Pariser Klimaabkommen von 2015 hat nichts daran geändert. Es ist vielmehr Ausdruck einer neoliberalen Klimapolitik, welche seit Jahrzehnten die Quadratur des Kreises sucht und grenzenloses Wachstum mit ökologischer Nachhaltigkeit zu verbinden versucht. Sogar der Weltklimarat, der wissenschaftliche Ausschuss der UNO für Klimafragen, schätzt die Einhaltung des angestrebten 1,5°C-Ziels mittlerweile für nahezu unmöglich ein.[\[4\]](#)

Vorschläge, wie Profitlogik und Umweltschutz doch noch unter einen Hut zu bringen sind, gibt es viele. In sozialdemokratischen und linksliberalen Kreisen wird häufig die Idee eines „Green New Deal“ vorgebracht, welcher in „nachhaltigen“ Wirtschaftszweigen neue Wachstumschancen sieht, sofern diese durch staatlich angeregte Investitionen gefördert werden. Diese Vorschläge sind nicht nur umweltpolitisch gefährlich, da sie nicht an der kapitalistischen Profitlogik rütteln. Sie verkennen auch die aktuelle politische Konjunktur, da in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen und anhaltender Wirtschaftskrisen die Entstehung einer koordinierten Antwort auf die Umweltkatastrophe durch die herrschenden Klassen nicht absehbar ist.

Deshalb sind bislang vor allem militaristische und neokoloniale Antworten auf die Umweltkatastrophe zu beobachten. Diese verschärfen die soziale Unterdrückung, heizen geopolitische Spannungen an und verhindern die Entstehung gesellschaftlicher Alternativen. So integrieren die grossen Streitkräfte aller imperialistischen Länder seit Jahrzehnten die Folgen des Klimawandels in ihre strategische Planung. Die als „humanitär“ klassifizierten Einsätze der US-Streitkräfte nach dem Erdbeben in Haiti oder dem Taifun auf den Philippinen lassen erahnen, wie in einem von zunehmenden Unwettern heimgesuchten Planeten militärische Einsätze zur Kontrolle und Repression der Bevölkerung und Stabilisierung von autoritären Regierungen unter dem Deckmantel des „Humanitarismus“ durchgeführt werden. Während also die sozialen und ökologischen Ungleichheiten mit der Umweltzerstörung zunehmen, werden die Grenzen zunehmend kontrolliert und die Bewegungsfreiheit von betroffenen Bevölkerungsschichten eingeschränkt. Hinzu kommen zunehmende imperialistische Konflikte um Ressourcen, sei es im Bereich der Fischereirechte im Meer vor Westafrika, im südchinesischen Meer oder um Erdölreserven in der Arktis.[\[5\]](#)

Ökosozialistische Alternative

Zur Bekämpfung der Umweltzerstörung reicht es nicht aus, an die ethische Verantwortung individueller Konsument*innen zu appellieren. Es braucht vielmehr eine gänzlich andere Art zu produzieren und konsumieren, was nur geschehen kann, wenn die Beziehungen der Menschen zueinander grundlegend umgestaltet werden. Eine Gesellschaft, die auf der Ausbeutung der lohnabhängigen Mehrheit beruht und diese von der Entscheidung über die Art und Weise wie und was produziert wird ausschliesst, kann auch keinen respektvollen Umgang zur Natur aufbauen. Nur eine radikale Demokratisierung aller Lebensbereiche und eine kollektive Kontrolle und Verwaltung der gesellschaftlichen Ressourcen bietet einen Ausweg aus der Umweltzerstörung. Durch die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel und deren basisdemokratische Kontrolle müssen Güter und Dienstleistungen nicht mehr nach dem Kriterium der Rentabilität produziert werden. Das Ziel einer solchen Gesellschaft wäre die Befriedigung realer Bedürfnisse unter Einhaltung ökologischer Grenzen.

Eine solche ökosozialistische Alternative zielt auf die Bekämpfung aller sozialer Gegensätze (Geschlecht, Klasse, Ethnien etc.), die Abschaffung des Privateigentums an natürlichen Ressourcen (Land, Wasser, Wälder, Meeresressourcen) und Wissen sowie den Aufbau einer an gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht an profitorientierten Produktionsweise.

Grundsätze und Forderungen

Der Kampf gegen die Umweltzerstörung und den Klimawandel verlangt ungewohnt rasche und radikale Massnahmen. Sollen die internationalen Klimaziele eingehalten werden, muss bis spätestens 2050 komplette Treibhausgasneutralität erreicht werden und die Nutzung fossiler Energieträger komplett gestoppt werden. Ein Umstieg auf nachhaltige Energieträger und eine Verbesserung der Energieeffizienz reicht hierfür nicht aus. Gleichzeitig braucht es eine Reduktion der materiellen Produktion, indem die Arbeitszeit radikal verkürzt wird und die Herstellung von umweltschädlichen und unnützen Gütern gestoppt wird. Ein solcher Übergang muss unter demokratischer Kontrolle geschehen, die öffentlichen Güter stärken und allen die Möglichkeit geben, an kollektiven Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Ziel sollte eine gerechte Transition sein, welche die Erfüllung der realen Bedürfnisse anstrebt, den Reichtum radikal umverteilt und allen das Recht auf ein gesundes Leben zugesteht.

Diesen Grundsätzen folgend hat die BFS folgende kurz- und mittelfristige Forderungen, welche nicht als reines Reformprogramm zu verstehen sind, sondern eine Brücke vom Hier und Jetzt hin zu einer radikalen Gesellschaftlichen Umwälzung schlagen sollen:

1. Rascher Ausstieg aus fossilen Brennstoffen

- Der fossilen Abhängigkeit ein Ende setzen: Um die Klimaziele einzuhalten, darf ein Grossteil der verbliebenen Vorkommen an fossilen Brennstoffen nicht ausgebeutet werden. Es braucht deshalb einen durch die öffentliche Hand regulierten Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, ohne dabei auf andere ebenso umweltschädliche und gefährliche Technologien zurückzugreifen.
- Keine Scheinlösungen: Es genügt nicht, auf Emissionsbegrenzungen und Effizienzsteigerungen zu setzen. Die Verwendung fossiler Energieträger, insbesondere von Verbrennungsmotoren, muss kurz- und mittelfristig drastisch reduziert, längerfristig durch andere Technologien ersetzt werden. Technologien wie Geo-Engineering, Agrartreibstoffe oder Carbon Capture and Storage bieten keine Lösungen.

2. Eine demokratische und öffentliche Gestaltung unserer Lebensgrundlagen

- Umweltschutz und globale Klimagerechtigkeit sind mit neoliberaler Politik und Privatisierungen unvereinbar. Wichtige Güter und Ressourcen wie Wasser, Luft, Land und Saatgut müssen zu Gemeingütern werden und nach sozialen und ökologischen Kriterien gemeinsam gestaltet werden.
- Für eine erneuerbare und solidarische Energieversorgung: Es braucht einen raschen Übergang zu erneuerbaren Energiequellen und zu einer CO₂-neutralen Gesellschaft. Die Energieproduktion muss dezentralisiert und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Der Ausstieg aus der Atomenergie muss rasch erfolgen.

3. Anders produzieren und konsumieren

- Bedürfnisorientierung statt Profite: Nicht Wachstum und Profit für Wenige, sondern die Bedürfnisse Aller und der Schutz der Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen müssen im Zentrum unserer Produktions- und Konsumtionsweise stehen. Die materielle Produktion muss stark reduziert werden, indem umweltschädliche Güter verboten werden und die Nachfrage nach solchen Gütern beispielsweise durch das Verbot von Werbung reduziert wird. Gleichzeitig können treibhausgasarme Dienstleistungen im Bereich der Sorgearbeit und der Bildung ausgebaut werden.
- Regionale Wirtschaftskreisläufe: Wenn immer möglich und ökologisch sinnvoll, muss regionalen Wirtschaftskreisläufen gegenüber dem globalen Handel den Vorrang gegeben werden.
- Unternehmen enteignen: Global tätige Unternehmungen, die Produkte importieren und/oder exportieren müssen dazu verpflichtet werden, die Menschenrechte sowie die sozialen Rechte überall zu respektieren. Umweltschädliche Verfahren und Technologien müssen nicht nur in der Schweiz verboten werden, sondern global. Dies ist nur möglich, wenn diese Konzerne enteignet und unter Kontrolle der Beschäftigten und der Öffentlichkeit gestellt werden.

4. Umbau der landwirtschaftlichen Produktion und Ernährungssouveränität

- Aufbau einer agrarökologischen Landwirtschaft: Umweltschädliche Pflanzenschutzmittel und Biopatente müssen abgeschafft werden. Der Treibhausgasausstoß durch die Agrarwirtschaft muss vermindert werden, indem die Massentierhaltung und die Verwendung synthetischer Düngemittel stark reduziert wird. Durch eine tierfreundliche, nicht intensive Landwirtschaft kann zusätzliches Agrarland für die Herstellung biologischer und gesunder Nahrungsmittel gewonnen werden und ein Beitrag zur Bindung von CO₂ aus der Atmosphäre geleistet werden.
- Ernährungssouveränität: Das Ziel der landwirtschaftlichen Produktion sollte darin liegen, die hier lebende Bevölkerung zu versorgen und ihr die Kontrolle über die Nahrungsmittelproduktion zurückzugeben. Subventionierte Nahrungsmittelexporte müssen ebenso wie Tierfuttermittelimporte verboten werden. Die Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Produzent*innen von Agrarkonzernen und Grossverteilern muss beendet werden, indem landwirtschaftliche Betriebe, die nach sozialen und ökologischen Kriterien produzieren, unterstützt werden.

5. Umweltverträgliche Verkehrspolitik

- Für einen unentgeltlichen und öffentlichen Verkehr: Die Förderung öffentlicher Verkehrsmittel muss oberste Priorität haben. Das Recht auf öffentliche und kostenlose Mobilität in allen Regionen muss gesetzlich verankert werden.
- Neue Mobilitätskonzepte: Der motorisierte Individualverkehr muss durch öffentliche Transportmittel ersetzt werden. Dies gilt vor allem für den Einkaufs-, Freizeit- und Tourismusverkehr. Die Arbeitswege müssen wenn immer möglich verkürzt werden. Dies bedeutet eine gänzlich neue Raumplanung, die der Zersiedelung Einhalt gebietet und günstigen Wohnraum für alle schafft.
- Flug- und Schiffsverkehr: Kurzfristig müssen fossile Treibstoffe stark besteuert werden, mittelfristig ist eine radikale Einschränkung des internationalen Schiffsverkehrs sowie eine Abschaffung eines Grossteils des Flugverkehrs unabdingbar.

6. Internationale Solidarität und Anpassung an den Klimawandel!

- Die Verantwortlichen zur Kasse bitten: Der Klimawandel hat globale Ursachen und bedingt in der Folge globale Verantwortung. Da die Regierungen und Konzerne der imperialistischen Länder stärker für den Klimawandel verantwortlich sind, müssen sie bei der Bewältigung dieser Probleme auch die Hauptlast tragen und imperialistisch ausgebeutete Länder und Regionen finanziell unterstützen.
- Klimawandel als legitimer Fluchtgrund: Insbesondere Menschen im globalen Süden sind aktuell von den harscheren Klimabedingungen betroffen, was zur Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen führt. Diesen Folgen muss auf solidarische Weise begegnet, indem die Folgen des Klimawandels als Fluchtgrund anerkannt werden, Fluchtwege geöffnet und die militarisierten Grenzregimes gestoppt werden.

7. Für eine solidarische und gleichberechtigte Gesellschaft

- Es gibt kein Umweltschutz ohne soziale Gerechtigkeit. Um wirksam für eine klimagerechte Zukunft einzustehen, müssen wir für soziale Gerechtigkeit und somit für eine Umverteilung des Reichtums eintreten.
- Arbeitszeitverkürzung: Damit mehr Zeit für Sorgearbeit und Erholung vorhanden ist und sich jede*r an der Gestaltung des öffentlichen Lebens beteiligen kann.

Perspektiven der politischen Intervention

Indessen muss festgestellt werden, dass zwischen der Dringlichkeit einer derartigen Alternative und den politischen Kräfteverhältnissen eine grosse Kluft liegt. Diese Kluft ist auch das Resultat einer zunehmenden Rechtsentwicklung, von grösser werdenden imperialistischen Spannungen, von Sozialabbau, Prekarisierung der Lohnabhängigen und einer Krise der radikalen Linken.

In der Schweiz ist diese Kluft besonders gross. Die Vorschläge der institutionellen Linken (Sozialdemokratie und Grünen) sowie einer Vielzahl von NGOs sind vollkommen ungenügend, vonseiten der Gewerkschaften ist in Sachen Umweltschutz nichts zu hören. Doch selbstverständlich gäbe es auch in der Schweiz viel zu tun. Bei der weltweiten Umweltzerstörung spielen Schweizer Unternehmen eine bedeutende Rolle. Die CO₂-Bilanz des Schweizer

Finanzsektors beträgt ungefähr 1 Mrd. Tonnen CO₂-Äquivalente, das entspricht dem 22-fachen des inländischen Treibhausgasausstosses.[6] Hinzu kommen Agrarkonzerne, Rohstoff- und Zementunternehmen sowie Reedereien, die aus der Ausbeutung von Mensch und Umwelt besonders grossen Profit schlagen.

Die BFS hat zum Ziel, in der Schweiz eine breit abgestützte Bewegung für Klimagerechtigkeit und einen raschen Ausstieg aus fossilen Energieträgern aufzubauen. Um erfolgreich zu sein, muss eine solche Bewegung Anknüpfungspunkte mit anderen Kämpfen suchen und soziale und ökologische Themen miteinander verbinden. Unsere politische Aktivität hat demzufolge folgende Leitplanken:

Bewegungen, die einen raschen und gerechten **Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger** sowie der Atomkraft fordern, müssen unterstützt werden. Dazu gehören Desinvestitionskampagnen aber auch Blockade-Aktionen wie „Ende Gelände“ in Deutschland oder die Climate Games in Basel.

Eine ökosozialistische Politik in der Schweiz muss entschieden **internationalistisch** sein, sich mit den weltweiten Kämpfen gegen die Umweltzerstörung solidarisieren, die Ausbeutung von Mensch und Umwelt durch Schweizer Konzerne bekämpfen und für eine internationale Klima- und Umweltschutzpolitik eintreten, welche die Interessen der besonders betroffenen Menschen in den Mittelpunkt stellt. Hier bestehen wichtige Anknüpfungspunkte zu antirassistischen Bewegungen und zu Kämpfen gegen die gegenwärtige Migrationspolitik.

Eine ökologische Transition erfordert die **Stärkung des Service Public** und die Demokratisierung des öffentlichen Lebens sowie der Produktionsmittel. Kämpfe gegen Sozialabbau und für ein starkes öffentliches Bildungs- und Gesundheitswesen sind auch aus ökologischer Sicht von grosser Bedeutung, auch im Hinblick auf die notwendige Anpassung an die Folgen der Umweltzerstörung.

[1] <http://www.ramanathan.ucsd.edu/files/FULLlowresWellUnder2DegreesDigitalVer.pdf>

[2] <https://www.theguardian.com/sustainable-business/2017/jul/10/100-fossil-fuel-companies-investors-responsible-71-global-emissions-cdp-study-climate-change>

[3] Zu Marx und Ökologie siehe z. B.: Foster, John Bellamy: Die ökologische Revolution – Frieden zwischen Mensch und Natur, Hamburg 2014.

[4] Hänggi, Marce: Null Öl, null Kohle, null Gas, Zürich 2018.

[5] Zu diesem Abschnitt siehe: Miller, Todd: Storming the Wall, San Francisco 2017; Valentin, Jean-Michel: Géopolitique d'une planète dérégulée, Paris 2017.

[6] <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/wirtschaft-konsum/mitteilungen.msg-id-59285.html>

4.3 Michael Löwy: Was ist Ökosozialismus? (2011)

Kapitel 1 aus seinem Buch «Ökosozialismus», S. 23-41.

Die Luftverschmutzung in den Großstädten, die Verunreinigung des Trinkwassers und die Umweltverschmutzung ganz allgemein haben exponentielle Zuwächse. Der gesamte Planet erwärmt sich, das Eis der beiden Polarkappen (Grönlandeis und Antarktis) schmilzt, die »naturbedingten« Überschwemmungen vervielfachen sich. Die Zerstörung der Ozonschicht, welche die Erdatmosphäre umgibt, hat begonnen. Mit beschleunigter Geschwindigkeit werden die tropischen Regenwälder zerstört, und die Biodiversität verringert sich auf vergleichbar rasante Weise durch das Aussterben von Tausenden von Tierarten. Die Böden trocknen aus, es kommt zur Desertifikation, der Ausweitung der Wüsten. Abfälle häufen sich an, insbesondere atomare Abfälle, die unmöglich sicher deponiert werden können, sei es auf den Kontinenten oder unter dem Meeresspiegel der Ozeane. Die atomaren Unfälle vermehren sich, und wir leben unter der ständigen Bedrohung eines neuen Tschernobyl. Die Lebensmittel werden durch Pestizide und andere giftige Substanzen verschmutzt – nicht zu reden von genetischer Manipulation, vom »Rinderwahnsinn« oder den Hormonfleisch-Skandalen ...

All diese Warnblinkanlagen stehen auf Rot: Es ist offensichtlich, dass uns das verrückte Wettrennen nach Profiten, die produktivistische und merkantilistische Logik in ein ökologisches Desaster von unvorhersehbaren Ausmaßen führen. Man gibt sich keineswegs einem Katastrophismus hin, wenn man feststellt, dass die unbegrenzte Dynamik des »Wachstums«, welche die kapitalistische Expansion mit sich bringt, die Grundlagen des menschlichen Lebens auf diesem Planeten auszulöschen droht.⁹

9 Vgl. zu diesem Thema das exzellente Buch von Joel Kovel: *The Enemy of Nature. The end of capitalism or the end of the world?* (Der Feind der Natur. Das Ende des Kapitalismus oder das Ende der Welt?), Zed Books, New York 2002.

Die MarxistInnen und die Ökologie

Wie soll auf diese Gefahr reagiert werden? Der Sozialismus und die Ökologie – oder zumindest einige ihrer Strömungen – haben gemeinsame Ziele, welche die Verselbstständigung der Ökonomie, die Herrschaft der Quantifizierung, die Produktion um der Produktion willen, die Diktatur des Geldes, die Verringerung des sozialen Raumes aufgrund von Rentabilitätskalkulierungen und Notwendigkeiten der Kapitalakkumulation infrage stellen. Sozialismus und Ökologie bestehen beide auf der Forderung nach qualitativen Werten: dem Gebrauchswert, der Befriedigung der Bedürfnisse, der sozialen Gleichheit für die einen, der Rettung der Natur und des ökologischen Gleichgewichts für die anderen. Beide haben ein Verständnis von Ökonomie als »eingebettet« in Umweltrahmenbedingungen, sozialen für die einen, natürlichen für die anderen. Die ökologische Frage ist, meines Erachtens, die große Herausforderung für eine Erneuerung des marxistischen Denkens im 21. Jahrhundert. Sie fordert von den MarxistInnen eine tiefgreifende, kritische Revision ihrer traditionellen Konzeption der »Produktivkräfte« ebenso wie einen radikalen Bruch mit der Ideologie des linearen Fortschritts und mit dem technologischen sowie ökonomischen Paradigma der modernen Industriegesellschaft. Der deutsche Philosoph Walter Benjamin war einer der ersten Marxisten im 20. Jahrhundert, der sich solche Fragen gestellt hat. Schon 1928 verurteilte er in seinem Buch *Einbahnstraße* den Gedanken der Naturbeherrschung als eine »imperialistische Lehre« und schlug eine Neukonzeption der Technik vor: nicht mehr Beherrschung der Natur durch den Menschen, sondern »Beherrschung der Beziehung des Verhältnisses zwischen Natur und Menschheit«. Einige Jahre später bereicherte er den historischen Materialismus in seinen Thesen »Über den Begriff der Geschichte« (1940) mit den Ideen von Charles Fourier, jenem utopischen Visionär, der sich »eine Arbeit« erträumte, »die, weit davon entfernt, die Natur auszubeuten, von den Schöpfungen sie zu entbinden imstande ist, die als mögliche in ihrem Schoße schlummern«.¹⁰

10 Walter Benjamin: *Einbahnstraße*, 1928, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1955, sowie Walter Benjamin: »Über den Begriff der Geschichte«, in ders.: *Gesammelte Schriften*, Bd. I/2, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1974, S. 691–704, hier S. 699.

Noch heute hat der Marxismus seinen Rückstand in diesem Bereich längst nicht aufgeholt. Es sind jedoch inzwischen theoretische Anstrengungen unternommen worden, die einen Anfang darstellen, sich an diese Aufgabe zu machen. Ein vielversprechender Weg wurde vom Ökologen und »polanyistisch-marxistischen«¹¹ Amerikaner James O'Connor eröffnet: Er fügte dem ersten von Marx untersuchten Widerspruch des Kapitalismus, dem zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, einen zweiten hinzu, nämlich den Widerspruch zwischen Produktivkräften und *Produktionsbedingungen* – das heißt den ArbeiterInnen, dem städtischen Raum und der *Natur*, so jedenfalls entwickelte es O'Connor. Durch seine expansionistische Dynamik gefährdet oder zerstört das Kapital seine eigenen Bedingungen, zuallererst die natürliche Umwelt. Das sei eine Gefahr, die Marx nicht ausreichend mitberücksichtigt habe.¹²

Ein weiterer interessanter Ansatz kommt von Tiziano Bagarolo, einem italienischen »Ökomarxisten«, der in einem seiner jüngsten Texte schrieb:

»Die Formel, nach der sich eine Transformation potenzieller Produktivkräfte in reale Destruktivkräfte vor allem in Bezug auf die Umwelt vollzieht, erscheint uns angemessener und bedeutsamer

Man kann an dieser Stelle auch den österreichischen sozialistischen Theoretiker Julius Dickmann anführen, den Autor eines 1933 in der französischen Zeitschrift *La Critique sociale* veröffentlichten Pionieraufsatzes: Nach Dickmann wäre der Sozialismus das Ergebnis nicht etwa einer »Explosion der Produktivkräfte«, sondern eine Notwendigkeit, die durch die »Sicherung des Bestands an natürlichen Ressourcen« bedingt ist, die durch das Kapital verschwendet wurden. Die »irrationale« Entwicklung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus untergräbt die Existenzbedingungen der gesamten Menschheit; vgl. »Die wirkliche Grenze der kapitalistischen Produktion«, in: *La Critique sociale*, Nr. 9, September 1933.

- 11 A. d. Ö.: Karl Paul Polanyi (1886–1964): ungarischer Ökonom und Historiker. Gegner traditioneller ökonomischer Theorien. Gilt als Begründer des Substantivismus, einer kulturell bestimmten Ökonomie, die in eine jeweilige Gesellschaft und Kultur integriert ist. Sein Ansatz diente der Untersuchung der Wirtschaft des vorkolumbianischen Amerika oder des alten Mesopotamien. Er wurde zu einem Modell für die historische Soziologie. Wichtigstes Werk: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Erstv.: 1944, hier Suhrkamp TB, Frankfurt/M. 1978.
- 12 James O'Connor: »La seconde contradiction du capitalisme: causes et conséquences« (Der zweite Widerspruch des Kapitalismus: Ursachen und Auswirkungen), in: *Actuel Marx* (Marx aktuell), Nr. 12: »L'écologie, ce matérialisme historique« (Die Ökologie als historischer Materialismus), Paris 1992, S. 30 und S. 36.

als das altbekannte Schema des Widerspruchs zwischen (dynamischen) Produktivkräften und (den sie in Ketten haltenden) Produktionsweisen. Übrigens erlaubt es uns diese Formulierung zudem, der ökonomischen, technologischen und wissenschaftlichen Entwicklung eine kritische und nicht apologetische Grundlage zu verleihen und von daher ein »differenziertes« (E. Bloch) Fortschrittskonzept zu entwerfen.«¹³

Ob nun marxistisch oder nicht: In Europa ist die traditionelle Arbeiterbewegung – Gewerkschaften, sozialdemokratische und kommunistische Parteien – noch immer tief geprägt von der Fortschrittsideologie und dem Produktivismus. Bei mehreren Anlässen hat sie, ohne sich groß Fragen zu stellen, die Atomenergie oder die Autoindustrie verteidigt. Gleichwohl hat sie mittlerweile eine Anfangssensibilität für die Ökologie entwickelt, deren Gedankengänge sich vor allem in den Gewerkschaften und Linksparteien der nordeuropäischen Länder, in Spanien und in Deutschland usw. verbreitet haben.

Die Sackgassen des Ökologismus

Der wertvollste Beitrag der Ökologie war – und ist noch immer – die Bewusstmachung über die den Planeten bedrohenden Gefahren, welche die Folge der gegenwärtigen Produktionsweise und der ihr entsprechenden Konsumvorstellungen sind. Die exponentielle Steigerung zerstörerischer Eingriffe in die Umwelt sowie die zunehmende Bedrohung eines Bruchs des ökologischen Gleichgewichts bestimmen ein Katastrophenszenario, das die Frage nach dem Überleben der Menschen auf der Erde überhaupt stellt. Wir sind mit einer *Zivilisationskrise* konfrontiert, welche radikale Veränderungen erfordert.

Unglücklicherweise waren die von den vorherrschenden Strömungen der europäischen politischen Ökologie vorgebrachten Vorschläge bisher sehr unzureichend und endeten in einer Sackgasse. Ihre grundlegende Schwäche liegt in der Nichtberücksichtigung des Zusammenhangs zwischen Produk-

13 Tiziano Bagarolo: »Encore sur marxisme et écologie« (Noch einmal über Marxismus und Ökologie), in: *Quatrième Internationale* (Vierte Internationale), Nr. 44, Paris, Mai-Juli 1992, S. 25.

tivismus und Kapitalismus. Die Negierung dieser Verbindung zwischen beiden gleichermaßen bedeutsamen Faktoren führt zur Illusion eines »sauberen Kapitalismus«; oder auch zur Vorstellung, dass es möglich und wünschenswert sei, den Kapitalismus zu reformieren, um dessen »Exzesse« zu kontrollieren (so könne er beispielsweise durch Ökosteuern korrigiert werden). Die Mehrheitsströmungen der politischen Ökologie halten die bürokratisch-dirigistischen Ökonomien und die produktivistischen Ökonomien des Westens für gleich gefährlich: Für sie sind Kapitalismus und »Sozialismus« zwei Seiten derselben Medaille, sie betrachten sie als Varianten desselben Modells. Doch diese Argumentation hat seit dem Zusammenbruch des sogenannten »Realsozialismus« viel an Interesse verloren.

Die ÖkologistInnen täuschen sich, wenn sie denken, sie könnten die Ökonomie von der Marx'schen Kritik des Kapitalismus trennen. Eine Ökologie, die sich über den Zusammenhang zwischen Produktivismus und der Profitlogik keine Rechenschaft ablegt, wird scheitern müssen – oder schlimmer noch: Sie ist der Integration durch das System ausgeliefert. Die Beispiele hierfür sind zahlreich. Die Abwesenheit einer kohärenten antikapitalistischen Position hat die meisten europäischen grünen Parteien – vor allem in Frankreich, Deutschland, Italien und Belgien – zu einfachen »öko-reformistischen« Partnern der sozialliberalen Verwaltung des Kapitalismus durch Mitte-Links-Regierungen gemacht.

Indem sie die ArbeiterInnen als unveränderbar dem Produktivismus verfallen betrachten, geraten einige ÖkologistInnen in eine Sackgasse, was die Arbeiterbewegung anbetrifft, und schreiben sich die Parole »Weder links noch rechts« auf ihre Fahnen. Ex-Marxisten, die zur Ökologie übergelaufen sind, erklären hastig ihren *Abschied vom Proletariat*, wie etwa André Gorz (Frankfurt/M. 1980), während andere wie Alain Lipietz darauf insistieren, dass die früheren AnhängerInnen des Proletariats das »rote Lager« verlassen – das heißt den Marxismus oder den Sozialismus – und vollständig dem »grünen Lager« beitreten sollten, das wie ein neues Paradigma gesehen wird und aus dem die Antwort auf alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme erwachsen soll.

Schließlich zeichnet sich bei den sogenannten fundamentalistischen Bewegungen oder in der *Deep Ecology* unter dem Vorwand der Bekämp-

fung einer zerstörerischen menschlichen *Hybris* und des Anthropozentrismus eine Verweigerungshaltung gegenüber dem Humanismus ab, die zu relativistischen Positionen führt. Diese tendieren dazu, alle lebenden Arten gleichzusetzen. Muss man wirklich glauben, dass der Tuberkulose auslösende Koch-Bazillus oder die Anopheles-Malariamücke dasselbe Lebensrecht haben wie ein an Tuberkulose oder Malaria erkranktes Kind?

Der Ökosozialismus

Was also ist genau Ökosozialismus? Es handelt sich um eine ökologische Theorie- und Aktionsströmung, die sich die grundlegenden Errungenschaften des Marxismus zu eigen macht und sich dessen Schlacken entledigt. Für die ÖkosozialistInnen ist die Logik des Marktes und des Profits – ebenso wie der bürokratische Autoritarismus, der den »Realsozialismus« antreibt – unvereinbar mit den Forderungen zum Schutz der natürlichen Umwelt. Auch wenn sie die Ideologie der vorherrschenden Strömungen der Arbeiterbewegung kritisieren, wissen die ÖkosozialistInnen, dass die ArbeiterInnen und ihre Organisationen eine grundlegende Kraft für jede radikale Systemveränderung und für die Entstehung einer neuen sozialistischen und ökologischen Gesellschaft darstellen.

Der Ökosozialismus hat sich im Wesentlichen in den letzten dreißig Jahren entwickelt, dank der Arbeiten von Denkern wie Manuel Sacristán, Raymond Williams, Rudolf Bahro (in dessen Frühschriften) und André Gorz. Des Weiteren dank wertvoller Beiträge von James O'Connor, Barry Commoner, John Bellamy Foster, Joel Kovel (Vereinigte Staaten), Juan Martínez-Alier, Francisco Fernandez Buey, Jorge Riechmann (Spanien), Jean-Paul Deléage, Jean-Marie Harribey (Frankreich), Elmar Altvater, Frieder Otto Wolf (Deutschland) und vielen anderen, die sich in einem Netzwerk von Zeitschriften wie etwa *Capitalism*, *Nature*, *Socialism*, *Ecologia Política* usw. ausdrücken.

Diese Strömung ist weit davon entfernt, politisch homogen zu sein, aber die meisten ihrer RepräsentantInnen teilen gemeinsame Ideale: Alle haben mit der produktivistischen Ideologie des Fortschritts – in ihrer kapitalistischen und/oder bürokratischen Form – gebrochen und setzen sich gegen die unendliche Expansion einer Produktionsweise sowie ein die Natur zerstörendes Konsumregime zur Wehr. Diese Strömung stellt einen authentischen

Versuch dar, grundlegende Gedanken des marxistischen Sozialismus mit den Errungenschaften der ökologischen Kritik zu verbinden.

James O'Connor bezeichnet Theorien und Bewegungen dann als öko-sozialistisch, wenn sie darauf abzielen, den Tauschwert dem Gebrauchswert unterzuordnen und die Produktion nach den sozialen Bedürfnissen sowie den Erfordernissen des Umweltschutzes zu organisieren. Das gemeinsame Ziel, ein ökologischer Sozialismus, soll sich als rational-ökologische Gesellschaft darstellen, die auf demokratischer Kontrolle, sozialer Gleichheit und der Vorherrschaft des Gebrauchswerts basiert.¹⁴ Ich würde hinzufügen, dass eine solche Gesellschaft das kollektive Eigentum an Produktionsmitteln voraussetzt sowie eine demokratische Planung, die es der Gesellschaft ermöglicht, die Produktionsziele, die Ziele der Investitionen und eine neue technologische Struktur der Produktivkräfte zu definieren. Anders gesagt: Es braucht eine revolutionäre Umwälzung auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene.¹⁵

Die ökosozialistische Theoriebildung basiert auf zwei grundlegenden Elementen:

Erstens: Die gegenwärtige Produktions- und Konsumptionsweise der entwickelten kapitalistischen Länder, die auf einer unbegrenzten Akkumulationslogik (des Kapitals, der Profite, der Waren), der Verschwendung natürlicher Ressourcen, dem statusorientierten Vorzeigekonsum und der beschleunigten Umweltzerstörung gründet, darf sich auf keinen Fall auf den gesamten Planeten ausweiten, wenn eine Krise von größtem Ausmaß vermieden werden soll. Nach bereits veralteten Berechnungen würden die bekannten

14 James O'Connor: *Natural Causes. Essays in Ecological Marxism* (Natürliche Ursachen. Essays über ökologischen Marxismus), The Guildford Press, New York 1998, S. 278 und 331.

15 John Bellamy Foster vertritt das Konzept der »ökologischen Revolution«, aber er führt aus: »Eine ökologische Revolution auf planetarischer Ebene, die diesen Namen verdient, kann nur im Rahmen einer sozialen – und ich wiederhole: sozialistischen – Revolution in umfassenderem Sinne stattfinden. Eine solche Revolution [...] würde, wie das Marx hervorgehoben hat, erfordern, dass die Vereinigung der ProduzentInnen auf rationale Weise das Verhältnis des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur reguliert [...]. Sie muss sich von den Ideen William Morris', Gandhis und anderen radikalen, revolutionären und materialistischen Persönlichkeiten, darunter Marx selbst, und bis zurück zu Epikur, leiten lassen; vgl. John B. Foster: »Organizing Ecological Revolution«, in: *Monthly Review*, 57. Jg., Nr. 5, New York 2005, S. 9 f.

Ölreserven innerhalb von *neunzehn Tagen*¹⁶ verbraucht sein, wenn man den durchschnittlichen Energiekonsum der Vereinigten Staaten auf die gesamte Weltbevölkerung verallgemeinern würde. Dieses System basiert daher notwendig auf der Aufrechterhaltung und Verschärfung schreiender Ungerechtigkeiten, zuallererst derjenigen zwischen Nord und Süd.

Zweitens: In jedem Fall bedrohen die Fortsetzung des kapitalistischen »Fortschritts« und die Ausweitung der auf der Marktökonomie basierenden Zivilisation – die bereits in sich selbst auf brutale Weise ungleich ist – mittelfristig (jede genaue Voraussage wäre willkürlich) direkt das Überleben des Menschen überhaupt. Der Schutz der natürlichen Umwelt ist daher ein Imperativ für den Menschen.

Die bornierte Rationalität des kapitalistischen Marktes mit seiner unmittelbaren Berechnung von Verlusten und Profiten steht in grundsätzlichem Gegensatz zu einer ökologischen Rationalität, welche die langen Zeitspannen natürlicher Kreisläufe mitberücksichtigt. Es handelt sich nicht darum, die »schlechten«, der Ökologie schadenden Kapitalisten den »guten«, grünen Kapitalisten entgegenzusetzen: Es ist das System selbst, das auf rücksichtslosem Wettbewerb, den Forderungen nach Rentabilität, dem Wettlauf um schnelle Profite basiert, welches das natürliche Gleichgewicht zerstört. Der sogenannte grüne Kapitalismus ist nur ein Werbetrick, ein Etikett, das auf den Verkauf einer Ware abzielt, oder im besten Falle eine lokale Initiative, die einem Tropfen auf den heißen Stein der kapitalistischen Wüste gleichkommt.

Gegen den Warenfetischismus und die Autonomisierung der Ökonomie durch den Neoliberalismus steht für die Zukunft auf dem Spiel, ob es zur Umsetzung einer »moralischen Ökonomie« im Sinne des britischen Historikers Edward P. Thompson kommt, das heißt, zu einer ökonomischen Politik, die auf nicht monetären und nicht ökonomischen Kriterien gründet, anders gesagt: ob es zu einer »wechselseitigen Durchdringung« von Ökonomie mit Ökologie, Sozialem und Politischem kommt.¹⁷

16 Maria Mies: »Liberación del consumo o politización de la vida cotidiana« (Konsumbefreiung oder Politisierung des Alltagslebens), in: *Mientras Tanto* (In der Zwischenzeit), Nr. 48, Barcelona 1992, S. 73.

17 Vgl. Daniel Bensaïd: *Marx l'intempestif* (Marx, der Unzeitgemäße), Fayard, Paris 1995, S. 385 f. und 396; sowie Jorge Riechmann: *Problemas con los frenos de emergencia?* (Probleme mit der Notbremse?), Editorial Revolución,

Partielle Reformen sind dagegen völlig unzureichend: Man muss die Mikrorationalität des Profits durch eine soziale und ökologische Makrorationalität ersetzen, was wiederum einen tatsächlichen *Zivilisationswechsel* erfordert.¹⁸ Dieser ist unmöglich ohne eine tief greifende *technologische Neuorientierung*, die auf die Ersetzung der gegenwärtigen Energiequellen durch andere, nicht verschmutzende und erneuerbare Energiequellen abzielt, wie etwa Wind- oder Sonnenenergie.¹⁹ Die erste Frage, die sich stellt, ist daher jene nach der Kontrolle der Produktionsmittel und vor allem der Investitionsentscheidungen sowie des technologischen Wandels: Die Entscheidungsmacht in diesen Bereichen muss den Banken und kapitalistischen Unternehmen entrissen werden, um sie wieder der Gesellschaft zu übertragen, die allein in der Lage ist, das Gesamtinteresse wahrzunehmen. Natürlich betrifft die radikale Veränderung nicht nur die Produktion, sondern auch die *Konsumption*. Gleichwohl liegt das Problem der bürgerlich-industriellen Zivilisation nicht in der »exzessiven Konsumtion« der Bevölkerung – wie es ÖkologInnen oft vorgeben –, und die Lösung liegt nicht in einer allgemeinen »Begrenzung« des Konsums, vor allem in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Infrage gestellt werden muss vielmehr der *Typus der gegenwärtigen Konsumtion*, der auf Luxus, Verschwendung, Warenentfremdung, Akkumulationsborniertheit basiert.

Eine Neuorganisation der gesamten Produktions- und Konsumptionsweise ist notwendig, und zwar nach Kriterien, die *nicht dem kapitalistischen Markt verhaftet* sind: den realen Bedürfnissen der Bevölkerung (ob diese nun »kreditwürdig« sind oder nicht) und dem Umweltschutz. Mit anderen Worten: Es geht um eine *Ökonomie des Übergangs zum Sozialismus* oder auch um eine in die soziale und natürliche Umwelt »wieder eingebettete« Ökonomie (wie es Karl Polanyi ausdrücken würde), welche die Folge einer

Madrid 1991, S. 15.

- 18 Siehe zu diesem Thema den bemerkenswerten Essay von Jorge Riechmann: »El socialismo puede llegar solo en bicicleta« (Der Sozialismus kann nur noch auf einem Fahrrad eintreffen), in: *Papeles de la Fundación de Investigaciones Marxistas* (Papiere der marxistischen Forschungsfoundation), Nr. 6, Madrid 1996.
- 19 Einige MarxistInnen träumen bereits von einem »solaren Kommunismus«, vgl. David Schwartzman: »Solar Communism«, in: *Science and Society* (Wissenschaft und Gesellschaft), Sondernummer »Marxismus und Ökologie«, 60. Jg., Nr. 3, New York, Herbst 1996.

demokratischen Entscheidung durch die Bevölkerung selbst über die Prioritäten und die Investitionen wäre – und eben nicht eine Folge der »Gesetze des Marktes« oder der Entscheidungen eines omnipotenten Politbüros. Es geht also, noch mal anders gesagt, um eine demokratische Planung auf lokaler und nationaler Ebene – und früher oder später auch auf internationaler Ebene –, die Folgendes definiert: Erstens: Welche Produkte müssen subventioniert oder sogar kostenlos verteilt werden? Zweitens: Welche energiepolitischen Optionen müssen verfolgt werden, auch wenn sie in einem ersten Zeitraum nicht am »rentabelsten« sind? Drittens: Wie soll das Transportsystem neu organisiert werden, wenn es nach sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtet werden soll? Viertens: Welche Maßnahmen sollen getroffen werden, um so schnell wie möglich die gigantischen Umweltschäden, die der Kapitalismus als »Erbe« hinterlassen hat, zu reparieren? Usw. usf.

Solch ein Übergang führt nicht nur zu einer neuen Produktionsweise und einer egalitär-demokratischen Gesellschaft, sondern auch zu einer *alternativen Lebensweise*, zu einer *neuen ökosozialistischen Zivilisation* jenseits der Herrschaft des Geldes und der bisherigen Konsumgewohnheiten, die durch die Werbung und die ununterbrochene Produktion von Waren, die umweltschädlich sind (etwa das Privatauto!), aufrechterhalten worden sind.

Ist das eine Utopie? Im etymologischen Sinne (»ohne Ort«) zweifellos. Aber wenn man nicht mit Hegel glaubt, »[w]as vernünftig ist, das ist wirklich; und was wirklich ist, das ist vernünftig« (G. W. F. Hegel: *Grundlagen der Philosophie des Rechts*, 1820), wie kann man dann eine substanzielle Rationalität denken, ohne auf Utopien zurückzugreifen? Die Utopie ist unverzichtbar für eine soziale Veränderung, ihre Anziehungskraft entsteht aus den Widersprüchen der realen gesellschaftlichen Bedingungen und der realen sozialen Bewegungen. So ist das auch beim Ökosozialismus, der ein strategisches Bündnis zwischen den »Roten« und den »Grünen« vorschlägt, nicht im engen politischen Sinne der sozialdemokratischen Parteien und der grünen Parteien, sondern in umfassendem Sinne, das heißt zwischen der Arbeiterbewegung, der Ökologiebewegung – und der Solidarität mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten der südlichen Hemisphäre.

Dieses Bündnis setzt voraus, dass auf ökologischer Seite auf den Gedanken eines antihumanistischen Naturalismus verzichtet wird, der für einige

anziehend wirken mag, und dass dort die Absicht aufgegeben wird, einen Ersatz für die Kritik der politischen Ökonomie darstellen zu wollen. Dieses bündnisorientierte Zusammengehen impliziert des Weiteren, dass sich der Marxismus vom Produktivismus löst, indem er das mechanische Schema des Gegensatzes zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, die sie noch fesseln, durch den viel fruchtbareren Gedanken ersetzt, dass die potenziell progressiven Produktivkräfte tatsächlich Destruktivkräfte sind.²⁰

Entwicklung der Produktivkräfte oder Unterwanderung des Produktionsapparates?

Ein gewisser klassischer Marxismus, der sich auf einige Passagen von Marx und Engels stützt, geht vom Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen aus, um die soziale Revolution als Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die zu einem Hindernis für die freie Entwicklung der Produktivkräfte geworden seien, zu definieren. Diese Konzeption scheint den Produktivapparat als »neutral« zu betrachten; und wenn er einmal von den durch den Kapitalismus auferlegten Produktionsverhältnissen befreit sei, könne er sich unbegrenzt entwickeln. Der Irrtum dieser theoretischen Konzeption muss heute nicht einmal mehr bewiesen werden.

Solch eine Perspektive muss zurückgewiesen werden. Aus ökosozialistischer Sicht kann man diese Konzeption ablehnen, indem man sich auf Marx' Kommentierung der Pariser Kommune beruft: Die ArbeiterInnen können sich den kapitalistischen Staatsapparat nicht aneignen und ihn für ihre Zwecke arbeiten lassen; sie müssen ihn »brechen« und durch einen anderen ersetzen, dessen Natur völlig verschieden sein müsse, das heißt, eine nicht etatistische und demokratische Form der politischen Macht, so schrieb er in *Der Bürgerkrieg in Frankreich* im Jahre 1871 (in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 17, Berlin/DDR 1962, S. 313–365).

Dieselbe Analyse gilt *mutatis mutandis* [mit den nötigen Abänderungen] für den Produktivapparat: Durch seine Natur und seine Struktur ist er

20 Vgl. Daniel Bensaïd: *Marx l'intempestif*, a. a. O., S. 391 und 396.

nicht neutral, er dient der Akkumulation des Kapitals und der unbegrenzten Expansion des Marktes. Er steht im Widerspruch zu den Erfordernissen des Umweltschutzes und zu den gesundheitlichen Bedürfnissen der Arbeitskraft. Man muss ihn daher »revolutionieren«, indem man seine Natur radikal umwandelt. Das kann für bestimmte Produktionsbranchen bedeuten, sie zu »brechen« – beispielsweise für bestimmte Techniken des intensiven und industriellen Fischfangs (der verantwortlich ist für die Quasi-Auslöschung zahlreicher Meeresarten), für den Kahlschlag der Regenwälder, für die Atomkraftwerke usw., die Liste ist lang.

Die Gesamtheit der Produktions- und Konsumptionsweise, die um einen sich ständig steigenden Energiekonsum geschaffen wurde, für das Privatauto oder zahlreiche energiefressende Haushaltsprodukte, muss umgewandelt werden im Rahmen der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und des Beginns eines Übergangs zum Sozialismus. Es versteht sich von selbst, dass jede Umwandlung des Produktivsystems oder des Transports – etwa die progressive Ersetzung der Straßentransporte durch die Eisenbahn – mit einer Garantie der Vollbeschäftigung verbunden sein muss.

Wie werden künftig die Produktivkräfte in dieser Umwandlungsphase zum Sozialismus beschaffen sein – was übrigens ein historischer Prozess sein wird, der weder nur Monate noch auch nur einige Jahre umfasst? Hier stehen sich zwei Schulen innerhalb der sogenannten ökologischen Linken gegenüber. Die optimistische Schule einerseits, nach der dank des technologischen Fortschritts und der sanften Energien die Entwicklung der sozialistischen Produktivkräfte das Prinzip »Jedem nach seinen Bedürfnissen« erfüllen könnte (indem das Schema des unbegrenzten Wachstums wieder aufgenommen wird). Diese Schule aber berücksichtigt nicht die natürlichen Grenzen des Planeten und endet schließlich bei einer Reproduktion des alten sozialistischen Modells unter dem Etikett der »nachhaltigen Entwicklung«. Die pessimistische Schule andererseits geht von diesen natürlichen Grenzen aus und hat die Absicht, das demografische Wachstum und das Lebensniveau der Bevölkerungsgruppen auf drakonische Weise zu reduzieren. Sie flirtet dabei manchmal mit dem Traum einer »aufgeklärten Öko-Diktatur«: So müsse man etwa den Energiekonsum um die Hälfte kürzen – der Preis wäre ein Verzicht auf unsere gewohnte Lebensweise (Einfamilienhaus, komfortable Heizung usw.).

Solche Maßnahmen würden sehr unpopulär sein und könnten nur gegen die Zustimmung der Gesellschaft durchgesetzt werden.

Mir erscheint es so, dass diese beiden Schulen eine rein *quantitative* Konzeption der Entwicklung der Produktivkräfte teilen. Es gibt daher noch eine dritte Position, die mir angemessener erscheint und deren wichtigste These die *qualitative Veränderung* der Entwicklung ist: das Beenden der monströsen Verschwendung der Ressourcen durch den Kapitalismus, der auf einer umfangreichen Produktion nutzloser oder schädlicher Produkte basiert, um die Produktion auf die Befriedigung authentischer Bedürfnisse auszurichten, angefangen bei jenen Bedürfnissen, die man als »biblische« bezeichnen kann: Wasser, Nahrung, Kleidung, Wohnung.

Wie kann man die authentischen Bedürfnisse von den künstlichen und oberflächlichen unterscheiden? Nun, Letztere werden durch das geistige Manipulationssystem hervorgerufen, das sich »Werbung« nennt. Die Werbung, jener für das Funktionieren des kapitalistischen Marktes unverzichtbare Teilbereich, ist dazu verurteilt, in einer Übergangsgesellschaft zum Sozialismus zu verschwinden, um durch von den Vereinigungen der KonsumentInnen gelieferte Informationen ersetzt zu werden. Das Kriterium, um ein authentisches Bedürfnis von einem künstlichen Bedürfnis zu unterscheiden, ist dessen Verbleib nach Abschaffung der Werbung ...

Das Privatauto antwortet auf ein reales Bedürfnis, aber bei einem ökosozialistischen Projekt, das sich auf den Wohlstand des kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs stützt, wird es eine viel geringere Rolle spielen als in der bürgerlichen Gesellschaft, wo es zu einem Marktfetisch geworden ist, zum Prestigeobjekt und zum Mittelpunkt des sozialen, kulturellen, sportlichen und erotischen Lebens der Individuen.

Natürlich, so antworten darauf die PessimistInnen, aber die Individuen werden durch unbegrenzte Begierden und Ansprüche motiviert, die man kontrollieren und zurückdrängen muss. Der Ökosozialismus jedoch basiert auf einer Vorstellung, die schon Marx formuliert hat: nämlich der Vorherrschaft – in einer klassenlosen Gesellschaft – des »Seins« über das »Haben«, das heißt, die persönliche Verwirklichung in kulturellen, spielerischen, erotischen, sportlichen, handwerklichen oder politischen Aktivitäten anstatt der Anhäufung von Gütern und Produkten.

Das bedeutet nicht, dass es nicht zu Konflikten zwischen den Erfordernissen des Umweltschutzes und sozialen Bedürfnissen kommen wird, zwischen ökologischen Imperativen und den Notwendigkeiten der Entwicklung, vor allem in den armen Ländern. Es liegt an der sozialistischen Demokratie, die von den Imperativen des Kapitals und des Marktes befreit ist, diese Widersprüche zu lösen.

Konvergenzen innerhalb des Kampfes

Die revolutionäre Utopie eines grünen Sozialismus oder eines »solaren Kommunismus« bedeutet nicht, dass man nicht hier und jetzt agieren muss. Sich keine Illusionen zu machen über die Möglichkeit, den Kapitalismus zu ökologisieren, heißt nicht, auf den Kampf um unmittelbare Reformen zu verzichten. Zum Beispiel können bestimmte Formen der Ökosteuer nützlich sein, unter der Bedingung, dass sie auf einer sozialen und egalitären Logik gründen (zahlen sollen die Verschmutzer und nicht die KonsumentInnen), und unter der Bedingung, dass man sich des Mythos entledigt, den genauen Marktpreis der nach außen hin sichtbaren ökologischen Schäden zu berechnen, denn hier hat man es mit aus monetärer Sicht unermesslichen Schäden zu tun. Wir haben ein fast verzweifelteres Bedürfnis, Zeit zu gewinnen, also unmittelbar für das Verbot der die Ozonschicht zerstörenden FCKW-Gase (Fluorchlorkohlenwasserstoffe) zu kämpfen, ebenso wie für ein Moratorium hinsichtlich der gentechnisch veränderten Organismen (GVO), für die enge Begrenzung der Treibhausgase und für die Privilegierung des öffentlichen Nahverkehrs²¹ gegenüber dem umweltverschmutzenden und antisozialen Privatauto.

Die Gefahr, die uns auf diesem Terrain droht, liegt darin, dass unsere Forderungen formal zur Kenntnis genommen, aber ihres Inhalts beraubt werden. Ein beispielhafter Fall für solch einen Betrug war das Kyoto-Protokoll über den Klimawandel, das eine Mindestverringerung von fünf Prozent

21 Jorge Riechmann: »Necesitamos una reforma fiscal guiada por criterios igualitarios y ecológicos« (Wir brauchen eine Fiskalreform, die von egalitären und ökologischen Kriterien geleitet wird), in: *De la economía a la ecología* (Von der Ökonomie zur Ökologie), Editorial Trotta, Madrid 1995, S. 82–85.

aller Treibhausgas-Emissionen im Vergleich zu 1990 für die Zeitperiode von 2008 bis 2012 vorsah – das alles bereits viel zu wenig, um wirklich überzeugende Ergebnisse für die Problematik der Klimaerwärmung des Planeten zu erzielen. Die Vereinigten Staaten – die hauptverantwortliche Industriemacht für diese Gas-Emissionen, bevor sie im Jahre 2009 noch von China überholt wurde – weigerten sich hartnäckig, dieses Protokoll zu ratifizieren. Was Europa, Japan und Kanada anbetrifft, so haben sie es zwar ratifiziert, aber dabei über zusätzliche Klauseln abgestimmt, darunter der berühmte Markt für Emissionsrechte oder auch die Anrechnung von Kohlenwasserstoff-Projekten (Wiederaufforstungsprojekte als Kohlenwasserstoff-Reservoir) – alles Konstruktionen, welche die bereits begrenzte Ausweitung des Protokolls enorm verringern. Statt der langfristigen Interessen der Menschheit dominieren die kurzfristigen Interessen der multinationalen Ölkonglomerate und des Komplexes der Automobilindustrie.²²

Der Kampf für ökosoziale Reformen zeichnet sich dadurch aus, dass er zugleich Träger einer Veränderungsdynamik ist, des Übergangs von Minimalforderungen zu einem Maximalprogramm, unter der Bedingung, dass man sich nicht dem Druck der herrschenden Interessen unterwirft, der immer mit dem Verweis auf die »Gesetze des Marktes«, die »Konkurrenzfähigkeit« oder die »Modernisierung« vorgebracht wird.

Es zeigt sich bereits heute eine Konvergenz, ein Zusammengehen von klar bestimmten Ausdrucksformen der sozialen Bewegungen und der ökologischen Bewegungen, der Gewerkschaften und der UmweltschützerInnen, der »Roten« und der »Grünen«. Das beginnt beim Kampf gegen das Schulsystem und gegen die Politiken der ultraliberalen Anpassung, die vom Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Union auf Kosten dramatischer sozialer und ökologischer Auswirkungen erzwungen werden: Massenarbeitslosigkeit, Zerstörung des öffentlichen Dienstes, Zerstörung der Sozialsysteme und der Ernährungskulturen, Aufzehrung der natürlichen Rohstoffe für die Ankurbelung des Exports. Und das endet bei der Notwendigkeit lokaler Produktion von wenig verschmutzenden Gütern,

22 Siehe die aufschlussreiche Analyse von John Bellamy Foster: »Ecology Against Capitalism« (Ökologie gegen Kapitalismus), in: *Monthly Review*, 53. Jg., Nr. 5, New York, Oktober 2001, S. 12 ff.

bei der Notwendigkeit kontrollierter Normen und dabei, die Ernährungssouveränität der verschiedenen Bevölkerungsgruppen abzusichern gegen die Gier großkapitalistischer Unternehmen.²³

Der Kampf für eine neue Zivilisation, die sowohl menschlich als auch respektvoller der Natur gegenüber ist, kommt nicht ohne eine Mobilisierung aller emanzipativen sozialen Bewegungen zustande, die es zu vereinigen gilt. Jorge Riechmann bringt es so schön auf den Punkt:

»Dieses Projekt kann auf keine Farbe des Regenbogens verzichten: weder auf das Rot der antikapitalistischen und egalitären Arbeiterbewegung noch auf das Violett der Kämpfe für Frauenbefreiung, noch auf das Weiß der gewaltfreien Friedensbewegungen, noch auf das Schwarz des Anti-Autoritarismus der Libertären und AnarchistInnen und noch weniger auf das Grün des Kampfes für eine gerechte und freie Menschheit auf einem bewohnbaren Planeten.«²⁴

Das Auftreten der ökosozialen Frage in der südlichen Hemisphäre

Die soziale Ökologie ist ein sozialer und politischer Faktor geworden, der in den meisten europäischen Ländern präsent ist, aber auch bis zu einem gewissen Ausmaß in den Vereinigten Staaten. Es wäre jedoch weit gefehlt, ginge man davon aus, dass die ökologischen Fragen nur die nördlichen Länder betreffen, als seien sie nur ein zusätzlicher Luxus der reichen Gesellschaften. In den Ländern des peripheren Kapitalismus (der »südlichen Hemisphäre«) treten soziale Bewegungen mit einer ökologischen Dimension auf, die auf die verstärkte Präsenz ökologischer Probleme auf ihrem Kontinent reagieren, ob in Asien, Afrika oder Lateinamerika: Oft genug handelt es sich hier um die Folgen einer bewussten Exportpolitik von umweltverschmutzenden

23 Siehe Pierre Rousset: »Convergence de combats. L'écologie et le social« (Konvergenz der Kämpfe. Ökologie und Soziales), in: *Rouge*, Zeitung der Ligue communiste révolutionnaire (Revolutionär-kommunistische Liga; LCR von 1968 bis 2009), Montreuil, 16. Mai 1996, S. 8 f.

24 Jorge Riechmann: »El socialismo puede llegar solo en bicicleta«, a. a. O.

Produkten oder Abfällen der imperialistischen Länder des Nordens. Diese Politik wird übrigens von einem ökonomischen Diskurs begleitet, dessen Argumentation rational unwiderlegbar ist: Aus Sicht der Marktlogik, wie sie etwa Lawrence Summers, der große Experte und ehemalige Wirtschaftschef der Weltbank sowie ehemalige Sekretär der US-Finanzverwaltung, explizit benannt hat, verursachen die Armen weniger Kosten! In seiner eigenen Sprache liest sich das so: »Die Kostenberechnung der gesundheitsschädlichen Verschmutzung hängt vom Leistungsverlust ab, der durch die höhere Sterblichkeits- und Todesrate bedingt ist. Aus dieser Sicht müsste eine gegebene Quantität der gesundheitsschädlichen Verschmutzung in Ländern realisiert werden, in denen die Kosten am geringsten sind, das heißt in den Ländern mit den geringsten Lohnstandards.«²⁵

So lautet die zynische Formulierung, die ganz offen die weltweite Logik des Kapitals übersetzt. Wenigstens hat so ein Satz den Vorteil der Klarheit angesichts all dieser besänftigenden Diskurse der internationalen Finanzinstitutionen, die nicht aufhören, von »Entwicklung« zu sprechen.

In den Ländern der südlichen Hemisphäre haben sich Bewegungen gebildet, deren Inhalte der aus Barcelona stammende Ökonom Joan Martinez-Alier als die »Ökologie der Armen« bezeichnet und deren AktivistInnen er »ökologische Neo-Narodniki« (Neo-VolkstümplerInnen) nennt.²⁶ Sie zeichnen sich durch breite Mobilisierungen zur Verteidigung der bäuerlichen Landwirtschaft und für den kommunalen Zugriff auf natürliche Ressourcen aus, die durch die aggressive Ausweitung der Märkte (oder des Staates) von Zerstörung bedroht sind; oder auch durch die Kämpfe gegen die unmittelbare Umweltzerstörung durch ungerechten Tausch, gegen abhängige Industrialisierung, genetische Manipulationen und gegen die Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande: das »Agrobusiness«. Oft bezeichnen sich diese Bewegungen nicht explizit als ökologisch, aber ihr Kampf hat gleichwohl eine ent-

25 Lawrence Summers: »Let Them Eat Pollution« (Lasst sie die Verschmutzung essen), in: *The Economist*, London, 8. Februar 1992.

26 Begriffliche Anspielung auf die gleichnamige antizaristische russische Organisation, die damals den Namen »Narodnaja Wolja« (wörtlich: Wille des Volkes) trug. Sie stand dem Revolutionär Sergei Netschajew nahe, der den Terrorismus befürwortete. Die Organisation bestand aber nur zwei Jahre lang, von 1879 bis 1881.

scheidende ökologische Dimension.²⁷ Es versteht sich von selbst, dass sie sich nicht gegen Verbesserungen wenden, die durch technologischen Fortschritt bedingt sind: Im Gegenteil, der Bedarf an Elektrizität, fließendem Wasser, die Notwendigkeit der Kanalisierung und von Abwasserkanälen, die Einrichtung von Arzt- und Krankenstationen nehmen einen bedeutenden Platz auf ihrer Forderungsliste ein. Wogegen sie sich wenden, das ist die Verschmutzung und Zerstörung ihrer natürlichen Umgebung im Namen der Marktgesetze und der Imperative der kapitalistischen Expansion.

Ein Text des peruanischen Bauernführers Hugo Blanco drückt den Sinn dieser »Ökologie der Armen« auf beeindruckende Weise aus:

»Auf den ersten Blick erscheinen uns die Umweltschützer und all die schlaunen Redner als freundliche, wenn auch leicht verrückte Leute, deren wichtigstes Ziel im Leben ist, das Aussterben der Blauwale oder der Pandabären zu verhindern. Die normalen Leute aber haben Wichtigeres zu tun, nämlich sich ihr tägliches Brot zu beschaffen, zum Beispiel. [...] In Peru gibt es jedoch eine große Zahl von Leuten, die UmweltschützerInnen sind. Wenn man ihnen natürlich sagt: ›Ihr seid Ökologen‹, dann werden sie den Kopf schütteln und wahrscheinlich entgegnen: ›Was geht dich das an, ob ich Ökologe bin?‹ Und doch: Sind etwa die BewohnerInnen der Stadt Ilo und der sie umgebenden Dörfer, die sich im Kampf gegen die Verschmutzung befinden, die von der Southern Peru Copper Corporation [Staatliche Gesellschaft für Untertageabbau von Kupfer] verursacht wird, keine UmweltschützerInnen? [...] Und die Bevölkerung im Amazonasgebiet – ist sie denn nicht in umfassendem Sinne ökologisch, wenn sie bereit ist, für die Verteidigung ihrer Regenwälder und gegen deren Abholzung einzutreten und dafür zu sterben? Dasselbe gilt für die arme Bevölkerung in Lima, wenn sie gegen die Trinkwasserverschmutzung protestiert.«²⁸

27 Joan Martinez-Alier: »Political Ecology, Distributional Conflicts, and Economic Incommensurability« (Politische Ökologie, Verteilungskonflikte und wirtschaftliche Maßlosigkeit), in: *New Left Review*, Nr. 211, London, Mai/Juni 1995, S. 83 f.

28 Hugo Blanco in einem Artikel der Tageszeitung *Le Republica*, Lima/Peru, 6.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist die soziale Ökologie eine der wichtigsten Strömungen der großen Bewegung gegen die neoliberal-kapitalistische Globalisierung geworden, die sich sowohl in der nördlichen wie der südlichen Hemisphäre des Planeten verbreitet hat. Die massive Präsenz der ÖkologInnen war eine der auffälligsten Erscheinungsformen der großen Bewegung gegen die Welthandelsorganisation (WHO) in Seattle 1999, die der Ausgangspunkt dieser internationalen Protestbewegung war. Während des ersten Weltsozialforums in Porto Alegre im Jahre 2001 setzte eine Aktion zur Zerstörung eines Genmaisfeldes des multinationalen Konzerns Monsanto ein starkes Zeichen. Diese Aktion wurde von AktivistInnen des Movimento Sem Terra (MST; Bewegung der landlosen Bauern und Bäuerinnen) sowie der Confédération paysanne française (Französische Bauern-Föderation) des Aktivisten José Bové durchgeführt. Der Kampf gegen die unkontrollierte Verbreitung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) mobilisiert in Brasilien, Indien, Frankreich und anderen Ländern nicht nur die ökologische Bewegung, sondern auch die Bauernbewegungen und einen Teil der Linken. Sie agieren dabei mit den Sympathien der öffentlichen Meinung, welche über die unvorhersehbaren Folgen der Genmanipulationen für das öffentliche Gesundheitswesen und die natürliche Umwelt beunruhigt ist.

Der Kampf gegen die Ausweitung der Warenproduktion auf die gesamte Welt, für die Verteidigung der Umwelt, der Widerstand gegen die Diktatur der multinationalen Konzerne und der Kampf für die Ökologie sind daher bei der Reflexion und der Praxis der weltweiten Bewegung gegen die kapitalistisch-liberale Globalisierung unmittelbar miteinander verbunden.

April 1991, zit. nach Joan Martinez-Alier: »Political Ecology, Distributional Conflicts, and Economic Incommensurability«, a. a. O., S. 74.

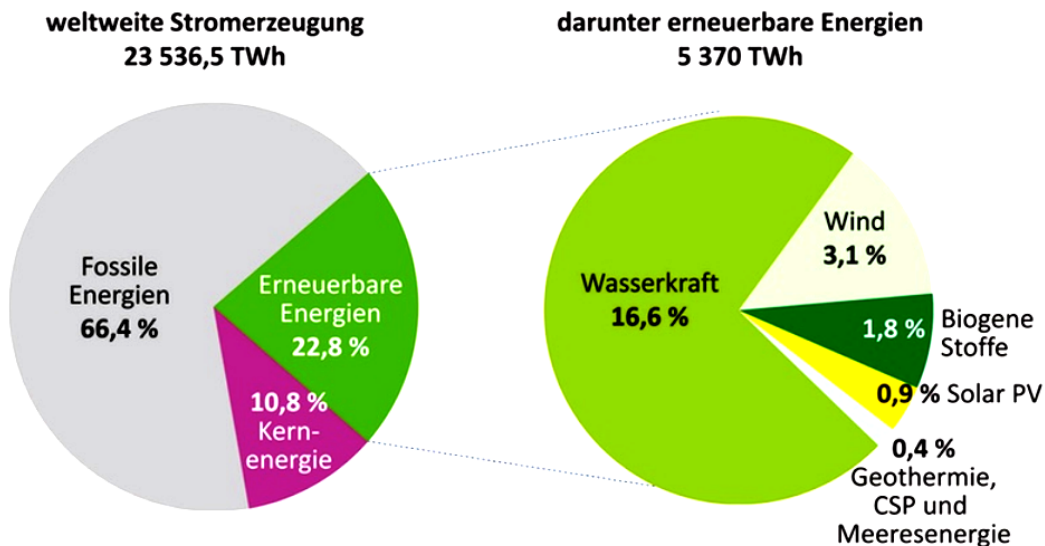
5 Ökosozialistische Perspektive konkret: Konversion der Automobilindustrie

5.1 Scheinlösung Elektroauto

Wir leben in einer absurden Zeit. Einerseits sind die katastrophalen Folgen des durch den Kapitalismus verursachten Klimawandels schon in allen Weltregionen sichtbar und verschlimmern die Lebenssituation von Millionen, überwiegend in armen Ländern lebenden Menschen. Auch zeichnet sich klar ab, dass der Verbrauch fossiler Energieträger, die Umweltverschmutzung und die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen in den kommenden Jahrzehnten stark zunehmen werden. Dennoch führt diese Entwicklung nicht dazu, dass sich die Mehrheit der Menschen des Irrglaubens an die Möglichkeit eines nachhaltigen Kapitalismus entledigt oder sich gar für eine alternative Gesellschaftsordnung einsetzt. Ein Grund dafür sind die nach wie vor intakten Vorstellungen eines bald einmal fossilfreien und innovativen “Ökokapitalismus”, der die Klimakatastrophe durch technologische Neuerungen abfedern soll, ohne dabei an seiner eigenen Logik zu rütteln. Dass eine ökologische Selbsterneuerung des Kapitalismus definitiv nicht gelingen wird, zeigt die Entwicklung des Elektroautos exemplarisch.

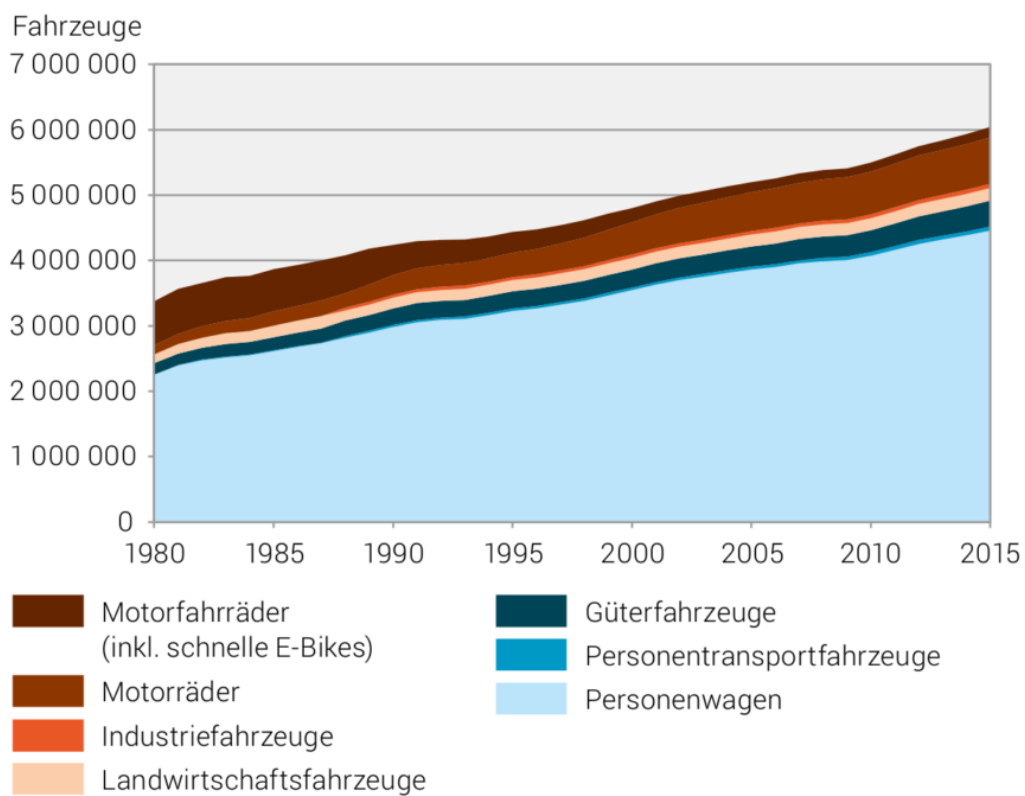
David Ales (BFS Basel), 2018

Der motorisierte Individualverkehr ist seit Jahrzehnten auf dem Vormarsch. Die Anzahl weltweit verkehrsaktiver Personenwagen hat sich seit 1985 von rund 300 Millionen auf mittlerweile über 1 Milliarde vervielfacht, vor allem wegen der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung der sogenannten Schwellenländer.(1) 2016 wurden alleine in China 23 Millionen neue Autos verkauft.(2) Doch auch in den “Stammländern des Autos” (USA & Europa) breitet sich der Individualverkehr weiter aus. Der Anteil der durch den Strassenverkehr verursachten Treibhausgase ist auch in der Schweiz und den meisten Regionen Europas tendenziell zunehmend. Obwohl hierzulande die Emissionen pro Fahrzeug sowohl bei den Autos als auch bei den Lastwagen auf Grund technologischer Neuerungen und strengerer Vorschriften leicht zurückgegangen sind (3), ist das gesamte Emissionsvolumen durch die massive Zunahme des Verkehrsaufkommens in den letzten 20 Jahren praktisch überall gewachsen. Laut Bundesamt für Statistik ist der Verkehr – zu dem nicht nur der Strassenverkehr, sondern auch Inlandflüge, Schienenverkehr usw. zählen – in der Schweiz für 40% der CO₂-Emissionen verantwortlich und alleine zwischen 2010 und 2014 um 11% gewachsen. 2016 befanden sich rund 4.5 Millionen Personenwagen im Besitz von fast 80% der Schweizer Haushalte (4), womit pro 1000 Einwohner*innen rund 540 Personenwagen verwendet werden. Der Gesamtbestand aller in der Schweiz gemeldeten Fahrzeuge (inklusive Motorräder, Traktoren, Gewerbefahrzeuge usw.) beläuft sich mittlerweile auf über 6 Millionen.(5)



Quelle: World Energy Council, REN 21, IHA, BP Statistical Review of World Energy June 2015

Weltweiter Energiemix 2015.



Bestand Strassenmotorfahrzeuge in der Schweiz.

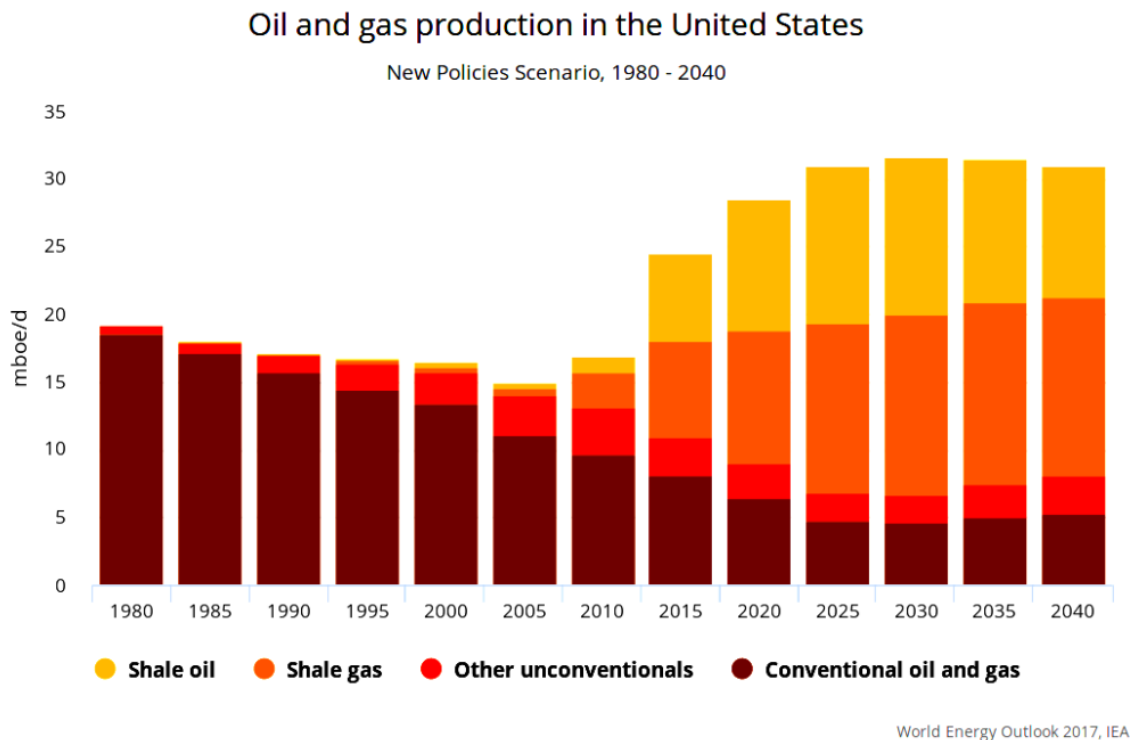
Eine Alternative zum Verbrennungsmotor?

Angesichts dieser jeder vernünftigen Umweltpolitik spottenden Entwicklung – von den leeren Versprechungen der Klimagipfel in Paris und anderswo ganz zu schweigen – mag es auf den

ersten Blick verständlich erscheinen, dass Elektroautos immer wieder als wichtiges Element künftiger Verkehrs- und Mobilitätsstrategien auftauchen. Und damit fangen die Probleme schon an: Anstatt darüber nachzudenken, wie der motorisierte Individualverkehr endlich drastisch reduziert und durch anderer Mobilitätskonzepte ersetzt werden könnte, werden Elektrofahrzeuge als sinnvolle Ergänzung eines sich ständig ausweitenden Verkehrsparks betrachtet. In ihrem "World Energy Outlook 2017" hält die Internationale Energieagentur (IEA) ausdrücklich fest, dass ein Ende der Förderung und des Verbrauchs fossiler Energieträger noch in weiter Ferne ist. Laut ihren Prognosen könnte sich der globale Autopark von derzeit rund 1 Milliarde bis 2040 beinahe verdoppeln. Grund dafür ist unter anderem die aggressive Ölförderpolitik der USA (Stichwort Fracking), dank der die Ölpreise auch in den kommenden Jahren tief bleiben könnten und so kaum Anreize für alternative Technologien bieten.

Laut den (zugegebenermaßen höchst spekulativen) Prognosen der IEA könnte der Anteil an Elektroautos dabei kontinuierlich zunehmen und unter guten politischen Rahmenbedingungen bis zu 40% erreichen. Doch selbst in diesem Szenario hätten sie nicht etwa die Funktion, Verbrennungsmotoren abzulösen. Stattdessen würden sie verhindern, dass die Ölpreise infolge höherer Nachfrage und sinkender Fördermengen in die Höhe schnellen und so nicht nur den Verkehr, sondern die gesamte Wirtschaft bremsen. So erweist sich die Investition in elektrobetriebene Fahrzeuge und die damit verbundene Infrastruktur unter kapitalistischen Verhältnissen eher als Garant und Stütze des Verbrennungsmotors, anstatt eine echte Alternative zu ihm darzustellen. Dabei spielt nicht nur die desaströse Stabilisierung der Ölpreise – die wiederum die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen in allen ökonomischen Bereichen zementiert – eine negative Rolle: Die Verbreitung und Weiterentwicklung von Elektro- und Hybridautos verhindern, indem sie am Modell des Individualverkehrs festhalten, dass über andere Mobilitäts- und Raumplanungskonzepte nachgedacht wird.

Aus Sicht der Profiteure des aktuellen Verkehrs- und Mobilitätssystems macht diese Entwicklung Sinn: Seit ihrer Entstehung üben die Automobilindustrie und die ihr nahestehenden Industriezweige grossen Einfluss auf die Politik westlicher Industriestaaten aus und setzen alles daran, das Auto nicht nur als Statussymbol zu erhalten, sondern auch weiterhin als alternatives Fortbewegungsmittel zu positionieren. Die aus diesem Paradigma resultierenden Folgen prägen unsere Städte und Dörfer, unsere Raum- und Verkehrsplanung, unsere Lebens- und Produktionsweise.



Szenario der Internationalen Energieagentur zur Öl- und Gasfördermenge der USA.

Schlechte Umweltbilanz

Häufig werden Elektroautos deswegen gelobt, weil sie im Vergleich zu Verbrennungsmotoren einen höheren Wirkungsgrad haben: Während bei einem Verbrennungsmotor nur rund 25% der zugeführten Energie für den Antrieb genutzt werden kann – die restliche Energie geht als Wärme verloren – liegt der Wirkungsgrad bei Elektromotoren bei rund 75%. Des Weiteren stoßen Elektroautos während der Fahrt keine CO₂-Emissionen aus, was sich positiv auf die Lebensqualität vor allem in urbanen Regionen auswirken kann. Bei genauerem Hinsehen erweisen sich Elektroautos jedoch als weniger umweltfreundlich, als oft angenommen wird. Zum einen hängt die Umweltbilanz des batteriebetriebenen Verkehrs stark von der Energiegewinnung ab. Da die weltweite Stromerzeugung immer noch zu rund 70 Prozent auf fossilen Energieträgern (Öl, Gas, Kohle) basiert, sind Elektroautos in vielen Fällen nur eine andere Art und Weise, fossile Energie zu nutzen und damit das Klima weiter anzuheizen.(6)

Kommt hinzu, dass sich Fahrzeuge nicht nur während ihres Betriebes, sondern auch während ihrer Produktion erheblich auf die Umwelt auswirken. Die sogenannte "graue Energie", die bei der Herstellung von Autos anfällt, ist auf Grund der Batterien gerade bei Elektroautos erheblich. Eine Studie des Schwedischen Umweltforschungsinstituts von 2017 kommt zum Schluss, dass es bereits bei der Produktion einer Lithium-Ionen-Batterie zu CO₂-Emissionen von 150 bis 200 Kilogramm pro Kilowattstunde (kWh) Batteriekapazität kommen könne.(7) Eine andere Studie des Unternehmen Quantis, das sich darauf spezialisiert hat, den gesamten Lebenszyklus von Geräten zu analysieren, hält fest, dass die Herstellung eines Elektroautos im Durchschnitt einen Drittel mehr CO₂-Emissionen als die Produktion eines konventionellen Fahrzeugs verursacht.(8) Auch hier kommt es wesentlich darauf an, unter welchen Bedingungen und mit welcher Energie die Batterien hergestellt werden, doch unter den aktuellen Ver-

hältnissen ist unter dem Strich völlig klar, dass die Herstellung von Batterien kurz und mittelfristig ein schmutziges Geschäft bleiben wird.

Knappe Rohstoffe

Neben der insgesamt ernüchternden Umweltbilanz von Elektrofahrzeugen stellt vor allem der Rohstoffhunger der Elektromotoren und Batterien ein enormes Problem dar. Das Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg hat berechnet, dass der Bedarf an Lithium für die Herstellung von 10 Millionen Elektrofahrzeugen die 2011 abgebauten Lithiummengen um das 3,5 fache übertreffen würden.⁽⁹⁾ Darin ist der massiv steigende Bedarf an ebendiesem Rohstoff durch andere elektrische Geräte – in einem einzigen Elektroauto steckt so viel Lithium wie in 10'000 Handys – noch nicht berücksichtigt. Auch die Nachfrage nach anderen Rohstoffen wie Kupfer, Nickel, Graphit und Kobalt dürfte im Falle einer Verbreitung von Elektroautos stark ansteigen. Im Oktober 2017 berichteten die Deutschen Wirtschaftsnachrichten unter dem Titel "Traum vom Elektroauto könnte platzen", wie Volkswagen vergeblich versuchte, einen Lieferanten für Kobalt zu finden. Alleine der deutsche Autokonzern hatte Ausschreibungen von 80'000 bis 130'000 Tonnen getätigt, was etwa der derzeitigen Jahresproduktion entspricht.⁽¹⁰⁾ Kobalt stammt übrigens zu einem grossen Teil aus der Demokratischen Republik Kongo – laut Amnesty International der derzeit "gefährlichste Ort der Welt"⁽¹¹⁾ – wo der Rohstoffhunger des globalen Kapitalismus wesentlich dazu beiträgt, dass die Region weiter in Gewalt und Bürgerkrieg versinkt. Trotz des brutalen Bürgerkrieges, in dem systematische Vergewaltigungen und Versklavungen an der Tagesordnung sind, leben dort rund 2 Millionen Menschen vom Abbau von Kobalt und anderer Mineralien. Der Bürgerkrieg trägt dazu bei, dass ebendiese Rohstoffe weiterhin nicht vor Ort industriell verarbeitet werden können und stattdessen billig in Industrieländer exportiert werden.

Der am meisten benötigte Rohstoff – Lithium – ist übrigens nicht nur in Bolivien, sondern auch in Afghanistan in grossen Mengen vorhanden. Gerade die antikapitalistische Linke sollte sich also davor hüten, Fragen der Elektromobilität – dasselbe gilt übrigens auch für ganz andere Technologien wie etwa Gentechnik – aus rein technisch-physikalischen Gesichtspunkten zu bewerten. Stattdessen müssen wir uns Fragen: Wie wird sich der Einsatz und die Verbreitung einer Technologie unter den aktuellen geopolitischen Verhältnissen auswirken, wie wird sie die Machtverhältnisse beeinflussen, welchen Interessen dient sie? Und vor allem: Inwiefern ist sie für linke Alternativen interessant?

Kapitalismuskritik und linke Perspektiven

Die Entwicklung des Individualverkehrs ist nur eines der zahlreichen Probleme, die deutlich machen, wie diametral die Logik des Kapitalismus der Notwendigkeit einer ökologischen Umgestaltung unserer Gesellschaften entgegensteht. Es geht nicht nur darum, sich gegen die Produktion von Elektroautos zu wenden. Ganz grundsätzlich ist eine der wichtigsten Aufgaben der Umweltbewegung, sich darüber klar zu werden, dass sich die grossen sozialen, ökologischen und politischen Probleme unserer Zeit eben nicht durch technische Neuerungen und „kapitalistische Innovation“ lösen lassen. Weder Megastaudämme, Biotreibstoffe, Elektroautos noch Gentechnik werden die destruktive Logik des Kapitals eindämmen – im Gegenteil: Sie bieten den Konzernen und den mit ihnen verbundenen Nationalstaaten nicht nur neue Machtinstrumente und Investitionsmöglichkeiten, sie verhindern auch, dass sich die Menschen der Unfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, der Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten, bewusst werden. Und wie bei allen durch den Kapitalismus verursachten Prob-

lemen profitiert vor allem eine Minderheit von der aktuellen Entwicklung. Winfried Wolf, Chefredaktor der Zeitschrift Lunapark, hat dieses Phänomen wie folgt ausgedrückt:

Es ist nicht „die Menschheit“, die sich auf diese Weise ihr Grab gräbt. Es sind nicht in erster Linie „menschliche Bedürfnisse“, die mit der Automobilität befriedigt werden. Es sind primär Konzern- und Finanzmachtstrukturen und die damit verbundene konkrete weltweite Verkehrspolitik, die diese spezifische Art von Mobilität bewirken und fortgesetzt steigern. Inzwischen entfällt bei den 500 grössten Unternehmen der Welt ein gutes Viertel des Umsatzes und der Profitmasse nur auf Konzerne aus den Bereichen Öl (Exploration und Verarbeitung), Autoindustrie, Flugzeugbau und Airlines. Unter den zwölf größten Unternehmen der Welt befanden sich im Bilanzjahr 2010 acht Ölkonzerne und ein Autohersteller.” (12)

Damit soll ausdrücklich nicht gesagt sein, dass nicht auch sehr grosse Teile der Bevölkerung für die Umweltverschmutzung mitverantwortlich sind. Während Arbeitswege auch in Ländern mit ausgebauter Infrastruktur wie der Schweiz oder Deutschland häufig nur mit dem Auto bewältigt werden können, sind auch der Einkaufs-, Freizeit- und Urlaubsverkehr ein wichtiger Faktor der Umweltverschmutzung, der sicher auch, aber eben nicht nur den Konzerninteressen dient. Insofern gilt es, über die in linken Kreisen selbstverständliche Kritik an den Eigentumsverhältnissen und der Macht der Automobil- und Rohstoffkonzerne hinaus alternative Visionen und Konzepte für eine nachhaltige und umweltverträgliche Gesellschaft zu entwickeln. Eckpunkte einer solchen Vision können sein:

- Ersatz des motorisierten Individualverkehrs durch Ausbau eines unentgeltlichen öffentlichen Verkehrs und – wo sinnvoll – Car-Sharing-Modelle. Statt private Fortbewegungsmittel zu fördern. Gesetze verlangen, welche die obligatorische Anbindung aller Regionen an öffentliche Verkehrsnetze garantieren.
- Forderungen nach autofreien Städten, Ausbau der Fahrradwege, Verkürzung der Arbeitswege durch verdichtetes Bauen.
- Schrittweise einzuführendes Verbot von privat genutzten Personenwagen, mit Ausnahme für Menschen mit eingeschränkter Bewegungsfreiheit. Aufbau regionaler Wirtschaftsstrukturen und dezentraler Produktion, um die Transportwege möglichst vieler Güter gering zu halten.
- Verbot umweltschädlicher Technologien.
- Vollständige Übernahme der Transportkosten für Arbeitswege durch die Unternehmen! Arbeitswege sollten als Arbeitszeit verbucht und entlohnt werden. Allgemeine Reduktion der Arbeitszeit.
- Schutz und Verteidigung der Rechte aller Lohnabhängigen – auch derjenigen der Automobilindustrie und verwandter Wirtschaftszweige. Anstatt entsprechende Produktionsstätten zu schliessen, gemeinsam mit den Lohnabhängigen Pläne für eine sinnvolle Umnutzung („industrielle Konversion“) ebendieser Betriebe ausarbeiten.
- Auferlegung aller Folgekosten der Umweltverschmutzung (Gesundheit, Infrastruktur, Katastrophenschutz) auf diejenigen Unternehmen, die für den Einsatz der entsprechenden Technologien verantwortlich sind.

Nur wenn es der Umweltbewegung gelingt, verständliche und glaubwürdige Übergangsforderungen hin zu einer umweltverträglichen Lebens-, Produktions- und Konsumptionsweise zu formulieren, kann sie sich längerfristig in der Gesellschaft verankern und im Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse eine wichtige Rolle spielen.

-
- 1 Vgl. Vgl. Der aktuelle Mobilitätswahn und der revolutionäre Griff zur Notbremse. <http://www.lunapark21.net/bilder/lp21auto01.pdf>.
- 2 Vgl. Der Pkw-Absatzmarkt China 2009 bis 2016: [https://webforms.ey.com/Publication/vwLUAssets/ey-auto-absatzmarkt-china-2017/\\$FILE/ey-auto-absatzmarkt-china-2017.pdf](https://webforms.ey.com/Publication/vwLUAssets/ey-auto-absatzmarkt-china-2017/$FILE/ey-auto-absatzmarkt-china-2017.pdf).
- 3 Das Umweltbundesamt Deutschland spricht von einer Senkung der kilometerbezogenen CO₂-Emissionen um 13 Prozent bei Personenwagen und 31 Prozent bei Lastwagen seit 1995, wobei sich diese Entwicklung angesichts des Trends zu wieder grösseren und schweren Fahrzeugen wieder umdrehen könnte. <https://www.eea.europa.eu/highlights/most-carmakers-must-further-improve/key-message/anteil-der-emissionen-aus-dem-strassenverkehr>.
- 4 Vgl. "Mobilität und Verkehr. Taschenstatistik." Bundesamtes für Statistik, 2016. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.gnpdetail.2016-0624.html>.
- 5 Vgl. „Fast 6 Millionen Fahrzeuge in der Schweiz gemeldet“. <https://www.srf.ch/news/wirtschaft/fast-6-millionen-fahrzeuge-in-der-schweiz-gemeldet>.
- 6 Vgl. Bedeutung der Wasserkraft für die weltweite Stromerzeugung. <http://www.et-energie-online.de/AktuellesHeft/Topthema/tabid/70/NewsId/1518/Bedeutung-der-Wasserkraft-fur-die-weltweite-Stromerzeugung.aspx>.
- 7 Vgl. The Life Cycle Energy Consumption and Greenhouse Gas Emissions from Lithium-Ion Batteries <http://www.ivl.se/download/18.5922281715bdaebede95a9/1496136143435/>.
- 8 Vgl. Wie ökologisch sind Elektroautos wirklich?: <https://movimento.ch/de/artikel/2016/wie-oekologisch-sind-elektroautos-wirklich.htmlC243.pdf>.
- 9 Vgl. Weiterentwicklung und vertiefte Analyse der Umweltbilanz von Elektrofahrzeugen: https://www.ifeu.de/wp-content/uploads/8181_texte_27_2016_umweltbilanz_von_elektrofahrzeugen.pdf.
- 10 Vgl. Es gibt zu wenig Rohstoffe: Traum vom Elektroauto könnte platzen. <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2017/10/21/mangel-rohstoffen-koennte-traum-vom-elektroauto-platzen-lassen>.
- 11 Vgl. Der gefährlichste Ort der Welt. <https://www.amnesty.de/journal/2013/februar/der-gefaehrlichste-ort-der-welt>.
- 12 Der aktuelle Mobilitätswahn und der revolutionäre Griff zur Notbremse. <http://www.lunapark21.net/bilder/lp21auto01.pdf>.

5.2 Umrisse einer Verkehrswende

Winfried Wolf (2019): Mit dem Elektroauto in die Sackgasse. Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt. Promedia 2019. 216 S..

Kapitel 10

Die Notwendigkeit einer umfassenden Verkehrswende

6 Marx und Ökologie

6.1 Michael Löwy: Destruktiver Fortschritt – Marx, Engels und die Ökologie (2011)

Kapitel 3 aus seinem Buch «Ökosozialismus», S. 65-80.

In welchem Maße ist das Denken von Marx und Engels mit der modernen Ökologie vereinbar? Gibt es eine ökologische Lesart der Marx'schen Schriften? Welche Errungenschaften des Marxismus sind für die Schaffung eines Ökosozialismus unverzichtbar, der auf der Höhe der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sein will? Und welche Konzeptionen von Marx erfordern eine »Revision« angesichts dieser Herausforderungen?

Mein Ausgangspunkt ist folgende Feststellung: Erstens nehmen ökologische Themen keinen zentralen Platz im marxistischen theoretischen Dispositiv ein. Zweitens sind die Schriften von Marx und Engels über das Verhältnis von menschlichen Gesellschaften zur Natur weit davon entfernt, einheitlich zu sein, und können daher Anlässe für unterschiedliche Interpretationen bieten. Von diesen Prämissen ausgehend, werde ich versuchen, einige Spannungen oder Widersprüche in den Texten der Begründer des historischen Materialismus zu beleuchten und dabei jedoch gleichzeitig diejenigen Anhaltspunkte hervorheben, die in diesen Schriften auf eine Ökologie marxistischer Inspiration hinweisen.

Worin besteht die hauptsächliche Kritik der ÖkologInnen am Denken von Marx und Engels?

Zunächst werden die beiden Denker als Anhänger eines eroberungsorientierten, eines »prometheischen« Fortschrittsglaubens beschrieben, die den

Menschen und die Natur faktisch einander entgegensetzen, damit, nach der Formel von Descartes, der Mensch zum »Herrscher und Besitzer der Natur« wird. Es ist richtig, dass man bei Marx und Engels zahlreiche Verweise auf Begriffe wie »Kontrolle«, »Beherrschung« oder sogar »Herrschaft« über die Natur findet. So werden zum Beispiel bei Engels die Menschen im Sozialismus »zum ersten Male bewusste, wirkliche Herren der Natur [...], weil und indem sie Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden«.⁵¹ Jedoch verweisen, wie wir gleich noch sehen werden, Begriffe wie »Beherrschung« oder »Herrschaft« oft auf die Kenntnis der Naturgesetze.

Was dann zweitens auffällt: Schon in den ersten Schriften von Marx kommt sein Naturalismus zum Vorschein, seine Vision des Menschen als Naturwesen, untrennbar verbunden mit seiner natürlichen Umwelt. Die Natur, so schrieb Marx in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* (1844) ist der *unorganische Leib* des Menschen. Oder auch: »Daß das physische und geistige Leben des Menschen mit der Natur zusammenhängt, hat keinen andren Sinn, als daß die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur.«⁵²

Natürlich verstand sich Marx als Humanist, aber er definierte den Kommunismus als Humanismus, der zugleich ein »vollendeter Naturalismus« ist. Vor allem aber konzipierte er ihn als wahre Aufhebung des »Antagonismus zwischen Mensch und Natur«. Aufgrund der positiven Aufhebung des Privateigentums ist daher die Gesellschaft »die vollendete Wesenseinheit des Menschen mit der Natur, die wahre Resurrektion der Natur, der durchgeführte Naturalismus des Menschen und der durchgeführte Humanismus der Natur«.⁵³

Diese Passagen behandeln das ökologische Problem nicht direkt – und erst recht nicht die Bedrohungen für die Umwelt –, aber sie sind Teil einer Argumentationslogik, die eine Annäherung an das Verhältnis Mensch-Natur erlaubt, welche nicht einseitig ist. In einem berühmten Kapitel von Engels über den »Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen« in

51 Friedrich Engels: *Anti-Dühring*, a. a. O., S. 264.

52 Karl Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, 1844, in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1968, Ergänzungsband, 1. Teil, S. 465–588, hier S. 515 f.

53 Ebenda, S. 537.

seinem Buch *Dialektik der Natur* – 1873–1883 verfasst, 1925 erstmals veröffentlicht – ist es diese Konzeption des Naturalismus, die seiner Kritik der räuberischen Aktivität des Menschen gegenüber der Umwelt zugrunde liegt:

»Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, dass sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungszentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen. Die Italiener der Alpen, als sie die am Nordabhang des Gebirgs so sorgsam gehegten Tannenwälder am Südabhang vernutzten, ahnten nicht, dass sie damit der Sennwirtschaft auf ihrem Gebiet die Wurzel abgruben; sie ahnten noch weniger, dass sie dadurch ihren Bergquellen für den größten Teil des Jahrs das Wasser entzogen. [...] Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, dass wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern dass wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und dass unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.«⁵⁴

Natürlich hat diese Passage sehr allgemeinen Charakter. Engels stellt die kapitalistische Produktionsweise nicht infrage. Doch die alten Zivilisationen bilden für ihn gleichwohl ein ökologisches Argument von überraschender Aktualität, sowohl durch seine Warnung vor den Zerstörungen durch die Produktion als auch durch seine Kritik der Waldabholzung.

54 Friedrich Engels: »Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen«, in ders.: *Dialektik der Natur*, 1925, in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 20, a. a. O., S. 452 f.

Nach Ansicht der ÖkologInnen folgt Marx dem englischen Ökonom David Ricardo, der den Ursprung jeden Werts und jeden Reichtums auf die menschliche Arbeit zurückführt und dabei den Beitrag der Natur ignoriert habe. Eine solche Kritik resultiert meiner Ansicht nach aus einem Missverständnis: Marx gebraucht die Arbeitswerttheorie, um den Ursprung des *Tauschwerts* im Rahmen des kapitalistischen Systems zu erklären. Die Natur trägt aber gleichwohl zur Entstehung wahrer Reichtümer bei, die aber keine Tauschwerte, sondern *Gebrauchswerte* besitzen. Diese These wird von Marx explizit in seiner *Kritik des Gothaer Programms* von 1875 vorgebracht, die gegen die Gedanken des deutschen Sozialisten Ferdinand Lassalle und dessen Anhänger geschrieben worden ist: »Die Arbeit ist *nicht die Quelle* allen Reichtums. Die *Natur* ist ebenso sehr die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft.«⁵⁵

Die ÖkologInnen kritisieren an Marx und Engels deren Produktivismus. Ist diese Anschuldigung gerechtfertigt?

Die Antwort ist nein – wenn dem zugrunde gelegt wird, dass niemand so sehr wie Marx die kapitalistische Logik der Produktion um der Produktion willen, die Akkumulation des Kapitals, der Reichtümer und der Waren als Zweck an sich kritisiert hat. Auch war die Idee des Sozialismus – im Gegensatz zu den schlimmen bürokratischen Fälschungen – eine Idee der Produktion von *Gebrauchswerten*, der für die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse notwendigen Güter. Das wichtigste Ziel des technischen Fortschritts war nach Karl Marx nicht das unendliche Wachstum an Gütern (das »Haben«), sondern *die Verringerung des Arbeitstags* und damit die Zunahme der freien Zeit (das »Sein«).⁵⁶

55 Karl Marx: *Kritik des Gothaer Programms*, 1875, in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 19, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1962, S. 13–32, hier S. 15. Siehe ebenfalls Karl Marx: *Das Kapital*, Bd. I, a. a. O., S. 58: »Arbeit ist also nicht die einzige Quelle der von ihr produzierten Gebrauchswerte, des stofflichen Reichtums. Die Arbeit ist sein Vater, wie William Petty sagt, und die Erde seine Mutter.«

56 Zum Gegensatz von »Haben« und »Sein« siehe Karl Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, a. a. O., S. 549: »Je weniger du bist, je weniger du

Jedoch ist es richtig, dass man bei Marx und bei Engels (und noch mehr bei anderen MarxistInnen) eine wenig kritische Haltung gegen vom Kapital geschaffene industrielle Produktionssysteme vorfindet sowie eine Tendenz, aus der »Entwicklung der Produktivkräfte« den wichtigsten Vektor des Fortschritts zu machen. Aus dieser Sicht ist der »beispielhafteste« Text das berühmte Vorwort zur *Kritik der politischen Ökonomie* (1859), eine der Schriften von Marx, die am stärksten durch einen gewissen Evolutionismus, durch die Fortschrittsphilosophie, durch den Szientismus (das Modell der Naturwissenschaften) sowie durch eine nirgends problematisierte Vision der Produktivkräfte gekennzeichnet ist:

»Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in einen Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen. [...] Als Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. [...] Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist.«⁵⁷

In dieser berühmten Passage erscheinen die Produktivkräfte als »neutral«, und die Revolution hat zur Aufgabe, diejenigen Produktionsverhältnisse abzuschaffen, die zu »Fesseln« ihrer unbegrenzten Entwicklung geworden sind.

Die nun folgende Passage aus den *Grundrissen der politischen Ökonomie* [1857–1859 geschrieben, dt. Erstv. 1953], eine Art Skizze für *Das Kapital*, ist ein gutes Beispiel für die zu kritiklose Bewunderung von Marx für das »zivilisatorische« Werk der kapitalistischen Produktion sowie für deren brutale Instrumentalisierung der Natur:

dein Leben äußerst, um so mehr hast du, um so größer ist dein entäußertes Leben, um so mehr speicherst du auf von deinem entfremdeten Wesen.« Zur freien Zeit als wichtigste Grundlage des Sozialismus siehe Karl Marx: *Das Kapital*, Bd. III, a. a. O., S. 828.

57 Karl Marx: »Vorwort« zu ders.: *Kritik der politischen Ökonomie*, 1859, in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 13, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1961, S. 7–11, hier S. 9.

»Wie also die auf das Kapital gegründete Produktion einerseits die universelle Industrie schafft – d. h. Surplusarbeit, wertschaffende Arbeit –, so andererseits ein System der allgemeinen Exploitation der natürlichen und menschlichen Eigenschaften. [...] So schafft das Kapital erst die bürgerliche Gesellschaft und die universale Aneignung der Natur wie des gesellschaftlichen Zusammenhangs selbst durch die Glieder der Gesellschaft. Hence the great civilising influence of capital [im Original auf Englisch; dt. Übers.: Daher der große zivilisatorische Einfluss des Kapitals]; seine Produktion einer Gesellschaftsstufe, gegen die alle führen nur als *lokale Entwicklungen* der Menschheit und als *Naturidolatrie* erscheinen. Die Natur wird erst rein Gegenstand für den Menschen, reine Sache der Nützlichkeit; hört auf als Macht für sich anerkannt zu werden; und die theoretischen Erkenntnisse ihrer selbständigen Gesetze erscheinen selbst nur als List, um sie den menschlichen Bedürfnissen, sei es als Gegenstand des Konsums, sei es als Mittel der Produktion, zu unterwerfen.«⁵⁸

Es scheint hier Marx, wie übrigens auch Engels, eines allgemeinen Begriffs der natürlichen Grenzen der Entwicklung der Produktivkräfte zu ermangeln. Trotzdem findet man in seinen Schriften eine Ahnung davon, dass die Produktivkräfte ein destruktives Potenzial beinhalten, was zum Beispiel diese Passage aus *Die deutsche Ideologie* [1845–1846 geschrieben, dt. Erstv. 1932] zeigt: »In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionskräfte und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche unter den bestehenden Verhältnissen nur Unheil anrichten, welche keine Produktionskräfte mehr sind, sondern Destruktionskräfte (Maschinerie und Geld).«⁵⁹

Unglücklicherweise wurde dieser Ansatz von den beiden Autoren nicht weiterentwickelt, und es ist nicht sicher, dass die Destruktion, von der hier die Rede ist, auch wirklich die der Natur ist.

58 Karl Marx: *Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie*, 1859, in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 42, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1983, S. 323.

59 Karl Marx, Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie*, 1845/46, in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 3, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1969, S. 5–530, hier S. 69.

Im Gegensatz dazu gibt es mehrere Passagen, welche die Landwirtschaft behandeln, in denen man Skizzen einer wirklich ökologischen Problematik sieht und eine radikale Kritik der Katastrophen, die aus dem kapitalistischen Produktivismus entstehen.⁶⁰ Der Ausgangspunkt von Marx waren die Arbeiten des deutschen Chemikers und Agronomen Justus von Liebig, über den er schrieb: »Die Entwicklung der negativen Seite der modernen Agrikultur, vom naturwissenschaftlichen Standpunkt, ist eins der unsterblichen Verdienste Liebig's.«⁶¹ Der Ausdruck »Riß des Stoffwechsels« taucht insbesondere in einer Passage in Kapitel 47 des 3. Bandes von *Das Kapital* unter der Kapitelüberschrift »Genesis der kapitalistischen Grundrente« auf:

»Auf der einen Seite reduziert das große Grundeigentum die agrikole Bevölkerung auf ein beständig sinkendes Minimum und setzt ihr eine beständig wachsende, in großen Städten zusammengedrückte Industriebevölkerung entgegen; es erzeugt dadurch Bedingungen, die einen unheilbaren Riß hervorrufen in dem Zusammenhang des gesellschaftlichen und durch die Naturgesetze des Lebens vorgeschriebenen Stoffwechsels, infolge wovon die Bodenkraft verschleudert, und diese Verschleuderung durch den Handel weit über die Grenzen des eignen Landes hinausgetragen wird. (Liebig.) [...] Große Industrie und industriell betriebene große Agrikultur wirken zusammen. Wenn sie sich ursprünglich dadurch scheiden, daß die erste mehr die Arbeitskraft und daher die Naturkraft des Menschen, die letztere mehr direkt die Naturkraft des Bodens verwüstet und ruiniert, so reichen sich später im Fortgang beide die Hand, indem das industrielle System auf dem Land auch die Arbeiter entkräftet und Industrie und Handel ihrerseits der Agrikultur die Mittel zur Erschöpfung des Bodens verschaffen.«⁶²

Wie in der Mehrzahl der Beispiele, die wir im Folgenden noch sehen werden, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit Marx' auf die Agrikultur und die

60 Ich entnehme den Begriff Produktivismus und die ihn betreffende Analyse dem bedeutenden Werk von John B. Foster: *Marx's Ecology*, a. a. O., S. 155–167.

61 Karl Marx: *Das Kapital*, Bd. I, a. a. O., S. 529, Anm. 325.

62 Karl Marx: *Das Kapital*, Bd. III, a. a. O., S. 821.

Zerstörung der Böden, aber er verband diese Frage mit einem allgemeineren Prinzip: dem Bruch im Stoffwechselsystem zwischen der menschlichen Gesellschaft und der Umwelt, das im Widerspruch steht zu den »Naturgesetzen« des Lebens. Es ist zudem interessant, hier zwei wichtige Vorschläge zu notieren, auch wenn sie von Marx kaum weiterentwickelt wurden: die Konvergenz zwischen Industrie und Landwirtschaft im Prozess dieses Bruches, und die Ausdehnung der Schäden auf die weltweite Ebene aufgrund des internationalen Handels.

Dieses Thema des Risses im Stoffwechsel findet sich ebenfalls in einer bekannten Passage von *Das Kapital*, Bd. I, im Kapitel über »Große Industrie und Agrikultur«. Es handelt sich um einen der seltenen Texte von Marx, bei denen es explizit um die durch das Kapital ausgelösten Verwüstungen der natürlichen Umwelt und eine dialektische Vision der Widersprüche geht, die der durch die Produktivkräfte verursachte »Fortschritt« bewirkt:

»Mit dem stets wachsenden Übergewicht der städtischen Bevölkerung, die sie in großen Zentren zusammenhäuft, häuft die kapitalistische Produktion einerseits die geschichtliche Bewegungskraft der Gesellschaft, stört sie andererseits den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d. h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmitteln vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit. Sie zerstört damit zugleich die physische Gesundheit der Stadtarbeiter und das geistige Leben der Landarbeiter. Aber sie zwingt zugleich durch die Zerstörung der bloß naturwüchsig entstandenen Umstände jenes Stoffwechsels, ihn systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen. [...] Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebne Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B., von der großen Indus-

trie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozess. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.«⁶³

Mehrere Aspekte sind an diesem Text bemerkenswert: Zuerst der Gedanke, dass Fortschritt destruktiv sein kann, also ein »Fortschritt« der Degradierung und Verschlechterung der natürlichen Umwelt. Das ausgewählte Beispiel ist gleichwohl nicht das beste und erscheint zu begrenzt – der Verlust der Bodenfruchtbarkeit –, aber zumindest wird hier die allgemeinere Frage nach den Beeinträchtigungen der natürlichen Umwelt, der »dauerhaften natürlichen Bedingungen« der kapitalistischen Produktion gestellt. Die Ausbeutung und die Erniedrigung der ArbeiterInnen und der Natur werden hier in eine Parallele gebracht, und zwar als dieselbe räuberische Logik sowohl bei der Entwicklung der kapitalistischen Großindustrie als auch der Landwirtschaft. Dies ist eines der Themen, die in *Das Kapital*, Bd. I, oft wiederkehren, zum Beispiel im Kapitel über den Arbeitstag:

»Von einer täglich bedrohlicher anschwellenden Arbeiterbewegung abgesehen, war die Beschränkung der Fabrikarbeit diktiert durch dieselbe Notwendigkeit, welche den Guano [natürlicher Phosphatdünger, wurde im 19. Jh. aus der Peripherie in die Industrienationen importiert, auch zur Sprengstoffherstellung verwendet] auf die englischen Felder ausgoss. Diese blinde Raubgier, die in dem einen Fall die Erde erschöpft, hatte in dem andren die Lebenskraft der Nation an der Wurzel ergriffen. [...] Aber in seinem maßlos blinden Trieb, seinem Werwolfs-Heißhunger nach Mehrarbeit, überrennt das Kapital nicht nur die moralischen, sondern auch die rein physischen Maximalschranken des Arbeitstags. [...] Es erreicht dies Ziel durch Verkürzung der Dauer der Arbeitskraft, wie ein habgieriger Landwirt gesteigerten Bodenertrag durch Beraubung der Bodenfruchtbarkeit erreicht.«⁶⁴

63 Karl Marx: *Das Kapital*, Bd. I, a. a. O., S. 528 ff.

64 Ebenda, drei Zitate auf den Seiten 253, 280, 281.

Dieser von Marx direkt hergestellte Zusammenhang zwischen der Ausbeutung des Proletariats und der Erde begründet sehr wohl eine Reflexion über die Ausdrucksformen zwischen Klassenkampf und Umweltschutz – innerhalb eines gemeinsamen Kampfes gegen die Herrschaft des Kapitals.

All diese Texte offenbaren den Gegensatz zwischen der unmittelbaren Logik des Kapitals und der Möglichkeit einer Landwirtschaft, die auf sehr viel längerfristige Zeiträume ausgerichtet ist, d. h. auf eine nachhaltige und generationenübergreifende Perspektive, welche die Umwelt respektiert:

»Ganz konservative Agrikulturchemiker, wie z. B. Johnston, geben zu, dass eine wirklich rationelle Agrikultur überall am Privateigentum unüberwindliche Schranken findet. [...] [D]er ganze Geist der kapitalistischen Produktion, der auf den unmittelbaren nächsten Geldgewinn gerichtet ist, widerspricht der Agrikultur, die mit den gesamten ständigen Lebensbedingungen der sich verkettenden Menschengenerationen zu wirtschaften hat. Ein schlagendes Beispiel davon sind die Waldungen, die nur da zuweilen einigermaßen dem Gesamtinteresse gemäß bewirtschaftet werden, wo sie nicht Privateigentum, sondern der Staatsverwaltung unterworfen sind.«⁶⁵

Neben der Erschöpfung der Böden ist die Zerstörung der Wälder ein weiteres Beispiel, das Marx und Engels regelmäßig als Beispiel der ökologischen Katastrophe thematisieren. In den Bänden von *Das Kapital* taucht es des Öfteren auf: »Die Entwicklung der Kultur und Industrie überhaupt hat sich von jeher so tätig in der Zerstörung der Waldungen gezeigt, dass dagegen alles, was sie umgekehrt zu deren Erhaltung und Produktion getan hat, eine vollständig verschwindende Größe ist.«⁶⁶

Diese beiden Phänomene – der Raubbau des Waldes und des Bodens – sind übrigens in den Analysen von Marx und Engels direkt miteinander verbunden. In einer Passage der *Dialektik der Natur* spricht Engels von der Zerstörung der kubanischen Wälder durch die großen spanischen

65 Karl Marx: *Das Kapital*, Bd. III, a. a. O., S. 630, Anm. 27.

66 Karl Marx: *Das Kapital*, Bd. II, 1885, in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 24, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1963, S. 247.

Kaffeeproduzenten und von der Ausdehnung der Wüsten als Folge der Ausbeutung der Böden. Er beschreibt sie als beispielhaft: »Gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise vorwiegend nur der erste, handgreiflichste Erfolg in Betracht.« Und es gebe eine Gleichgültigkeit gegenüber den »entfernteren Nachwirkungen der hierauf gerichteten Handlungen«.⁶⁷

Die Problematik der Umweltverschmutzung ist also bei den Themenstellungen dieser beiden Denker nicht abwesend, aber sie wird fast ausschließlich unter dem Blickwinkel der Verschmutzung der Arbeiterviertel in den großen englischen Städten betrachtet. Das treffendste Beispiel dafür ist in dem Buch von Friedrich Engels, *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, enthalten. Engels beschrieb dort mit Schrecken und Abscheu die Ansammlung von Müll und Industrieabfällen in den Straßen und Flüssen. Er sprach von den Kohlendioxid-Abgasen, welche die Atmosphäre vergiften, und von den »Ausdünstungen der verunreinigten Flüsse«⁶⁸ usw. Diese und andere ähnliche Passagen prangern die Umweltverschmutzung durch den Normalbetrieb der kapitalistischen Industrie an, aber die Frage selbst wird nie direkt erörtert.

Wie definieren Marx und Engels das sozialistische Programm im Hinblick auf die natürliche Umwelt?

Die beiden Denker scheinen oftmals die sozialistische Produktion als *kollektive* Anwendung der Produktionsmittel und Produktivkräfte zu konzipieren, die vom Kapitalismus entwickelt worden sind: Wenn einmal die »Fesseln« der Produktionsverhältnisse und besonders der Eigentumsverhältnisse gesprengt sind, könnten sich die Produktivkräfte vollständig entwickeln.

Es müsse also eine Art substanzielle Fortsetzung zwischen dem produktiven Apparat des Kapitalismus und dem Sozialismus geben, wenn die sozialis-

67 Friedrich Engels: »Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen«, in ders.: *Dialektik der Natur*, in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 20, a. a. O., S. 455.

68 Friedrich Engels: *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, 1845, in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 2, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1972, S. 225–506, hier S. 326.

tische Herausforderung zuallererst die planerische und rationelle Verwaltung dieser vom Kapital geschaffenen Zivilisation sei.

So schrieb Marx zum Beispiel in seiner berühmten Schlussfolgerung im Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals:

»Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. [...] [D]ie kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation.«⁶⁹

Unabhängig vom fatalistischen und positivistischen Determinismus, der diese Passage charakterisiert, scheint Marx hier in sozialistischer Perspektive die gesamte Produktionsweise intakt zu lassen, die unter den Bedingungen des Kapitals »aufgeblüht ist«. Und infrage gestellt wird nur die »Hülle« des Privateigentums, das zu einer »Fessel« für die materiellen Produktionsbedingungen geworden ist. Im *Anti-Dühring* (1878) von Friedrich Engels findet man dieselbe Logik einer Art »Fortsetzung« in verschiedenen Passagen, wo es um das Thema des Sozialismus als unbegrenzte Entwicklung der Produktivkräfte geht: »Die Expansionskraft der Produktionsmittel sprengt die Bande, die ihr die kapitalistische Produktionsweise anlegt. Ihre Befreiung aus diesen Banden ist die einzige Vorbedingung einer ununterbrochenen, stets rascher fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte und damit einer praktisch schrankenlosen Steigerung der Produktion selbst.«⁷⁰

Es muss nicht weiter hervorgehoben werden, dass die Umweltproblematik in dieser Vorstellung des Übergangs zum Sozialismus abwesend ist. Jedoch kann man auch andere Schriften finden, welche die ökologische Dimension des sozialistischen Programms in Betracht ziehen und interessante Wege eröffnen. Wir haben schon gesehen, dass sich Marx' *Ökonomisch-philosophische Manuskripte* von 1844 auf einen Kommunismus beziehen, der als wahre »Auf-

69 Karl Marx: *Das Kapital*, Bd. I, a. a. O., S. 791.

70 Friedrich Engels: *Anti-Dühring*, a. a. O., S. 263.

hebung des Antagonismus zwischen Mensch und Natur« gesehen wird. Und in einer bereits zitierten Passage aus *Das Kapital*, Bd. I, sprach Marx davon, dass die vorkapitalistischen Gesellschaften den *Stoffwechsel* zwischen Mensch und Natur *naturwüchsig* absicherten. Im Sozialismus – der Begriff taucht dort nicht explizit auf, aber man kann das aus dem Kontext erschließen – müsse man diesen materiellen Kreislauf als »regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion« wieder einführen. Es ist schade, dass weder Marx noch Engels diese Intuition nie weiterentwickelt haben, die auf dem Gedanken basiert, dass die vorkapitalistischen Gemeinschaften »naturwüchsig« in Harmonie mit ihrer natürlichen Umwelt lebten und dass es die Aufgabe des Sozialismus sei, diese Harmonie auf neuen Grundlagen wieder herzustellen.

Mehrere Passagen scheinen bei Marx anzuzeigen, dass die Erhaltung der natürlichen Umwelt eine grundlegende Aufgabe des Sozialismus darstellt. Zum Beispiel wird in *Das Kapital*, Bd. III, der kapitalistischen Logik der groß angelegten Landwirtschaftsproduktion, die auf Ausbeutung und Verschwendung der Bodenressourcen fußt, eine andere, sozialistische Logik entgegengestellt, nämlich diejenige »selbstbewusster rationeller Behandlung des Bodens als des gemeinschaftlichen ewigen Eigentums, der unveräußerlichen Existenz- und Reproduktionsbedingungen der Kette sich ablösender Menschengeschlechter«. Eine ähnliche Überlegung findet sich einige Seiten vorher: »Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammen genommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und sie haben sie als *boni patres familias* [gute Familienväter] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.«⁷¹

Anders gesagt: Marx scheint jenes »Prinzip Verantwortung« zu akzeptieren, das viel später Hans Jonas so wichtig werden sollte und das jede Generation dazu verpflichtet, die Umwelt zu respektieren – als Existenzbedingung für die kommenden Generationen.

In einigen Texten der beiden Denker wird der Sozialismus mit der Aufhebung der Trennung von Stadt und Land assoziiert, also mit der Abschaffung der durch die städtische Industrie verursachten Verschmutzung: »Nur

71 Karl Marx: *Das Kapital*, Bd. III, a. a. O., hier zunächst S. 820, dann S. 784. Das Wort »Sozialismus« taucht in diesen Passagen nicht auf, ist aber implizit enthalten.

durch Verschmelzung von Stadt und Land kann die heutige Luft-, Wasser- und Bodenvergiftung beseitigt, nur durch sie die jetzt in den Städten hinsiehenden Massen dahin gebracht werden, dass ihr Dünger zur Erzeugung von Pflanzen verwandt wird statt zur Erzeugung von Krankheiten.«⁷²

Die Formulierung ist ungeschickt – die Frage wird auf ein Problem der Änderung der aktiv verschmutzenden Menschen reduziert –, aber sie thematisiert ein entscheidendes Problem: Wie kann man der industriellen Vergiftung der Umwelt ein Ende setzen? Der utopische Roman des großen libertär-marxistischen Schriftstellers William Morris, *Kunde von Nirgendwo*, 1890 [mehrere dt. Ausgaben, zuletzt Golkonda Verlag, Berlin 2014], ist ein faszinierender Versuch, sich eine neue sozialistische Welt vorzustellen, in der die industriellen Großstädte städtisch-ländlichen Wohnungen Platz machen, welche die natürliche Umwelt respektieren.

Schlussendlich – und dafür steht hier wieder eine Passage aus *Das Kapital*, Bd. III – definierte Marx den Sozialismus nicht mehr als »Herrschaft« oder »Kontrolle« des Menschen über die Natur, sondern eher als Kontrolle über den Stoffwechsel mit der Natur: So könne die einzige Freiheit in der materiellen Produktionssphäre »nur darin bestehn, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gesellschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden.«⁷³

72 Friedrich Engels: *Anti-Dühring*, a. a. O., S. 276. Siehe auch die folgende Passage aus Friedrich Engels: *Zur Wohnungsfrage*, 1872/73, in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 18, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1973, S. 209–287, hier S. 279 f.: »Die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land ist nicht mehr und nicht minder eine Utopie als die Aufhebung zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern. [...] Niemand hat sie lauter gefordert als Liebig in seinen Schriften über die Chemie des Ackerbaus, worin stets seine erste Forderung ist, daß der Mensch an den Acker das zurückgebe, was er von ihm erhält und worin er beweist, dass nur die Existenz der Städte, namentlich der großen Städte, dies verhindert.« Die weitere Argumentation dreht sich dann ein weiteres Mal um den natürlichen »Dünger«, der von den Großstädten [als Abfall] produziert wird.

73 Karl Marx: *Das Kapital*, Bd. III, a. a. O., S. 828. Ted Benton, der diesen Text anscheinend in einer Übersetzung für seinen Artikel »Marx, Malthus und die Grünen« (in: *Historical Materialism*, 8. Jg., Heft 1, London 2001, S. 309–332) gelesen hat, fragt sich, ob Marx bei »gesellschaftlicher Kontrolle« die Natur oder den Stoffwechsel mit ihr gemeint habe. Der deutsche Originaltext lässt hier keinen Zweifel, weil das maskuline Personalpronomen »ihm« für den

Es wäre nicht schwierig, weitere Beispiele einer tatsächlichen Sensibilität für die Frage der Auswirkungen menschlicher Handlungen für die natürliche Umwelt zu finden. Es bleibt nichtsdestotrotz festzustellen, dass es Marx und Engels an einer gesamtgesellschaftlich-ökologischen Perspektive fehlt. Im Übrigen ist es nicht möglich, eine kritische Ökologie auf der Höhe zeitgenössischer Herausforderungen zu denken, ohne die marxistische Kritik der politischen Ökonomie und ihre Infragestellung der zerstörerischen Logik der unbegrenzten Akkumulation des Kapitals mitzuberücksichtigen. Eine ökologische Theorie, die den Marxismus und seine Kritik des Warenfetischismus ignoriert oder verachtet, ist dazu verurteilt, lediglich ein Korrektiv für die »Exzesse« des kapitalistischen Produktivismus darzustellen.

Man könnte diese Erwägungen fürs Erste durch einen stichhaltig erscheinenden Vorschlag beenden, der von Daniel Bensaid in seinem bemerkenswerten Buch über Marx vorgebracht worden ist: Er gibt zu, dass es falsch wäre, Marx gegen die »progressistischen« oder »prometheischen« Illusionen seiner Zeit zu verteidigen, meint aber, dass es ebenso falsch wäre, ihn als exzessiven Propagandisten der Industrialisierung zu sehen. Und er schlägt uns einen fruchtbareren Umgang vor, nämlich sich in die Widersprüche von Marx hineinzudenken und sie ernst zu nehmen. Der erste dieser Widersprüche wäre selbstverständlich derjenige zwischen dem produktivistischen Credo einiger Texte und der Ahnung davon, dass der Fortschritt zu einer Quelle irreversibler Zerstörung der natürlichen Umwelt werden kann.⁷⁴

Welche Bedingungen wären an die Transformation des Produktionssystems zu stellen, um mit der Anforderung der Rettung der Natur kompatibel zu werden?

Die Herausforderung des Ökosozialismus besteht darin, den Fortschritt so umzugestalten, dass er kompatibel wird mit der Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts des Planeten.

Stoffwechsel steht und kein feminines Personalpronomen (»Ihr«) für »Natur« verwendet wurde.

74 Daniel Bensaid: *Marx l'intempestif*, a. a. O., S. 347.

Die Achillesferse des Denkens von Marx und Engels war – in einigen ihrer kanonischen Texte – ihre unkritische Vorstellung von den kapitalistischen Produktivkräften, das heißt des technischen, kapitalistisch-produktiven, modernen Industriekomplexes, gerade so, als sei dieser neutral und es würde genügen, dass die RevolutionärInnen ihn sozialisieren und dessen private Aneignung durch kollektive Aneignung ersetzen, ihn also auf unbegrenzte Weise zum Profit der ArbeiterInnen einsetzen. Ich denke jedoch, dass man dem vom Kapital geformten Produktionsapparat denselben Gedankengang zugrunde legen muss, den Marx in seiner Broschüre *Der Bürgerkrieg in Frankreich* (1871) mit Blick auf den Staatsapparat formulierte: »Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen.«⁷⁵ *Mutatis mutandis*: Die ArbeiterInnen können sich nicht damit begnügen, die kapitalistische Produktionsmaschinerie zu übernehmen und sie auf eigene Rechnung weiterzubetreiben, sondern sie müssen sie radikal verändern. Es ist eine Transformation gefordert, die jener gleichkommt, die Marx in einem Glückwunschbrief an [Louis] Kugelmann anlässlich der Pariser Kommune ausdrückte, nur dass sich die Rede vom Brechen des »bürgerlichen Staatsapparates« zur Rede vom Brechen des »neoliberalen Apparates« verwandeln muss. Das schließt nicht nur die Ersetzung destruktiver Energieformen durch erneuerbare, saubere Energiequellen wie die Sonnenenergie ein, sondern ebenso eine tief greifende Umwälzung des Produktionssystems, das vom Kapitalismus ererbt wird, sowie eine Umwälzung des Transportsystems und des städtischen Wohnungsbaus.

Kurz: Der Ökosozialismus impliziert einen radikalen Bruch mit der materiellen kapitalistischen Produktion. Aus dieser Perspektive zielt das sozialistische Projekt nicht nur auf eine neue Gesellschaft und eine neue Produktionsweise ab, sondern zugleich auf ein neues Paradigma der Zivilisation.

75 Karl Marx: *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, a. a. O., S. 336.

6.2 John Bellamy Foster: Die lange ökologische Revolution (2018)

Bis zum Aufstieg der Ökologiebewegung im späten zwanzigsten Jahrhundert war die Beherrschung der Natur eine weit verbreitete Metapher, die oft mit dem Fortschritt im Kapitalismus (und manchmal im Sozialismus) gleichgesetzt wurde.^[1] Sicher, diese Vorstellung, so wie sie in den (Natur)Wissenschaften verwendet wurde, war komplex. Wie Francis Bacon als der führende frühe Anhänger dieser Idee es ausdrückte: „Die Natur kann nur bezwungen werden, indem man ihr gehorcht.“ Nur wenn man die Naturgesetzte befolgt sei es deshalb möglich, die Natur auch zu beherrschen.

Nach den großen Dichtern der Romantik waren die Begründer des klassischen historischen Materialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, während der industriellen Revolution die entschiedensten Gegner der Idee der Naturbeherrschung. Marx merkte an, Bacons Maxime kommentierend, dass im Kapitalismus die Erforschung der Natur „eigenen Gesetze nur als eine List erscheint, um sie menschlichen Bedürfnissen zu unterwerfen“, insbesondere den Zwecken der Akkumulation. Doch trotz dieser raffinierten ‚List‘ kann das Kapital nie völlig die materiellen Grenzen der Natur überwinden, die sich immer wieder geltend machen – mit dem Ergebnis, dass „die Produktion sich in Widersprüchen bewegt, die stetig überwunden werden aber genauso stetig wiederkehren.“ Sein Umgang mit natürlichen Grenzen als bloße Hindernisse, die überwunden werden sollen, und nicht als tatsächliche Grenzen, verleiht dem Kapital seinen enorm dynamischen Charakter. Jedoch bedeutet die gleiche Weigerung, natürliche Grenzen anzuerkennen, dass das Kapital dazu tendiert, kritische Schwellen ökologischer Nachhaltigkeit zu überschreiten, und damit unnötige und bisweilen unumkehrbare Zerstörungen verursacht. Im Kapital wies Marx auf solche Brüche im sozial-ökologischen Stoffwechsel von Menschheit und Natur hin, die von der Akkumulation des Kapitals erzeugt werden. Und auf die Notwendigkeit, diesen Stoffwechsel durch eine nachhaltigere Beziehung zur Erde wieder herzustellen, indem man den Planeten als „boni patres familias“ (gute Familienväter) für kommende Generationen von Menschen erhält und sogar verbessert.^[2]

In letzter Zeit ist diese Thematik mit der Klimakrise und der Einführung des Anthropozäns als wissenschaftlicher Klassifizierung des veränderten Verhältnisses des Menschen zum Planeten erneut relevant geworden. Das Anthropozän wird innerhalb der Wissenschaft allgemein als neue geologische Epoche definiert, die der Epoche des Holozäns der letzten 12.000 Jahre nachfolgt – ein Übergang, der seit dem Zweiten Weltkrieg durch einen ‚anthropogenen Riss‘ im Erdsystem gekennzeichnet ist.^[3] Nach Jahrhunderten eines Wissenschaftsverständnisses, das auf der Beherrschung der Natur beruht, haben wir nun unbestreitbar ein qualitativ neues und gefährliches Stadium erreicht, welches durch das Aufkommen von Atomwaffen und des Klimawandels gekennzeichnet ist – was der marxistische Historiker E.P. Thompson als „Exterminismus, die letzte Stufe des Imperialismus“ bezeichnete.^[4]

Aus ökologischer Sicht markiert das Anthropozän – das nicht nur für die Klimakrise steht, sondern allgemein für die Überschreitung der natürlichen Grenzen des Planeten – die Notwendigkeit einer kreativeren, konstruktiveren und ko-evolutionären Beziehung zur Erde. In der ökosozialistischen Theorie erfordert dies die Rekonstitution der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit auf einer egalitäreren und nachhaltigeren Basis. Es bedarf einer langen und anhaltenden ökologischen Revolution, die sich notwendigerweise in Etappen über Jahrzehnte und Jahrhunderte erstrecken wird. Angesichts der Bedrohung der Erde als Lebensraum für Menschen – bedingt durch Klimawandel, Übersäuerung der Ozeane, Artensterben, Verlust von Süßwasser, Entwaldung, Umweltvergiftung und vieles mehr – erfordert diese Transformation eine sofortige Umkehr im Akkumulationsregime. Dies bedeutet, sich der Logik des Kapitals zu widersetzen, wann immer und wo immer es die „kreative Zerstörung“ des Planeten fördern

will. Solch eine Wiederherstellung der Gesellschaft im Allgemeinen kann nicht bloß durch technologische Mittel erfolgen, sondern muss den Stoffwechsel des Menschen mit der Natur durch die Produktion und damit den gesamten Bereich der ‚sozialen metabolischen Reproduktion‘ transformieren.[5]

In unserer Zeit wird dem ökologischen Marxismus oder dem Ökosozialismus – als der umfassendsten Herausforderung für die strukturelle Krise unserer Ära – die kapitalistische Ökomoderne[6] gegenübergestellt. Diese schließt an eine frühere Ideologie der Moderne an, die sich von Anfang an gegen die Vorstellung wehrte, dass das Wirtschaftswachstum mit ‚Grenzen der Natur‘ konfrontiert ist. Während der Ökosozialismus darauf besteht, dass eine Revolution zur Wiederherstellung einer nachhaltigen Beziehung der Menschheit zur Erde einen Frontalangriff auf das System der Kapitalakkumulation erfordert – und dies nur durch egalitärere gesellschaftliche Verhältnisse und bewusste ko-evolutionäre Beziehungen zur Erde erreicht werden kann – verspricht der Ökomodernismus das genaue Gegenteil.[7]

Das beste aktuelle Beispiel dieser Tendenz auf der Linken in den Vereinigten Staaten ist die Sommerausgabe 2017 der Zeitschrift *Jacobin* mit dem Titel *Earth, Wind and Fire* (Erde, Wind und Feuer).[8] Nach Ansicht der Autoren in diesem Sonderheft und den damit verbundenen Arbeiten ist die Lösung des Klimawandels und anderer ökologischer Probleme in erster Linie eine von Innovationen bei der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien und erfordert keine Kritik am Prozess der Kapitalakkumulation oder des Wirtschaftswachstums dasselbst.

Bemerkenswert an der Sonderausgabe von *Jacobin* über die Umwelt und die damit verbundenen Werke seiner Autoren und Herausgeber ist, wie weit sie von einem genuine Sozialismus entfernt sind – sofern es dabei um eine Revolutionierung der sozialen und ökologischen Verhältnisse geht, die auf eine Welt substanzieller Gleichheit und ökologischer Nachhaltigkeit abzielt. Was uns stattdessen angeboten wird, ist eine mechanistische, techno-utopische „Lösung“ für das Klimaproblem, die das gesellschaftlich bedingte Verhältnis von Wissenschaft und Technologie genauso ignoriert, wie die menschlichen Bedürfnisse und die weitere Umwelt. Anders als der ökologische Marxismus und die radikale Ökologie im Allgemeinen stellt diese Vision einer staatlich gelenkten, technokratischen, umverteilenden Marktwirtschaft, die durch planetares Geoengineering verstärkt wird, das System der (kapitalistischen) Warenproduktion nicht grundsätzlich in Frage. Die ökologische Krise, die durch den Kapitalismus verursacht wurde, wird hier als Rechtfertigung verwendet, um alle ernsthaften ökologischen Werte beiseite zu schieben.

Der so konzipierte Sozialismus unterscheidet sich kaum vom Kapitalismus – er ist keine Bewegung, die die verallgemeinerte Warengesellschaft ersetzt, sondern eine, die mit der Grundstruktur der kapitalistischen Moderne homolog ist. Im besten Fall stellt dies eine Verkürzung der sozialistischen Vision dar, um in der liberalen politischen Arena erfolgreich zu sein. Aber die Kosten eines solchen Kompromisses mit dem Status quo sind der Verlust jeglicher Vorstellung von einer alternativen Zukunft.

Wie also sehen wir die notwendige ökologische und soziale Revolution unserer Zeit? Engels betonte im 19. Jahrhundert, das Gebot, dass die Gesellschaft sich im Einklang mit der Natur entwickeln müsse, sei die einzig genuin wissenschaftliche Sichtweise: „Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze, und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen. Es gilt dies mit Beziehung sowohl auf die Gesetze der äußern Natur, wie auf diejenigen, welche das körperliche und geistige Dasein des Menschen selbst regeln – zwei

Klassen von Gesetzen, die wir höchstens in der Vorstellung, nicht aber nicht in der Wirklichkeit voneinander trennen können.“[\[9\]](#) Vielmehr: es gibt keine Möglichkeit, Naturnotwendigkeiten zu bemogeln.

Engels argumentierte, dass die Baconsche ‚List‘ der Naturbeherrschung – den Naturgesetzen zu gehorchen mit dem einzigen Zweck, die Akkumulation des Kapitals zu fördern – sich letztendlich als zerstörerisch erweisen würde, weil dies die langfristigen Konsequenzen der Verfolgung solcher kurzfristigen Gewinne ignoriere. Im Unterschied dazu ging es beim „wissenschaftlichen Sozialismus“ nicht um den vergeblichen Versuch, die Natur zu unterwerfen, sondern vielmehr um die Förderung der menschlichen Freiheit in Übereinstimmung mit den Bedingungen, die uns die materielle Welt auferlegt.[\[10\]](#)

Heute hat das wachsende Bewusstsein für solche Probleme – und für die unabweisbare Abhängigkeit der Menschheit von der natürlichen Welt – Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen dazu geführt, nachhaltigere Formen der Entwicklung zu erforschen, wie in der Agrarökologie, Bionik und Systemen der ökologischen Widerstandsfähigkeit. „Das übergeordnete Ziel einer ökologischen Gesellschaft“, schreiben Fred Magdoff und Chris Williams, „besteht darin, die langfristige Gesundheit der Biosphäre zu erhalten und gleichzeitig menschlichen Bedürfnissen gerecht zu werden.“[\[11\]](#) Dies ist keine unmögliche Aufgabe, aber sie erfordert die Entwicklung der Wissenschaft auf einer höheren Ebene. Also eine, die sich nicht nur mit mechanistischer Manipulation der Erde und ihrer Bewohner für privaten Gewinn befasst, sondern auf dem Verständnis und der Sorge für die komplexen Kollektive beruht, die lebende Systeme und menschliches Leben selbst ausmachen. Dies erfordert eine ökologische Planung. Die ist aber nur dann möglich, wenn sich auch die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern – indem ‚Freiheit‘ so neu definiert wird, dass dies Bedürfnisse einschließt, die tiefer und breiter angelegt sind, als solche, die den individuellen Eigennutz in einer Warenwirtschaft verfolgen.

Das bedeutet, dass wir uns nicht vor der Klimakrise – wie katastrophal auch immer ihre wahrscheinlichen Folgen sein mögen – wegducken müssen, indem wir die gleichen Einstellungen zum Verhältnis ‚Natur- Mensch‘ beibehalten, die die gegenwärtigen beispiellosen Bedrohungen der menschlichen Zivilisation hervorgebracht haben. Entlang dieser Linie wäre unser Schicksal schon besiegelt. Wir können den langfristigen ökologischen Folgen der kapitalistischen Entwicklung nicht entkommen durch den faustischen Pakt, immer mehr Atomkraftwerke auf der ganzen Welt zu bauen, oder indem wir rücksichtslos Schwefelpartikel in die Atmosphäre injizieren – alles zum Zwecke der ungeheuer wachsenden Warenwirtschaft und der Kapitalakkumulation. Abgesehen davon, dass diese aus technischen und wirtschaftlichen Gründen unrealisierbar sind, müssen solche Pläne wegen der immensen, unvorhergesehenen Auswirkungen, die unweigerlich eintreten würden, abgelehnt werden. Für die CCS-Technologie[\[12\]](#) als primäre Lösung für die Klimakrise zu argumentieren (es steht außer Frage, dass eine solche Technologie begrenzt eine positive Rolle spielen könnte), bedeutet zum Beispiel, dafür zu werben, dass diesen Anlagen ein immenser Anteil an Ressourcen gewidmet wird, in einer Größenordnung, die jenen für die gesamte bestehende Energieinfrastruktur der Welt gleich kommt, mit allen möglichen zusätzlichen ökologischen und sozialen Kosten und Folgen.[\[13\]](#)

Es gibt bessere und schnellere Wege, die Klimakrise durch eine Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse anzugehen. Darüber hinaus ist jeder angeblich sozialistische Ansatz zur Lösung der Umweltprobleme mit einem Mangel an Courage behaftet, der sich nur auf den Klimawandel konzentriert, dabei die Existenz anderer planetarischer Grenzen ignoriert oder sogar ablehnt, und ansonsten auf rein technologische Lösungen setzt. Dies ist eine Weigerung,

sich einem neuen, weiteren Bereich der Freiheit zu öffnen, um der Herausforderung zu begegnen, die uns die historische Realität heute auferlegt.^[14] Die Menschheit kann sich im einundzwanzigsten Jahrhundert nicht weiter entwickeln, ohne sich mehr kollektive und nachhaltige Formen der Produktion und des Konsums im Einklang mit biosphärischen Realitäten zu eigen zu machen.

Hier ist es wichtig zu erkennen, dass der heutige Monopolfinanzkapitalismus ein System ist, das auf Verschwendung aufgebaut ist. Der größere Teil der Produktion wird auf negative (oder spezifisch kapitalistische) Gebrauchswerte vergeudet, in Form von Militär- und Marketingausgaben und die in jedes Produkt, einschließlich ihrem eingeplanten Verfallsdatum, eingebauten Ineffizienzen. Der Konsum von immer sinnloseren und destruktiven „Gütern“ wird als Ersatz für alles angeboten, was die Menschen wirklich wollen und brauchen.^[15] Wie der marxistische Ökonom Paul A. Baran schrieb: „Menschen, die von der Kultur des Monopolkapitalismus durchdrungen sind, wollen nicht, was sie brauchen und brauchen nicht, was sie wollen.“^[16] Abgesehen von den bloßen physischen Notwendigkeiten wie Nahrung, Unterkunft, Kleidung, sauberem Wasser, sauberer Luft usw. gehören dazu Liebe, Familie, Gemeinschaft, sinnvolle Arbeit, Bildung, kulturelles Leben, Zugang zur natürlichen Umwelt und die freie und gleichberechtigte Entwicklung jeder Person. Die kapitalistische Ordnung begrenzt oder verdreht all dies drastisch, indem sie eine künstliche Verknappung bei lebensnotwendigen Gütern schafft, um ein triebhaftes Verlangen nach unwesentlichen Dingen zu erzeugen – alles zum Zweck größerer Profitabilität und der Polarisierung von Einkommen und Reichtum. Allein die Vereinigten Staaten geben derzeit jährlich mehr als eine Billion Dollar für Militär und Marketing aus – letzteres zielt darauf ab, Menschen dazu zu bringen, Dinge zu kaufen, die sie sonst nicht kaufen würden.^[17]

Es besteht kein Zweifel, dass die gegenwärtige planetare ökologische Krise technologischen Wandel und Innovation erfordert. Verbesserungen bei der Nutzung von Sonnen- und Windenergie und andere Alternativen zu fossilen Brennstoffen sind ein wichtiger Teil des ökologischen Ausgleichs. Es ist jedoch nicht wahr, dass alle Technologien, die benötigt werden, um den planetaren Notstand zu bewältigen, neu sind, oder dass technologische Entwicklung allein die Antwort ist. Trotz der Wunder intelligenter Maschinen gibt es keine Lösung für die globale ökologische Krise als Ganzes, die mit den kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen vereinbar ist. Jegliche ökologische Verteidigungslinie, die in der Gegenwart errichtet wird, muss sich gegen die Logik der Kapitalakkumulation richten. Ebenso wenig kann ein Eingreifen des Staates, der als eine Art gesamtgesellschaftlicher Kapitalist fungiert, den Ausschlag geben. Vielmehr würde eine den Bedürfnissen der Welt angemessene lange ökologische Revolution bedeuten, den menschlich-gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur zu verändern und der Entfremdung von Natur und menschlicher Arbeit im Kapitalismus entgegenzuwirken. Vor allem müssen wir uns darum kümmern, die ökologischen Grundlagen für zukünftige Generationen zu erhalten – genau dies ist Nachhaltigkeit.

Von diesem Standpunkt aus kann eine Vielzahl von Dingen jetzt getan werden, wenn sich die Menschheit mobilisiert, um eine ökologische Gesellschaft zu schaffen.^[18] Angesichts der enormen Verschwendung, die dem Regime des Monopol-Finanzkapitals innewohnt und in die Struktur der Produktion eingedrungen ist, ist es möglich, Formen der revolutionären Umwelterhaltung zu implementieren, die sowohl den Bereich der menschlichen Freiheit erweitern als auch eine schnelle Anpassung an die durch die Krise des Erdsystems bedingte Notwendigkeit ermöglichen. Es ist weitaus effizienter und praktikabler, die CO₂-Emissionen drastisch zu senken, als dies durch den Aufbau einer globalisierten CCS-Infrastruktur der Fall wäre, die von ihrer Größenordnung her mit der aktuellen Energieinfrastruktur der Welt konkurrieren oder diese übertreffen würde. Es wäre viel vernünftiger, einen schnellen, revolutionären Aus-

stieg aus den CO₂-Emissionen durchzuführen, statt zu riskieren, neue Bedrohungen für die Vielfalt des Lebens und der menschlichen Zivilisation durch planetares Geoengineering zu verursachen.

Der ökologische Marxismus bietet in vielfältiger Weise eine Öffnung der menschlichen Freiheit und Kreativität und ruft die Menschheit als Ganzes auf, ihre Welt auf ökologischen Grundlagen im Einklang mit der Erde selbst wieder aufzubauen. Versprechen einer globalen technologischen Reparatur der Umwelt – die unsinniger wird, wenn man über den Klimawandel hinaus auf die zahlreichen planetarischen Grenzen blickt, die von der kapitalistischen „Bezwungung der Natur“ bedroht sind – kann nur zu Elitapolitik und Elitenmanagement führen. Es ist die ultimative Hybris, der letzte Aufruf zur menschlichen Beherrschung der Natur als Mittel der Klassenherrschaft. Solche prometheischen Ansichten zielen darauf ab, die Realität der gegenwärtigen sozialen und ökologischen Krise zu leugnen, nämlich dass revolutionäre Veränderungen in den bestehenden Produktionsverhältnissen unvermeidlich sind. Modernisierung der Produktivkräfte ist nicht genug; wichtiger ist es, die Voraussetzungen für eine nachhaltige menschliche Entwicklung zu schaffen. Aus indigenen und traditionellen Formen der Landarbeit kann viel gelernt werden: Weil sich die menschliche Gesellschaft im Kapitalismus von der Erde entfremdet hat, bieten weniger entfremdete Gesellschaften entscheidende Einblicke in die Praxis einer nachhaltigeren Existenz.

Kritiker sowohl von links als auch rechts könnten antworten, dass es für eine ökologische Revolution „zu spät“ ist. Die Antwort darauf, wie Magdoff und Williams eloquent darlegen, lautet: „Zu spät für was? Für eine bessere Welt zu kämpfen heißt, die Welt so zu nehmen, wie sie ist, und daran zu arbeiten, sie umzugestalten. Obwohl die ökologischen und politischen Bedingungen und Trends in vielerlei Hinsicht ziemlich verzweifelt sind, sind wir nicht dazu verurteilt, die Umwelt oder unsere gesellschaftlichen Verhältnisse weiter zu verschlechtern Ein gewisses Maß an globaler Erwärmung wird sich fortsetzen, ungeachtet dessen, was wir mit all seinen negativen Nebenwirkungen tun Wir können jedoch die Talfahrt zu einer noch stärker degradierten Erde stoppen, die an Arten und der Gesundheit der verbleibenden Arten ärmer wird. Wir können die enorme Menge an verfügbaren menschlichen und materiellen Ressourcen nutzen, um die Wirtschaft zum Nutzen aller Menschen neu auszurichten. Eine ökologische Gesellschaft wird es uns erlauben, all das zu tun, was derzeit nicht möglich ist, und was der Kapitalismus stets nicht erreichen konnte: allen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihr volles Potenzial zu entfalten.“[\[19\]](#)

Aber um diese Dinge zu erreichen, müssen wir mit dem „business as usual“, also mit der gegenwärtigen Logik des Kapitals, brechen und eine völlig andere Logik einführen, die auf die Schaffung eines grundlegend anderen ‚sozialen metabolischen Systems der Reproduktion‘ abzielt. Jahrhunderte der Entfremdung von Natur und menschlicher Arbeit zu überwinden, einschließlich der Behandlung der globalen Umwelt und der meisten Menschen – gespalten durch Klasse, Geschlecht, Rasse und ethnische Zugehörigkeit – als bloße Objekte der Beherrschung, Enteignung und Ausbeutung, erfordern nichts weniger als eine lange ökologische Revolution, die notwendigerweise Siege, Niederlagen und immer wieder neue Anstrengungen beinhalten wird, die sich über Jahrhunderte hinziehen. Es ist jedoch ein revolutionärer Kampf, der jetzt mit einer weltweiten Bewegung hin zum Ökosozialismus beginnen muss – einer, der von Anfang an in der Lage ist, dem Kapital Grenzen zu setzen. Diese Revolte wird unweigerlich ihren Hauptantrieb in einem ‚ökologischen Proletariat‘ finden, das aus der Konvergenz von ökonomischen und ökologischen Krisen und dem kollektiven Widerstand der arbeitenden Gemeinschaften und Kulturen besteht – eine neu entstehende Realität, die sich gerade im globalen Süden abzeichnet.[\[20\]](#)

In der langen ökologischen Revolution vor uns wird die Welt notwendigerweise von einem irdischen Kampf zum nächsten schreiten. Wenn das Aufkommen des Anthropozäns uns etwas sagt, dann ist es, dass die Menschheit durch ein engstirniges Streben nach ökonomischem Gewinn, der nur Wenigen zugutekommt, in der Lage ist, einen tödlichen Riss in den biogeochemischen Kreisläufen des Planeten zu erzeugen. Es ist daher an der Zeit, einen anderen Weg einzuschlagen: einen Weg der nachhaltigen menschlichen Entwicklung. Dies ist der ganze Sinn der Revolution in unserer Zeit.

Dieser Artikel ist erschienen in [Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung Nr. 114](#), Juni 2018.
Übersetzung: Klaus Dräger.

[1] Dieser Text ist eine stark gekürzte Version des Artikels von John Bellamy Foster, *The long ecological revolution*, Monthly Review, Volume 69, Issue 6, November 2017. Der vollständige Text ist im Internet abrufbar unter <https://monthlyreview.org/2017/11/01/the-long-ecological-revolution/>. Wir danken der Redaktion von Monthly Review und dem Autor für die freundliche Genehmigung, eine gekürzte deutschsprachige Übersetzung des Artikels zu veröffentlichen. Vgl. auch: John Bellamy Foster im Gespräch mit Christian Stache, „Ein unheilbarer Riss im Stoffwechsel zwischen Natur und Gesellschaft“, in: Z 108 (Dezember 2016), S. 167-177.

[2] Karl Marx, *Das Kapital*, Dritter Band, MEW 25, S. 784; John Bellamy Foster, *Marx's Ecology*, New York 2000.

[3] Clive Hamilton and Jacques Grinevald, „Was the Anthropocene Anticipated?“ *Anthropocene Review* 3, no. 1 (2015): 67; Ian Angus, *Facing the Anthropocene*, New York 2016.

[4] E. P. Thompson, *Beyond the Cold War*, New York 1982, 41–80; Rudolf Bahro, *Avoiding Social and Ecological Disaster*, Bath 1994, 19.

[5] Zu den allgemeinen theoretischen Implikationen zur Frage der Beziehung zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und den Produktivkräften und der Verbindung zu jüngeren Auseinandersetzungen in der Marxschen Theorie, siehe John Bellamy Foster, Harry Magdoff, and Robert W. McChesney, „Socialism: A Time to Retreat?“ *Monthly Review* 52, no. 4 (September 2000): 1–7. Das Konzept der „sozialen metabolischen Reproduktion“ (metabolisch = stoffwechselbedingt) ist von zentraler Bedeutung für das Werk von István Mészáros, beginnend mit seinem *Beyond Capital*, London/New York, 1995.

[6] Im europäischen Diskurs – von Konservativen, Sozialdemokraten, Grünen bis zur Linken – besser bekannt als ‚ökologische Modernisierung‘ in diesem Sinne. (Anm. des Übersetzers).

[7] Die Idee einer langen ökologischen Revolution knüpft an Raymond Williams frühere Vorstellung einer „langen Revolution“ an. Für Williams war kultureller und ökologischer Materialismus immer miteinander verflochten, was die lange Konvergenz der romantischen und marxistischen Traditionen widerspiegelt. Siehe Williams, *The Long Revolution* (New York: Columbia University Press, 1961) und *Politics and Letters* (London: New Left, 1979).

[8] Siehe hier: <https://www.jacobinmag.com/issue/earth-wind-and-fire>. (Anm. des Übersetzers). Die ausführliche Auseinandersetzung des Autors mit den Konzepten und Schriften der AutorInnen dieser Sondernummer von Jacobin mussten wir aus Platzgründen weglassen.

[9] Friedrich Engels, *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, MEW 20, S. 106.

[10] Friedrich Engels, *Dialektik der Natur*, MEW 20, S. 453 – 455.

[11] Fred Magdoff and Chris Williams, *Creating an Ecological Society*, New York 2017, 247.

[12] Die CCS (Carbon Capture and Storage)-Technologie will CO₂ unterirdisch lagern, um eine weitere Belastung der Atmosphäre zu vermeiden.

- [13] Die CO₂-Abscheidungstechnologie ist höchstwahrscheinlich effektiv in Form von Bioenergiegewinnung aus Biomasse mit Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (BECCS-Technologie).
- [14] Die Auffassung von Freiheit als Anerkennung der Notwendigkeit ist für die marxistische Theorie grundlegend. Sie wurde erstmals in Hegels Logik eingeführt und von Engels im Anti-Dühring in die materialistische Geschichtsauffassung eingearbeitet. Friedrich Engels, MEW 20, S. 105-06.
- [15] John Bellamy Foster, „The Ecology of Marxian Political Economy,” Monthly Review 63, no. 4 (September 2011): 1–16.
- [16] Paul A. Baran, The Longer View, New York 1969, 30.
- [17] Zu den Militärausgaben siehe John Bellamy Foster, Hannah Holleman und Robert W. McChesney, „The U.S. Imperial Triangle and Military Spending,” Monthly Review 60, no. 5 (October 2008): 1–19. Zum Marketing, siehe Michael Dawson, The Consumer Trap (Urbana: University of Illinois Press, 2005), 1. Die Gesamtausgaben für Militär und Marketing haben in den Jahren seit der Veröffentlichung dieser Schriften massiv zugenommen.
- [18] Über die Möglichkeiten einer ökologischen Revolution, siehe Fred Magdoff and John Bellamy Foster, What Every Environmentalist Needs to Know About Capitalism, New York 2011, 124–33; Magdoff and Williams, Creating an Ecological Society, 283–329.
- [19] Magdoff and Williams, Creating an Ecological Society, 309–10.
- [20] Zum Konzept des „ökologischen Proletariats”, siehe John Bellamy Foster, Brett Clark, and Richard York, The Ecological Rift, New York 2010, 398–99, 440–41.